



15 | 2004

57. Jg., 32.–33. KW, 13. August 2004

ifo Schnelldienst

Kommentar

Stefan Fetzer, Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen

- Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämie

Forschungsergebnisse

Erich Langmantel

- Regionales Wirtschaftswachstum in Bayern

Wolfgang Nierhaus

- Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik

Daten und Prognosen

Volker Rußig

- Europäische Bauwirtschaft: allmähliche Erholung

Manuel Birnbrich

- Großhandel: zurückhaltende Investitionsplanung

Joachim Gürtler und Arno Städtler

- Leasing: Geschäftsklima stabilisiert sich

Oscar-Erich Kuntze

- Großbritannien: sanfte Landung nach Hochkonjunktur?

Im Blickpunkt

Gernot Nerb

- ifo-Umfrage: Finanzierung bleibt Engpass für Wachstum

Erich Gluch

- ifo-Architektenumfrage: Geschäftsklima trübt sich ein

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Kommentar

Was bringen Bürgerversicherung und Gesundheitsprämie wirklich?

3

Prof. Dr. *Bernd Raffelhüschen*, *Stefan Fetzer* und *Christian Hagist*, Universität Freiburg, untersuchen mit Hilfe der Generationenbilanzierung, welche Auswirkungen die aktuellen Vorschläge (nämlich Bürgerversicherung oder Gesundheitsprämien) zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, auf die »Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme« hat.

Forschungsergebnisse

Der Beitrag von Industrie und Dienstleistungen zum regionalen Wirtschaftswachstum in Bayern

8

Erich Langmantel

Zwischen 1980 und 2001 ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern um durchschnittlich 5,2% (nominal) pro Jahr gewachsen. Zur gesamten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts trugen die Dienstleistungen 3,3% bei, doppelt so viel wie die Industrie. Das bedeutet aber nicht, dass in regionaler Betrachtung der industrielle Sektor ohne Bedeutung gewesen wäre. In einzelnen Landkreisen leistete die Industrie einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg. Bemerkenswert ist auch, dass es bei den Kreisen und Städten mit dem geringsten Wachstum gerade die fehlenden industriellen Aktivitäten waren, die das schwache Ergebnis bewirkten.

Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik: Besonderheiten der Quartalsrechnung

14

Wolfgang Nierhaus

In den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wurde bisher das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in konstanten Preisen eines Basisjahres nachgewiesen (Festpreisbasis). Auf der Grundlage der Entscheidung der EU-Kommission vom 30. November 1998 wird bei der nächsten anstehenden großen VGR-Revision im Frühjahr 2005 in den deutschen VGR nun die Vorjahrespreisbasis eingeführt. Das Statistische Bundesamt beabsichtigt diese Umstellung nicht nur für die Jahresrechnung, sondern auch für die Quartalsrechnung durchzuführen. Dieser Beitrag informiert über die Vorteile des Systemwechsels und geht auf die Spezifika der vierteljährlichen Gesamtrechnung auf Vorjahrespreisbasis ein.

Daten und Prognosen

Allmähliche Erholung in Europas Bauwirtschaft

22

Volker Rußig

Nach drei Jahren mit nur schwachem Wachstum des Bauvolumens kann der europäische Bausektor wieder auf etwas bessere Zeiten hoffen: Für das laufende Jahr wird in den 19 Ländern, die in der Euroconstruct-Gruppe zusammenarbeiten, ein Bauwachstum von fast 2% erwartet. Zwar dürfte die Aufwärtsentwicklung 2005 etwas abflachen (rund + 1 1/2%), aber im Ausblick auf 2006 wird wieder von einer leichten Beschleunigung ausgegangen (erneut + 2%). Insgesamt wird das Bauvolumen in Europa im Prognosezeitraum (2004 bis 2006) um mehr als 57 Mrd. € zulegen.

Großhandel: Trotz Umsatzwachstum weiterhin zurückhaltende Investitionsplanungen

30

Manuel Birnrich

Nach dem deutlichen Umsatzrückgang von nominal 4,4% und real 2,6% im Jahr 2002 konnte der deutsche Großhandel im Jahr 2003 wieder bescheidene Umsatzzuwächse von nominal 1,2% und real 0,6% verzeichnen. 2004 setzt sich die positive Entwicklung fort. Allerdings haben die Unternehmen, nach den Ergebnissen der diesjährigen Investitionserhebung beim Großhandel, ihre zurückhaltende Investitionsneigung noch nicht aufgegeben.

Leasingbranche: Geschäftsklima stabilisiert sich – Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen zwischen Hoffen und Bangen

34

Joachim Gürtler und Arno Städtler

In der deutschen Leasingbranche geht es – wenn auch verlangsamt – aufwärts. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im zweiten Quartal 2004 war die leichte Besserung der Geschäftslageurteile. Das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung lässt dagegen, nach den Ergebnissen des jüngsten ifo Konjunkturtests Leasing, noch keine eindeutige Richtung erkennen: Gut jedes vierte Leasingunternehmen hofft auf bessere Geschäfte in der zweiten Jahreshälfte 2004, 68% rechnen mit einer gleichbleibenden Entwicklung, und 3% sehen der nahen Zukunft mit Sorge entgegen.

Großbritannien: Sanfte Landung nach der Hochkonjunktur?

38

Oscar-Erich Kuntze

Die britische Wirtschaft hat sich im Jahr 2003 besser entwickelt als der westeuropäische Durchschnitt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um 2,2% zu. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 5%. Die Verbraucherpreise erhöhten sich um 1,4%. 2004 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₄% expandieren. Die Arbeitslosenquote dürfte im Durchschnitt des Jahres auf 4³/₄% sinken, die Konsumentenpreise um 1¹/₂% steigen. 2005 wird das BIP um 2³/₄% zunehmen. Die Arbeitslosenquote wird bei 4³/₄% verharren und die Teuerungsrate etwa 2% erreichen.

Im Blickpunkt

Finanzierung bleibt Engpass für mehr Wachstum

48

Gernot Nerb

Insbesondere Klein- und mittleren Unternehmen haben in den letzten beiden Jahren ihre Investitionsvorhaben wegen Finanzierungsproblemen aufgeschoben. Dies zeigte eine im Juni 2004 vom ifo Institut durchgeführte Telefonumfrage bei 1 100 Führungskräften in Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen in Deutschland.

ifo Architektenumfrage: Geschäftsklima trübt sich wieder ein

50

Erich Gluch

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des 2. Quartals 2004 wieder etwas eingetrübt, nachdem es seit Anfang 2003 zu einer kontinuierlichen zaghaften Aufhellung gekommen war.

Für die zukünftige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind spätestens seit dem Bericht der »Kommission zur Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme«, kurz Rürup-Kommission genannt, zwei alternative Reformkonzepte, nämlich die Bürgerversicherung und das Gesundheitsprämienmodell, in der aktuellen Diskussion. Der Grund, weshalb eine Kommission gleich zwei, sich scheinbar ausschließende Konzepte vorgeschlagen hat, liegt schlichtweg darin, dass es den Mitgliedern nicht gelungen ist, sich auf ein einheitliches Konzept zu einigen.¹ Eine Gruppe um den Regierungsberater Karl Lauterbach vertritt die Meinung, dass mittel- bis langfristig die GKV in eine Bürgerversicherung, in der dann neben den bisherigen Versicherten auch Beamte, Selbstständige und besser verdienende Angestellte versichert sind, umgewandelt werden sollte. Im Gegensatz dazu sieht eine Gruppe um das Sachverständigenratsmitglied und den Vorsitzenden der Kommission, Bert Rürup, eine zukünftige Sicherung der GKV in der Umwandlung der bisher lohnbezogenen Beitragserhebung in lohnunabhängige Gesundheitsprämien.

Nach Beendigung der Arbeit in der Regierungskommission schlug auch die unionsnahe Herzog-Kommission ein alternatives Gesundheitsprämienmodell vor, von dem sich allerdings gleich im Anschluss wiederum einige Mitglieder, u.a. der ehemalige Gesundheitsminister Horst Seehofer, distanzieren. Es folgten unzählige Artikel und Varianten zum einen oder anderen Modell, in denen mehr oder weniger konkret die zukünftige Ausgestaltung der GKV beschrieben wurde. Nach aktuellem Stand der Dinge scheint es, dass Bürgerversicherung kontra Gesundheitsprämie eines der großen Themen des nächsten Wahlkampfes wird. Denn nach langem Hin

und Her kristallisieren sich bei den Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN deutliche Mehrheiten für die Bürgerversicherung heraus, während die CDU für die Einführung eines Gesundheitsprämienmodells steht.

Der neueste Kompromissvorschlag von Bert Rürup – ein überarbeitetes Gesundheitsprämienkonzept – sieht neben der Einführung einer Gesundheitsprämie von 169 € für Erwachsene auch eine reduzierte Prämie von 78 € für Kinder vor. Für die Finanzierung der sozialpolitischen Finanzierung sollen neben der Besteuerung des auszuschüttenden Arbeitgeberbeitrags zur GKV entweder der Solidaritätsbeitrag oder die Mehrwertsteuer erhöht werden. Dadurch soll dem Umverteilungsgedanken Rechnung getragen werden.²

In der zum Teil sehr emotional geführten öffentlichen Diskussion geht es hauptsächlich um die Auswirkungen der Bürgerversicherungs- bzw. Gesundheitsprämienreform auf den Arbeitsmarkt und auf die interpersonellen Umverteilungseffekte. Dabei wird fast vollständig vergessen, was der eigentliche Auftrag der Rürup-, aber auch der Herzog-Kommission war, nämlich die »Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme«. Genau letzterer Aspekt ist Thema dieses Beitrags. Mit Hilfe der Generationenbilanzierung wird im Folgenden untersucht, ob es den aktualisierten Vorschlägen gelingt, die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) auf ein fiskalisch nachhaltiges Fundament zu stellen.

Zur Nachhaltigkeit des gesetzlichen Status quo

Die zukünftige demographische Veränderung wird sämtliche umlagefinanzierte Sozialversicherungssysteme unter enorme Finanzierungsschwierigkeiten setzen. Aufgrund des Einbruchs der Geburten pro Frau seit den siebziger Jahren und dem



Bernd Raffelhüschen*



Christian Hagist*



Stefan Fetzter*

* Stefan Fetzter und Christian Hagist sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft und Volkswirtschaftslehre I an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen ist der Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft und Volkswirtschaftslehre I an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Professor an der Universität Bergen.

¹ Das Beispiel der Schweiz zeigt, dass sich beide Reformkonzepte durchaus kombinieren lassen und nicht wirklich Gegensätze darstellen.

² Ein von Rürup nicht favorisiertes drittes Alternativkonzept zur Gegenfinanzierung der Prämiensubvention sieht neben der einkommensunabhängigen Kopfpauschale einen einkommensabhängigen Sozialbeitrag, der von den Kassen eingezogen werden soll, vor (vgl. FAZ vom 16. Juli 2004).

starken Ansteigen der Lebenserwartung wird es künftig zu einem massiven Anstieg des Altersquotienten kommen. Dieser spiegelt das Verhältnis von Rentnerjährgängen zu den erwerbstätigen Generationen wider und wird sich von momentan etwa 25 auf 53% im Jahr 2050 mehr als verdoppeln.³ Als Folge der gesellschaftlichen Alterung ist – bei einem Ausbleiben einschneidender Reformen – ein zunehmendes Missverhältnis zwischen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung in den umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen zwangsläufig.

Das quantitative Ausmaß dieses Missverhältnisses lässt sich mit Hilfe der Generationenbilanz bestimmen. Dabei handelt es sich um ein langfristiges Budgetierungssystem, das auf der intertemporalen Budgetrestriktion des Staates basiert. Letztere besagt, dass die heute bestehende Staatschuld durch sämtliche Nettosteuerzahlungen aller heute lebenden und aller zukünftigen Generationen abgegolten werden muss.⁴ Zunächst berechnet man die Nettosteuerzahlung einer Generation aus dem Barwert aller Zahlungsströme, die sie an den fiskalischen Sektor über ihr verbleibendes Leben bezahlt (Steuern, Beiträge, Gebühren u.Ä.), abzüglich dem Barwert aller Zahlungsströme, die sie vom fiskalischen Sektor über ihr restliches Leben erhält (Bildung, öffentliche Güter, Transfers, Renten, Kranken- und Pflegeversicherungsleistungen u.Ä.). Für die Berechnung der Nettosteuerzahlungen werden in einem ersten Schritt die im Basisjahr beobachteten Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit Hilfe von alters- und geschlechtsspezifischen Mikroprofilen auf repräsentative Durchschnittsindividuen der im Basisjahr lebenden Kohorten verteilt.⁵ Die daraus resultierenden skalierten Profile werden dann in einem zweiten Schritt mit einer Wachstumsrate g in die Zukunft fortgeschrieben.⁶

Um dem im Gesundheitssektor wirkenden medizinisch-technischen Fortschritt Rechnung zu tragen, werden dabei im Folgenden zwei Szenarien unterschieden: Beim Szenario ohne Kostendruck ist die Wachstumsrate g für alle skalierten Profile 1,5%. Beim Szenario mit Kostendruck wird hingegen der medizinisch-technische Fortschritt berücksichtigt, indem alle altersspezifischen GKV-Leistungen mit einer um einen

Prozentpunkt höheren Rate von 2,5% wachsen.⁷ Durch eine jährliche Saldierung aller skalierten Profile ist es möglich zu bestimmen, wie viel ein durchschnittliches Mitglied einer Kohorte in jedem künftigen Jahr netto an den Fiskus bezahlt. Werden nun diese durchschnittlichen Nettozahlungen in jedem Jahr mit den Überlebenden einer Kohorte gewichtet und mit einer Diskontrate $1 + r$ (im Folgenden 1,03) auf das Basisjahr diskontiert, so resultieren die Nettosteuerzahlungen einer Generation im Basisjahr.⁸ Die Summe der Nettosteuerzahlungen aller heutigen und zukünftigen Generationen entspricht dann der so genannten impliziten Staatsverschuldung.

Diese quantifiziert die, bei Geltung der aktuellen Gesetzeslage entstehenden, schwebenden Ansprüche an den Staat, welche vor allem auf den umlagefinanzierten Sozialversicherungen basieren. Die implizite Staatschuld des Basisjahres 2001 bei einem unterstellten Zins von 3% und einem Wachstum von 1,5% beläuft sich im Szenario ohne Kostendruck auf 220% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Jahres 2001. Zusammen mit der explizit ausgewiesenen Staatschuld von 59,5% des BIP ergibt sich dann die so genannte Nachhaltigkeitslücke von 279,5% des BIP.⁹ Eine positive Nachhaltigkeitslücke verletzt aber die eingangs dieses Abschnitts erläuterte intertemporale Budgetrestriktion des Staates, da die bestehende Staatschuld eben nicht durch die Summe aller zukünftigen Nettosteuerzahlungen abgegolten werden kann. Außerdem ist sie ein gutes Maß dafür, welche Last lebende Generationen zukünftigen Bürgern des Staates aufbürden. Dies gilt zumindest bei der Annahme, dass sich auch ein Staatswesen nicht auf Ewigkeit verschulden kann.

Viel schlimmer als ohnehin schon steht es um die Nachhaltigkeit der deutschen Fiskalpolitik, wenn die ausgabensteigernde Wirkung des medizinisch-technischen Fortschritts

³ Die Zahlen beziehen sich auf das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 18- bis 64-Jährigen in der Gesamtbevölkerung.

⁴ Die Methodik der Generationenbilanzierung wurde von Auerbach et al. (1991; 1992 und 1994) entwickelt. Methodische Weiterentwicklungen, auf die im Folgenden zurückgegriffen wird, finden sich in Raffelhüschen (1999) und Bonin (2001). Da die hier analysierten Reformvorschläge das gesamte staatliche Budget beeinflussen, kann nicht auf eine deutlich transparentere Bilanz des isolierten Systems der GKV zurückgegriffen werden.

⁵ Das Basisjahr wurde auf 2001 gesetzt, da Daten, die für die nachfolgenden Berechnungen der Reformationen benötigt werden, größtenteils nur bis zum Jahr 2001 verfügbar sind. Alle im Folgenden angegebenen Werte basieren aus Gründen der Vergleichbarkeit daher auf dem Jahr 2001.

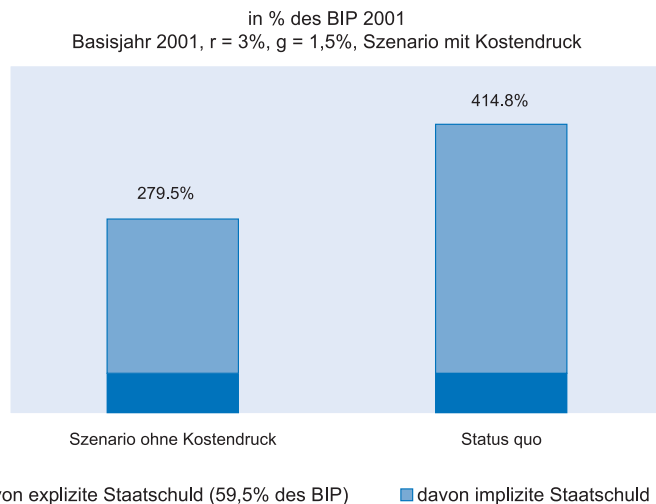
⁶ Bei der Fortschreibung werden auch die Effekte bereits beschlossener Reformen, deren Wirkung erst später eintritt, berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für das jüngste GKV-Modernisierungsgesetz GMG. Zu dessen Nachhaltigkeitswirkungen vgl. Fetzer und Hagist (2004).

⁷ Beim medizinisch-technischen Fortschritt handelt es sich vor allem um kostenintensive Produktinnovationen. Breyer und Ulrich (2000) haben gezeigt, dass die Leistungsausgaben der GKV aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts um einen Prozentpunkt stärker wachsen als der allgemeine Produktivitätsfortschritt. Die unterstellte mittlere Frist umfasst den Zeitraum 2002 – 2042. Die an sich arbiträre Annahme einer zeitlichen Befristung ist insofern notwendig, als sonst die Gesundheitsausgaben langfristig oberhalb des BIP lägen. Die im Folgenden beschriebenen qualitativen Aussagen sind jedoch nicht davon abhängig, ob der unterstellte Zeitraum ein Jahrzehnt früher oder später endet. Langfristig wachsen die Gesundheitsausgaben wieder in Höhe des allgemeinen Produktivitätsfortschritts.

⁸ Für zukünftige Generationen wird dabei prinzipiell – zins- und wachstumsadjustiert – die gleiche fiskalische Leistungsfähigkeit wie für die im Basisjahr Nulljährigen angenommen.

⁹ Die Diskontrate spiegelt den (realen) Zinssatz auf langfristige Staatspapiere zuzüglich eines angemessenen Risikoaufschlags wider, die Wachstumsrate den langfristigen arbeitsvermehrenden technischen Fortschritt der Volkswirtschaft. Aufgrund der Zukunftsausrichtung der Methode sind die Parameterwerte von $g = 1,5\%$ und $r = 3\%$ mit Unsicherheit behaftet. Der hier verwendete Indikator »Nachhaltigkeitslücke« reagiert zwar sehr stark auf Zins- und Wachstumsvariationen, aufgrund seiner sehr illustrativen Darstellung wird er aber hier dennoch verwendet. Die folgenden Aussagen bleiben aber auch bei Verwendung von Nachhaltigkeitslücken bei anderen Zins- und Wachstumsraten prinzipiell erhalten.

Abb. 1
Nachhaltigkeitslücken im Status quo



Quelle: Berechnungen der Autoren.

berücksichtigt wird. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, steigt die Nachhaltigkeitslücke von bisher 279,5% im (unrealistisch) optimistischen Szenario ohne Kostendruck auf 414,8% des BIP im (optimistisch) realistischen Szenario mit (»leichtem«) Kostendruck. Mit anderen Worten: Um den zukünftigen Generationen das gegenwärtige reale öffentliche Leistungsniveau zu gewähren, müssten alle Deutschen vier Jahre lang arbeiten und alles, was sie verdienen, zur Entlastung zukünftiger Generationen zur Verfügung stellen. Da dies mehr als unrealistisch ist, kommt man um umfassende und nachhaltige Reformen nicht umhin. Ob und inwieweit mehr Nachhaltigkeit durch die bislang hauptsächlich diskutierten Reformoptionen Bürgerversicherung bzw. Gesundheitsprämienmodell erzeugt wird, ist jedoch stark zu bezweifeln.

Zur Nachhaltigkeit der Reformvorschläge: Gesundheitsprämie versus Bürgerversicherung

Dass das deutsche Sozialversicherungssystem vor einer gewaltigen Umbruchphase steht, hat sich in der Zwischenzeit über alle Parteien hinweg herumgesprochen. Doch während diese Einsicht in der gesetzlichen Rentenversicherung seit geraumer Zeit schon zu einschneidenden Reformen geführt hat, besteht für die GKV noch ein immenser Nachholbedarf. Dabei befinden wir uns hinsichtlich der Einnahmenseite vor einem echten Scheideweg. Von den »üblichen Verdächtigen« des allseits umsorgenden Sozialstaats wird schon seit längerem die Einführung der Bürgerversicherung propagiert. Diese sieht vor, dass mehr oder weniger schnell die (»Friedens-«)Grenze zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung (PKV) fällt und somit die Versicherungspflicht in der GKV auf alle Bevölkerungsgruppen, wie etwa Selbständige, Beamte und gutverdienende Angestellte, aus-

geweitet wird. Der PKV würde dann nur noch das Zusatzversicherungsgeschäft bleiben. Zusätzlich soll die Bemessungsgrundlage auf weitere Einkunftsarten, wie Mieten und Zinsen, erweitert und die Einkommensumverteilung innerhalb der GKV intensiviert werden, indem die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben wird. Insgesamt wird es dann, laut den Fürsprechern der Bürgerversicherung, zu einer deutlichen Stärkung des Solidaritätsgedankens kommen.

Auf einen ersten flüchtigen Blick mag die Erweiterung der Bemessungsgrundlage auf weitere Einkunftsarten, wie Mieten und Zinsen, ökonomisch sinnvoll erscheinen. Warum jedoch die Krankenkassen bei der Erhebung der Kapitaleinkommen ihrer Versicherten erfolgreicher sein sollten als die Finanzämter, denen dies seit Jahren nicht so recht gelingen

mag, wird nicht beantwortet. Faktisch wird es zu einer Belastung des fremdgenutzten Immobilienbesitzes kommen. Die eigentlich zentrale Frage ist jedoch, warum überhaupt an der Lohnbezogenheit bzw. der ausgeweiteten Einkommensbezogenheit festgehalten werden sollte. Während nämlich bei Einführung der GKV vor über 100 Jahren nicht nur die Einnahmen, sondern auch fast zwei Drittel der Ausgaben lohnabhängig waren, wurde durch das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) der letzte lohnabhängige Ausgabenbestandteil, das Krankengeld, aus dem Leistungskatalog ausgeschlossen. Genau dieses Krankengeld war jedoch in den Anfangsjahren der GKV deren Hauptausgabenart (vgl. Jacobs und Schnellschmidt 2002). Wie auch immer man zum aktuellen Leistungskatalog der GKV stehen mag, eines ist sicher, er enthält allein Ausgaben, die statistisch nicht mit dem Lohn oder dem erweiterten Einkommen korrelieren.

Um es klar auf den Punkt zu bringen: Krankheit hat originär zunächst nichts mit dem Einkommen zu tun; man wird nicht kränker, wenn man mehr verdient. Genau in diesem Kerngedanken liegt der Ausgangspunkt aller Vorschläge zur Einführung eines Gesundheitsprämienmodells. Leitgedanke ist hierbei das Äquivalenzprinzip, bei dem sich Leistung und Gegenleistung entsprechen sollen. Nun ist das Krankheitsrisiko und damit die Leistung der GKV sicherlich nicht über alle Mitglieder gleichverteilt, was aus versicherungsmathematischen Gründen gegen einheitliche Prämien sprechen würde. Von den Befürwortern einer solchen Lösung wird jedoch argumentiert, dass zu Beginn des Lebens jeder Bürger gleich ist und fiktive Neugeborene quasi hinter einem Schleier der Unwissenheit sich für eine Gesundheitsprämie entscheiden würden, welche die durchschnittlichen Krankheitskosten deckt. Während in den meisten Modellen nur für Erwachsene eine Prämie vorgesehen ist, soll im neuesten Vorschlag

von Bert Rürup der GKV auch für Kinder eine Prämie in der Höhe von 78 € zufließen. Allerdings ist vorgesehen, dass diese von der Kindergeldstelle an die jeweilige Kasse gezahlt wird. Somit soll dieser »Kinderbeitrag« genauso wie die Prämiensubvention für einkommensschwache Haushalte über Einkommensteuermehreinnahmen durch die Ausbezahlung des bisherigen Arbeitgeberanteils und durch Steuererhöhungen finanziert werden. Für letztere favorisiert Rürup die Alternative, nämlich eine Erhöhung des Solidaritätszuschlags oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Von Ökonomen wegen ihrer Lohnunabhängigkeit geschätzt, werden Kopfpauschalen oft als unsozial gebrandmarkt. Es könne ja wohl kaum angehen, dass »der Pförtner denselben Gesundheitsbeitrag entrichtet wie sein Chef«. Komischerweise gilt dieser Lehrsatz offenbar nur für den GKV-Leistungskatalog, nicht jedoch für andere Grundbedarfsgüter, wie Kleidung und Nahrungsmittel. Bisher kam zumindest noch kein Politiker auf die Idee, Brot oder Socken für Manager und Pförtner preislich unterschiedlich auszuzeichnen. Zudem wird bei der politischen Debatte oft vergessen, dass eine soziale Flankierung deutlich treffsicherer über eine steuerfinanzierte Prämiensubvention erfolgt.

Wie aber sieht nun die Nachhaltigkeitswirkung der beiden Reformkonzepte aus? Abbildung 2 zeigt die resultierenden Nachhaltigkeitslücken, wenn beide Konzepte umgesetzt würden und zum Vergleich noch einmal diejenige des gesetzgeberischen Status quo, jeweils für das realistischere Kostendruck Szenario. Um das Bürgerversicherungskonzept mit dem neuesten Vorschlag von Rürup »auf Augenhöhe« vergleichen zu können, wird angenommen, dass bei beiden Modellen die Einnahmen pro Kopf gleich sind.

Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, verfehlen es beide Konzepte nicht nur, ein Mehr an Nachhaltigkeit in das System

zu tragen, sondern zusätzlich verschlimmern sie sogar die fiskalische Schieflage. Der Grund dafür liegt in der zu gering gewählten Gesundheitsprämie des neuesten Rürup-Vorschlags, welche mit 169 € gut 40 € geringer ist als diejenige des ursprünglichen Kommissionsvorschlags.¹⁰ Trotzdem, gemessen an der Nachhaltigkeitslücke des neuen Rürup-Vorschlags von 423,2% des BIP, schneidet eine vergleichbare Bürgerversicherung mit 452,2% des BIP noch schlechter ab. Dies ändert sich auch nicht, wenn man die Prämiensubvention über eine entsprechende Erhöhung des Solidaritätszuschlags gegenfinanziert. Zwar steigt die Nachhaltigkeitslücke auf 427,7%, liegt damit aber immer noch unter den 452,2% der Bürgerversicherung. Offensichtlich greifen beide Konzepte hinsichtlich der Nachhaltigkeitswirkung zu kurz.

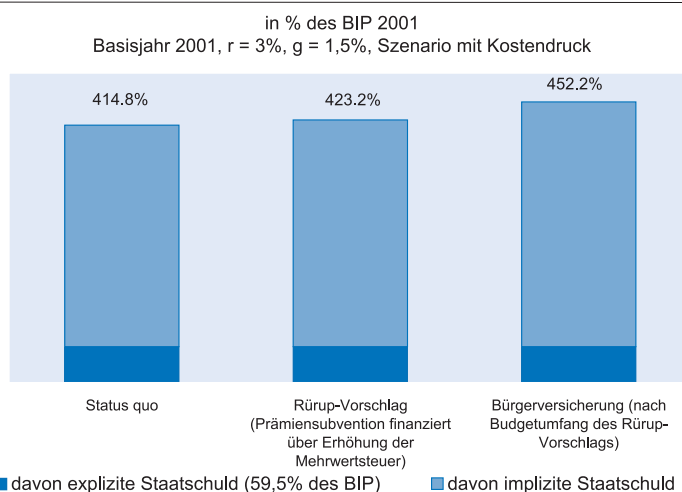
Aber selbst dann, wenn eine Gesundheitsprämie von 180 € pro Monat (bei gleichbleibendem Kinderbeitrag von 78 €) erhoben werden sollte, die ein gleiches Beitragsaufkommen wie der Status quo im Basisjahr garantieren würde, wäre die Nachhaltigkeitswirkung vernachlässigbar gering. Die Nachhaltigkeitslücke des Status quo von 414,8% des BIP würde gerade einmal um 11,8 Prozentpunkte gesenkt. Eine dem Status quo vergleichbare Bürgerversicherung würde die Nachhaltigkeitslücke nur um rund 5 Prozentpunkte senken.¹¹

Wie es wirklich zu schaffen ist: mehr Markt und Wettbewerb

Insgesamt ist festzuhalten, dass es durch die Einführung des einen oder des anderen Konzeptes zwar gelingen mag, wie auch immer gearteten Gerechtigkeitsvorstellungen entgegenzukommen. Geht es aber um das eigentliche Ziel der Herzog- und Rürup-Kommission, nämlich einer nachhaltigen Finanzierung der GKV näher zu kommen und damit auch ein Stück weit mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen, versagen sowohl Bürgerversicherung als auch Gesundheitsprämie. Dies gilt vor allem dann, wenn, wie beim neuesten Vorschlag von Rürup, eine »politisch opportune« niedrige Gesundheitsprämie gewählt wird. Noch schlechter ist die Nachhaltigkeitswirkung einer vergleichbaren Bürgerversicherung.

Soll dennoch eine Bewertung der beiden Konzepte abgegeben werden, so muss aus

Abb. 2
Nachhaltigkeitslücken Rürup versus Bürgerversicherung



Quelle: Berechnungen der Autoren.

¹⁰ Zwar wird ein Teil wieder durch die Beiträge für die mitversicherten Kinder aufgefangen, trotzdem erreicht der neue Rürup-Vorschlag lediglich ein Gesamtbudget von 130 Mrd. €. Demgegenüber fasst das Budget des alten Rürup-Vorschlags mit 210 € Pauschale für jeden erwachsenen Versicherten 145 Mrd. €.

¹¹ Zur Vergleichbarkeit von Bürgerversicherungskonzepten und Gesundheitsprämienmodellen vgl. Fetzer und Hagist (2004).

arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten eindeutig ein Gesundheitsprämienmodell propagiert werden, da über die pauschalen Prämien mittel- bis langfristig eine vollständige Abkopplung der Krankenversicherungsbeiträge vom Lohn gelingt. Die Bürgerversicherung leistet dies, wenn überhaupt, nur sehr begrenzt. Gegeben, dass für jeden abgebauten Beitragspunkt in den sozialen Sicherungssystemen etwa 100 000 Arbeitssuchende wieder zu »Lohn und Brot« kämen, liegt hier ein ganz entscheidender Vorteil des Gesundheitsprämienmodells. Ein weiterer Vorteil ist der implementierte Steuer-Transfer-Mechanismus. Ist ein solcher Mechanismus bereits vorhanden, können ausgabeseitige Maßnahmen relativ einfach sozial abgedeckt werden. Anstatt bei Reformen, die eine partielle Ausgliederung oder Formen von Eigenbeteiligungen, wie etwa beim GMG, vorsehen, besonders hart getroffene Bevölkerungsgruppen über intransparente Ausnahmeregelungen zu kompensieren, könnte dann über eine höhere Prämiensubvention ein viel transparenterer sozialer Ausgleich vorgenommen werden.

Derartige anreizorientierte, ausgabenseitige Reformen sind das, was die GKV wirklich wieder auf ein wirtschaftliches und nachhaltiges Fundament stellen würde. Wo immer man das Problem für den Bereich der GKV sehen mag, die Lösung ist hier nur durch ein rationales Anbieter- und Patientenverhalten zu erreichen. Daher muss sich der gesetzlich versicherte Teil der Bevölkerung auf weitere schmerzliche Strukturreformen vorbereiten, zumal das Problem selbst dann nicht in den Griff zu bekommen wäre, wenn alle Kostendämpfungsgesetze der Vergangenheit ihren Zweck vollständig erfüllt hätten. Mithin wird man nicht umhin können, die private Vorsorge bei der Absicherung des Krankheits- und Pflegerisikos wesentlich zu stärken. Kostenerstatungsprinzipien zur Erhöhung der Transparenz und hohe Selbstbehalte – etwa in der Größenordnung von 800 € pro Jahr – sind unumgänglich.

Ebenso werden weitere Effizienzsteigerungen unter den Anbietern von Gesundheits- und Versicherungsleistungen auf der wirtschaftspolitischen Agenda stehen, will heißen: Erforderlich ist auch im Bereich der GKV ein wirklicher Wettbewerb, wo Ineffizienz mit Insolvenz bedroht wird; wo Preisabsprachen der Kartelle strikt verfolgt werden und Gebührenordnungen staatlicher Aufsichtsbehörden mindestens für den stationären Bereich verschwinden. Und wer das nicht glaubt, sondern »gutmeinend« weitersegelt wie bisher, der schaue sich das Schiff, auf dem er segelt, genau an: Es heißt Titanic und liegt nicht im Trockendock.

Literatur

Auerbach, A., J. Gokhale und L. Kotlikoff (1991), »Generational Accounts: A meaningful alternative to deficit accounting«, *Tax policy and the economy* 5, 55–110.

Auerbach, A., J. Gokhale und L. Kotlikoff (1992), »Social security and medicare policy from the perspective of generational accounting«, *Tax policy and the economy* 6, 129–145.

Auerbach, A., J. Gokhale und L. Kotlikoff (1994), »Generational Accounts: A meaningful way to evaluate fiscal policy«, *The Journal of Economic Perspectives* 8(1), 73–94.

Bonin, H. (2001), *Generational Accounting: Theory and Application*, Berlin.

Breyer, F. und V. Ulrich (2000), »Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine Regressionsanalyse«, *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* (1), 1–17.

Fetzer, S. und C. Hagist (2004), »GMG, Kopfpauschalen und Bürgerversicherungen: Der aktuelle Reformstand und seine intergenerativen Verteilungswirkungen«, *Diskussionsbeiträge*, Institut für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Nr. 114.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2004), *Vom Gesundheitssoli bis zum Kinderzuschuß – Rürups Reformvorschläge im Detail*, 16. Juli.

Jacobs, K. und H. Schnellschmidt (2002), »Äquivalenz, Leistungsfähigkeit und Solidarität – Konturen einer Finanzierungsreform«, *Gesundheit und Gesellschaft: G + G* (3), 15–22.

Raffelhüschen, B. (1999), »Generational Accounting: Method, Data, and Limitations«, *European Economy, Reports and Studies* 6, 17–28.

Der Beitrag von Industrie und Dienstleistungen zum regionalen Wirtschaftswachstum in Bayern

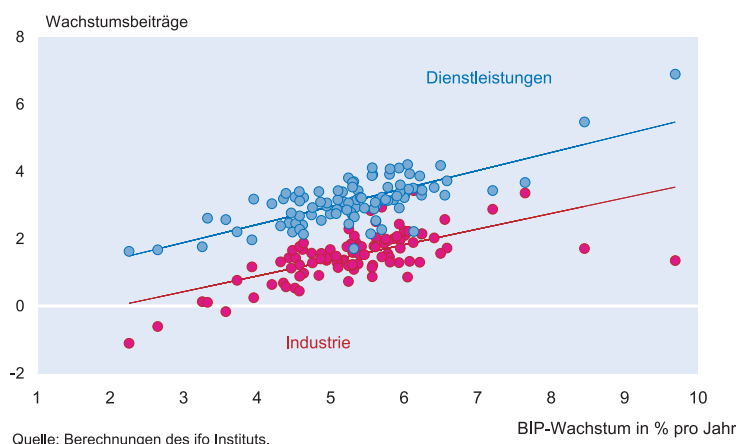
Der Strukturwandel hat in den vergangenen 20 Jahren von 1980 bis 2001 auch in Bayern das Wachstum des Dienstleistungssektors begünstigt. Zur gesamten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von nominal 5,2% im Jahresdurchschnitt trugen die Dienstleistungen 3,3% bei, doppelt so viel wie die Industrie. Das Wachstum des Dienstleistungssektors fand hauptsächlich in den schon bestehenden Ballungszentren statt, wodurch sich der Abstand zwischen Zentren und Umland erhöhte. Das bedeutet aber nicht, dass in regionaler Betrachtung der industrielle Sektor ohne Bedeutung gewesen wäre. In einzelnen Landkreisen leistete die Industrie einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg. Bemerkenswert ist auch, dass es bei den Kreisen und Städten mit dem geringsten Wachstum gerade die fehlenden industriellen Aktivitäten waren, die das schwache Ergebnis bewirkten.

Zwischen 1980 und 2001 ist das nominale Bruttoinlandsprodukt, d.h. das gesamte im Lande geschaffene Einkommen, in Bayern um durchschnittlich 5,2% pro Jahr gewachsen. Wie Abbildung 1 zeigt, liegen die Wachstumsraten für die überwiegende Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte dicht beieinander, in einer Bandbreite zwischen 4¹/₂ und 6¹/₂%. Am oberen und unteren Ende gibt es einige größere Abweichungen. Die Landkreise München, Freising, Erlangen-Höchstadt und Landshut weisen die mit Abstand höchsten Wachstumsraten auf. Am schlechtesten schneiden die Landkreise Wunsiedel, Kelheim, Eichstätt und Pfaffenhofen sowie die kreisfreien Städte Bayreuth und Kaufbeuren ab (vgl. Tab. 1). Oberbayern mit dem Großraum München nimmt eine herausgehobene Stellung ein. Damit findet sich die typische räumliche Struktur einer wachsenden Wirtschaft mit Wachstumszentren und dazugehöriger Peripherie auch in Bayern.

Höherer Wachstumsbeitrag vom Dienstleistungsbereich

Der Dienstleistungssektor hat in den vergangenen 20 Jahren den relativ größeren Beitrag zum Wachstum geleistet. Das gilt sowohl für die stark wachsenden wie für die schwach wachsenden Kreise (vgl. Abb. 1 und Tab. 1). Im Durchschnitt aller Landkreise und kreisfreien Städte war der Wachstumsbeitrag des Dienstleistungssektors mit 3,3% etwa doppelt so hoch wie der Beitrag der Industrie. Diese Entwicklung stimmt mit dem globalen Trend des Strukturwandels überein, der überall den Anteil des tertiären Sektors zu Lasten der Industrie erhöht. Gegenwärtig sind alle hoch industrialisierten Länder mehr oder minder zu »Dienstleistungsgesellschaften« geworden. Zum Beispiel waren 2000 in den USA 74% aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig, im Vereinigten Königreich und in Frankreich 71%, in Spanien 63% und in Deutschland 62% (Schettkat und Yocarini 2003). In der Literatur wird die Ursache für den steigenden Anteil der Dienstleistungen bzw. den relativen Niedergang der Industrie hauptsächlich in der unterschiedlichen Entwicklung der Produktivitäten gesehen (Baumol 1967; 2001). Laut Baumol ist die Nachfrage nach Industriegütern und Diensten, wenn man Preiseffekte ausschaltet, unabhängig von der Höhe des Einkommens, und demzufolge bleibt der Dienstleistungsanteil im Zeitablauf real konstant. Da aber die Produktivität in der Industrie schneller steigt als im Dienstleistungssektor, sinkt der Anteil der Beschäftigten in der Industrie. Wenn

Abb. 1
Wachstum und Wachstumsbeiträge in den Landkreisen und Städten Bayerns 1980 - 2001



Tab. 1

Städte und Landkreise in Bayern mit dem höchsten und dem niedrigsten Wachstum im Zeitraum 1980 – 2001

	Wachstum	Wachstumsbeiträge ^{b)}		
	BIP ^{a)}	Industrie ^{c)}	Dienstleistungen ^{d)}	Rest ^{e)}
Veränderung in % im Jahresdurchschnitt 1980 – 2001				
Gebiete mit dem höchsten Wachstum				
Landkreis München	9,7	1,4	6,9	1,4
Landkreis Freising	8,5	1,7	5,5	1,3
Landkreis Erlangen-Höchststadt	7,6	3,4	3,7	0,5
Landkreis Landshut	7,2	2,9	3,4	0,9
Landkreis Regensburg	6,6	1,7	3,7	1,2
Landkreis Neumarkt i.d.Opf.	6,6	2,6	3,3	0,7
Landkreis Schweinfurt	6,5	1,6	4,2	0,8
Landkreis Bamberg	6,4	2,0	3,5	0,9
Landkreis Aichach-Friedberg	6,2	2,2	3,4	0,6
Landkreis Amberg-Sulzbach	6,2	2,1	3,3	0,8
Gebiete mit dem niedrigsten Wachstum				
Landkreis Kulmbach	4,3	1,3	2,4	0,6
Kreisfreie Stadt München	4,2	0,6	3,0	0,5
Landkreis Garmisch-Partenkirchen	4,0	0,2	3,2	0,5
Landkreis Tirschenreuth	3,9	1,2	2,0	0,8
Landkreis Wunsiedel	3,7	0,8	2,2	0,7
Kreisfreie Stadt Bayreuth	3,6	-0,2	2,6	1,2
Kreisfreie Stadt Kaufbeuren	3,3	0,1	2,6	0,6
Landkreis Kelheim	3,3	0,1	1,8	1,4
Landkreis Eichstätt	2,6	-0,6	1,7	1,5
Landkreis Pfaffenhofen	2,3	-1,1	1,6	1,8
Bayern insgesamt	5,2	1,4	3,3	0,5

^{a)} In jeweiligen Preisen. – ^{b)} Der Wachstumsbeitrag eines Sektors errechnet sich aus der Wachstumsrate dieses Sektors multipliziert mit seinem Anteil an der Gesamtwirtschaft im Ausgangsjahr. – ^{c)} Produzierendes Gewerbe. – ^{d)} Einschl. Staat. – ^{e)} Landwirtschaft, Bergbau und Rundungsfehler.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

die Löhne im Dienstleistungssektor mit derselben Rate wachsen wie im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft, dann steigt der Anteil der nominalen Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich an der gesamten nominalen Wertschöpfung.

Ogleich auch in Bayern das Wirtschaftswachstum von der Expansion des Dienstleistungssektors geprägt war, bedeutet das nicht, dass in regionaler Betrachtung der industrielle Sektor ohne Bedeutung gewesen wäre. In einzelnen Landkreisen, wie z.B. Erlangen und Landshut, leistete die Industrie einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg. Bemerkenswert ist auch, dass es bei den Kreisen und Städten mit dem geringsten Wachstum gerade die fehlenden industriellen Aktivitäten waren, die das schwache Ergebnis bewirkten. Die Industrie trug somit nicht unwesentlich zu den regionalen Wachstumsdifferenzen bei.

Das regionale Wachstum in theoretischer Sicht

Die Landkreise Freising und München verdanken einem besonders expansiven Dienstleistungssektor die bayernweit höchsten Wachstumsraten. Beide Kreise gewannen allgemein durch die Nähe zum Agglomerationsraum München, im Besonderen aber durch die Errichtung des neuen Flughafens bei Erding. Die Stadt München hingegen erzielte in den letzten 20 Jahren nur ein durchschnittliches Wachstum. Die unterschiedliche Entwicklung in der Großstadt München und ihrem Umland weist auf Gesetzmäßigkeiten der räumlichen Verteilung des Wirtschaftswachstums hin. Die »Neue ökonomische Geographie« sieht das Wachstum einer Region von der Wechselwirkung zwischen zentrifugalen und zentripetalen Kräften bestimmt (Krugman 1998). Die zentripetalen Kräfte, die das Wachstum einer Agglomeration verstärken, ergeben sich in erster Linie aus den Vorteilen des größeren Marktes. Die Präsenz auf einem großen lokalen

Markt verschafft Vorteile sowohl auf der Inputseite – der heimische Markt bietet eine breite Palette von Zulieferern und spezialisierten Arbeitskräften, was die Einkaufskosten senkt – wie auf der Outputseite – der Zugang zu einem großen Absatzmarkt begünstigt die Produktion in großen Stückzahlen und die damit verbundene Kostendegression. Je niedriger die Transportkosten sind, desto mehr konzentriert sich die wirtschaftliche Aktivität auf wenige Ballungszentren (Hanson 1998). Die zentrifugalen Kräfte ergeben sich, wie im Fall Münchens, aus den Kosten der Ballung – Platzmangel, höhere Bodenpreise und Mieten, überlastete Infrastruktur. Deshalb erfolgt eine Abwanderung in das nähere Umland, wo die Ballungskosten vorläufig geringer sind, die Vorteile des größeren Marktes aber noch in Anspruch genommen werden können.

Die Produktivität, die geographische Lage, die Ballungskosten, d.h. das bereits erreichte wirtschaftliche Niveau, und die Nachbarschaft spielen somit eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Im Dienstleistungssektor ergeben sich positive Nachbarschaftseffekte in erster Linie aus der zentralörtlichen Funktion einer Gemeinde. Viele Dienstleistungsangebote sind nur bei einer bestimmten Mindestgröße des Marktes ökonomisch tragfähig, so dass sie sich an zentralen Orten konzentrieren, von wo sie das Marktpotential des Umlandes bedienen können. Eine Zunahme an Kaufkraft im Umland wirkt sich positiv auf das Wachstum des Dienstleistungssektors im Zentrum aus. Daneben erzeugt natürlich auch ein starker Industriesektor am Ort Multiplikatorwirkungen, die die Nachfrage nach Dienstleistungen begünstigen. Die industrielle Aktivität andererseits ist in geringerem Maße von der lokalen Nachfrage abhängig. Je besser die Verkehrswege und je geringer die Transportkosten sind, desto weniger ist die Industrieproduktion an den Standort der Nachfrage gebunden. Für die Ansiedlung von Industrien spielen lokale Produktivitäts- und Kostenniveaus eine wichtige Rolle. Nachbarschaftseffekte sind hier jedoch nicht auszuschließen. Eine schon vorhandene industrielle Konzentration eröffnet den Zugang zu einem spezialisierten Arbeitsmarkt und zu lokal produzierten Vorleistungen.

Die von der Theorie genannten fundamentalen Zusammenhänge lassen sich mit folgender Gleichung ausdrücken:

$$(1) \quad \dot{Y}_{i,1980-2001} = \alpha + \beta \cdot \dot{X}_{i,1980-2001} + \gamma \cdot \sum_j n_{ij} \dot{X}_{j,1980-2001} - \delta \cdot Y_{i,1980} + u_i$$

Darin bezeichnet $Y_{i,1980-2001}$ die jahresdurchschnittliche Veränderung der Wertschöpfung im Kreis i zwischen 1980 und 2001, $\dot{X}_{i,1980-2001}$ die Veränderung lokaler Einflussgrößen und $\sum_j n_{ij} \dot{X}_{j,1980-2001}$ Nachbarschaftseffekte, d.h. die Veränderung von Einflussgrößen in den j benachbarten Kreisen.¹ Die Kosten der Ballung werden auf einfache Weise durch $Y_{i,1980}$ erfasst, dem im Ausgangsjahr schon erreichten Niveau der

Wertschöpfung. Ihr Einfluss auf das Wachstum der Wertschöpfung sollte negativ sein. Gleichung (1) ähnelt einer erweiterten Fassung der so genannten Konvergenzregressionen, die Anfang der neunziger Jahre von Barro und Sala-i-Martin (1991) in die Diskussion eingeführt wurden. Barro und Sala-i-Martin benutzten in ihren Regressionen nur die Wachstumsraten und das Ausgangsniveau, um zu prüfen, ob Regionen mit einem hohen Ausgangsniveau langsamer wachsen als solche mit einem niedrigen. Trifft das zu, dann würde sich im Zeitablauf eine Konvergenz in der Wirtschaftsleistung ergeben. Laut Gleichung (1) muss das auch bei einem richtigen, negativen, Vorzeichen von δ nicht unbedingt der Fall sein, wenn das Wachstum der positiven Einflussgrößen X groß genug ist, d.h. wenn die Agglomerationsvorteile überwiegen.

Die hier genannten »fundamentalen« Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region können die zwischen 1980 und 2001 tatsächlich zu beobachtenden Veränderungsrate nicht vollständig erklären. Die nicht erklärten Reste werden in Gleichung (1) mit u_i bezeichnet. Wenn diese u_i aber voneinander unabhängige Einzelereignisse wiedergeben, also formal Zufallseinflüsse ohne räumlichen Zusammenhang darstellen, dann kann Gleichung (1) als eine zutreffende Beschreibung der regionalen Entwicklung angesehen werden, in der keine wesentlichen Elemente fehlen. Die empirischen Schätzungen der Gleichung (1) für die Industrie und den Dienstleistungssektor sind in den Tabellen 2 und 3 dargestellt.²

Abstand zwischen Ballungszentren und Umland wurde größer

Die Ergebnisse der Regression für den Dienstleistungssektor zeigt Tabelle 2. Für das Wachstum der Dienstleistungen hatten Nachbarschaftseffekte den wichtigsten Einfluss. Eine Erhöhung der Wertschöpfung des Dienstleistungssektors und damit der Kaufkraft in den benachbarten Kreisen um 1% ließ die lokalen Dienstleistungen im Durchschnitt um 0,74% wachsen. Darin zeigt sich die große Bedeutung von zentralörtlichen Funktionen für das Wachstum des tertiären Sektors, die auch die Entwicklung in Bayern geprägt haben. In absoluten Zahlen kommt das deutlicher zum Ausdruck als in Wachstumsraten. Die Wertschöpfung je km² erhöhte sich zwischen 1980 und 2001 am stärksten in den neun Standorten, die auch 1980 schon die Spitzenstellung innehatten, nämlich in den Städten München, Landshut, Regensburg, Augsburg, Nürnberg, Bamberg, Bayreuth, Würzburg sowie Schweinfurt. Neu hinzugekommen ist in der

¹ Als benachbart gelten die Kreise i und j , wenn sie eine gemeinsame Grenze haben. In diesem Fall hat n_{ij} den Wert 1, ansonsten den Wert 0.

² Wegen der simultanen Beziehungen zwischen Industrie und Dienstleistungen wurde eine Systemschätzung der beiden Regressionen mit SUR durchgeführt.

Tab. 2
Wachstumsregression für die Dienstleistungen

Schätzgleichung ^{a)} :			
$\dot{D}_{i,1980-2001} = a_1 \cdot \dot{I}_{i,1980-2001} + a_2 \cdot \sum_j n_j \dot{D}_{j,1980-2001} + a_3 \cdot \ln\left(\frac{BIP}{km^2}\right)_{i,1980} + a_4 DF + a_5 DLM + u_i$			
		Koef.	t-Wert
Wachstum der lokalen Industrie	$\dot{I}_{i,1980-2001}$	0,26	4,3
Wachstum der Dienstleistungen in der Nachbarschaft	$\sum_j n_j \dot{D}_{j,1980-2001}$	0,74	22,0
Ausgangsniveau	$\ln(BIP/km^2)_{i,1980}$	-0,37	5,6
Dummy Landkreis Freising	DF	3,83	4,5
Dummy Landkreis München	DLM	6,43	7,6
R ² -adj.			0,42
Normalverteilung der Reste ^{b)}	Chi ² (2)	Testwert 0,48	Signifikanz 0,79
Räumliche Autokorrelation der Reste ^{c)}	Chi ² (1)	2,58	0,11

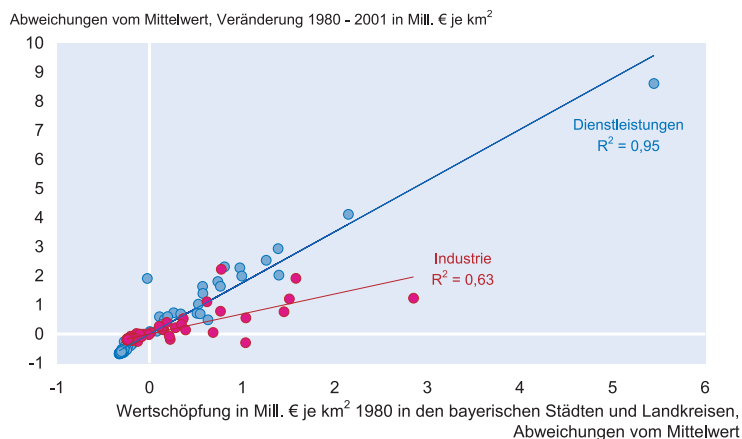
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3
Wachstumsregression für die Industrie

Schätzgleichung ^{a)} :			
$\dot{I}_{i,1980-2001} = a_0 + a_1 \cdot \dot{\Pi}_{i,1980-2001} + a_2 \cdot \dot{D}_{i,1980-2001} + a_3 \cdot \sum_j n_j \dot{I}_{j,1980-2001} + a_4 \cdot \ln\left(\frac{BIP}{km^2}\right)_{i,1980} + u_i$			
		Koef.	t-Wert
Konstante		-2,30	3,8
Wachstum der Produktivität ^{b)}	$\dot{\Pi}_{i,1980-2001}$	0,80	12,8
Wachstum der lokalen Dienstleistungen	$\dot{D}_{i,1980-2001}$	0,30	3,8
Wachstum der Industrie in der Nachbarschaft	$\sum_j n_j \dot{I}_{j,1980-2001}$	0,15	1,7
Ausgangsniveau	$\ln(BIP/km^2)_{i,1980}$	-0,25	4,0
R ² -adj.			0,72
Normalverteilung der Reste ^{b)}	Chi ² (2)	Testwert 5,21	Signifikanz 0,07
Räumliche Autokorrelation der Reste ^{c)}	Chi ² (1)	2,69	0,10

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2
Zusammenhang von Konzentration und Wachstum 1980 - 2001



Zwischenzeit nur der Landkreis München. Die Zunahme der Dienstleistungsproduktion in diesen Ballungszentren war annähernd ebenso groß wie in allen übrigen Landkreisen und kreisfreien Städten zusammengenommen. Der Tendenz nach gilt: Je höher 1980 die Abweichung vom Mittelwert war, desto größer war auch der seitherige Zuwachs (vgl. Abb. 2). Darin wird die Kehrseite eines auf den Dienstleistungssektor gegründeten Wachstums sichtbar: Das Dienstleistungswachstum in Bayern war im Wesentlichen ein Wachstum der Ballungszentren. Der Abstand dieser Zentren zum Umland wurde mit der Zeit immer größer. Der vom tertiären Sektor ausgehenden Tendenz zur räumlichen Ungleichheit könnten industrielle Aktivitäten auf dem flachen Lande entgegenwirken. Die Regressionsanalyse zeigt aber, dass das nur in bescheidenem Maße möglich ist. Im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre hat ein Wachstum der lokalen Industrie um 1% bei den lokalen Dienstleistungen nur ein Wachstum von 0,26% bewirkt. Der Koeffizient für das Ausgangsniveau hat, wie zu erwarten, ein negatives Vorzeichen, d.h. höhere Kosten der Ballung dämpften das regionale Dienstleistungswachstum. Der Koeffizient ist mit 0,37 relativ niedrig, per saldo überwogen bisher für die Dienstleistungen die Vorteile der Agglomeration.

Tabelle 3 gibt die Ergebnisse für die Industrie wieder. Die wichtigsten Einflüsse auf das regionale Wachstum der Industrie hatten das Produktivitätswachstum und der Strukturwandel. Die für die Industrie negative Wirkung des Strukturwandels wird mit der Regressionskonstanten erfasst. In den vergangenen 20 Jahren verminderte der Strukturwandel für sich genommen das industrielle Wachstum um durchschnittlich 2,3% pro Jahr. Diesem negativen Trend wirkten die im gleichen Zeitraum erzielten Produktivitätssteigerungen entgegen. Im Durchschnitt erhöhte eine Zunahme der industriellen Produktivität um 1% das Wachstum der Wertschöpfung in der Industrie um 0,8%. Es zeigte sich, dass

die positive Wirkung der Produktivitätssteigerungen auf die Wettbewerbsfähigkeit letztendlich groß genug war, um zu einem Wachstum der Wertschöpfung zu führen.³ Nachbarschaftseffekte, d.h. industrielle Agglomerationen, die aufgrund von Spillover-Effekten als Anziehungspunkt für weitere Industrien wirken und Wachstumspole bilden, haben bisher in Bayern keine bedeutende Rolle gespielt. Der geschätzte Koeffizient ist mit 0,15 relativ klein und, wie der t-Wert zeigt, statistisch nicht signifikant von null verschieden. Die bayerische Industrie zeigte somit keine Tendenz, aus sich heraus landkreisübergreifende industrielle »Wachstumskerne« zu bilden bzw. war auf das Vorhandensein solcher Kerne nicht angewiesen. Wichtiger war die Nähe zu den Dienstleistungszentren. Ein Wachstum des lokalen Dienstleistungssektors um 1% erzeugte in den vergangenen 20 Jahren, andere Einflüsse als konstant vorausgesetzt, im Durchschnitt eine Wachstumsrate der Industrie von 0,3%. Der Zusammenhang zwischen Konzentration und Wachstum ist bei der Industrie nicht so ausgeprägt wie bei den Dienstleistungen, war aber auch hier wirksam (vgl. Abb. 2). Die Wertschöpfung der Industrie je km² erhöhte sich absolut zwischen 1980 und 2001 am stärksten an Standorten, wo sie auch 1980 schon hoch konzentriert war, nämlich in den Städten Ingolstadt, München, Regensburg, Augsburg, Nürnberg, Erlangen, Bamberg und Schweinfurt. Das sind gleichzeitig Orte, die auch einen hohen Zuwachs der Dienstleistungen aufwiesen. Die räumliche Entwicklung von Industrie und Dienstleistungen standen in den vergangenen 20 Jahren in einem engen wechselseitigen Zusammenhang, wobei sich die Konzentrationstendenzen eher verstärkten. Das Ausgangsniveau der wirtschaftlichen Entwicklung hatte, wie zu erwarten, einen negativen Einfluss auf das Wachstum der Industrie. Es zeigt den dämpfenden Einfluss der Ballungskosten, mit einer Elastizität von 0,25 schlug er aber nicht übermäßig stark zu Buche.

Zusammengefasst ergibt die Analyse, dass der Strukturwandel in den vergangenen 20 Jahren von 1980 bis 2001 auch in Bayern das Wachstum des Dienstleistungssektors begünstigt hat. Zum gesamten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen) von 5,2% im Jahresdurchschnitt trugen die Dienstleistungen 3,3% bei, doppelt so viel wie die Industrie. Die Kehrseite des von den Dienstleistungen geprägten Wachstums war, dass es hauptsächlich in den schon bestehenden Ballungszentren stattfand, wodurch sich der Abstand zwischen den Zentren und dem Umland erhöhte.

Zusammengefasst ergibt die Analyse, dass der Strukturwandel in den vergangenen 20 Jahren von 1980 bis 2001 auch in Bayern das Wachstum des Dienstleistungssektors begünstigt hat. Zum gesamten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen) von 5,2% im Jahresdurchschnitt trugen die Dienstleistungen 3,3% bei, doppelt so viel wie die Industrie. Die Kehrseite des von den Dienstleistungen geprägten Wachstums war, dass es hauptsächlich in den schon bestehenden Ballungszentren stattfand, wodurch sich der Abstand zwischen den Zentren und dem Umland erhöhte.

³ Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie blieb in den vergangenen 20 Jahren im Landesdurchschnitt annähernd konstant.

Literatur

- Anselin, R. und S. Rey (1991), »Properties of Tests for Spatial Dependence in Linear Regression Models«, *Geographical Analysis* 23(2), 112–131.
- Barro, R.J. und X. Sala-i-Martin (1991), »Convergence«, *Journal of Political Economy* 100(2), 223–251.
- Baumol, W.J. (2001), »Paradox of the Services: Exploding Costs, Persistent Demand«, in: T. Raa und R. Schettkat (Hrsg.), *The Growth of Service Industries: The Paradox of Exploding Costs and Persistent Demand*, Cheltenham, 3–28.
- Baumol, W.J. (1967), »Macroeconomics of Unbalanced Growth: the Anatomy of Urban Crisis«, *American Economic Review* 57, 415–426.
- Hanson G.H. (1998), »Market Potential, Increasing Returns, and Geographic Concentration«, *NBER Working Paper Series* No. 6429, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.
- Krugman, P. (1998), »What's New about the New Economic Geography«, *Oxford Review of Economic Policy* 14 (2), 7–17.
- Schettkat, R. und L. Yocarini (2003), »The Shift to Services: A Review of the Literature«, *IZA Discussion Paper* No. 964, Institut für die Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2003), *Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder*, Stuttgart.

Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik: Besonderheiten der Quartalsrechnung

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der wichtigste Indikator für Konjunktur und Wirtschaftswachstum. In den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wurde bisher das reale BIP in konstanten Preisen eines Basisjahres nachgewiesen (Festpreisbasis). Sowohl das 1993 revidierte »System of National Accounts« (SNA) der Vereinten Nationen als auch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG1995) empfehlen, für die Berechnung der jährlichen Volumenänderung des BIP und seiner Komponenten eine möglichst zeitnahe Preisstruktur heranzuziehen. Auf der Grundlage der Entscheidung der EU-Kommission vom 30. November 1998 wird bei der nächsten anstehenden großen VGR-Revision im Frühjahr 2005 in den deutschen VGR nun die Vorjahrespreisbasis eingeführt.¹ Das Statistische Bundesamt beabsichtigt diese Umstellung nicht nur für die Jahresrechnung, sondern auch für die Quartalsrechnung durchzuführen. Der folgende Beitrag informiert zunächst über die Vorteile des Systemwechsels (vgl. Nierhaus 2004). Danach wird auf die Spezifika der vierteljährlichen Gesamtrechnung auf Vorjahrespreisbasis eingegangen.

Vorjahrespreisbasis versus Festpreisbasis: Warum der Wechsel?

Der wichtigste Indikator für Konjunktur und Wachstum in einer Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP misst die im Inland entstandene Produktion *in laufenden Preisen* der jeweiligen Berichtsperiode. Oftmals ist man aber nicht an der Entwicklung des reinen Wertaggregats interessiert, das auch von Preisfluktuationen beeinflusst wird, sondern ausschließlich an der Bewegung der *Realgrößen*, d.h. an der Veränderung der Gütervolumina. Das nominale Bruttoinlandsprodukt muss zu diesem Zweck in eine Preis- und in eine Mengenkompone(n)te (*reales Bruttoinlandsprodukt*) zerlegt werden.

In Deutschland wurde die Volumensberechnung bisher *in Preisen eines konstanten Basisjahres* durchgeführt (Festpreisbasis). Das reale BIP ergab sich demnach für ein bestimmtes Berichtsjahr t als Summe aus i ($i = 1, \dots, n$) Volumina $Q(i, t)$, die mit Preisen $P(i, 0)$ eines Basisjahres 0 bewertet wurden²:

$$(1) \text{ BIP}_{\text{real}}(t) = \sum_i Q(i, t) P(i, 0)$$

Beim turnusmäßigen Übergang in den VGR auf ein neues Basisjahr (in Deutschland in der Regel alle fünf Jahre) konnte es allerdings immer wieder zu Revisionen der bisher veröffentlichten BIP-Entwicklung kommen, denn die Veränderung der Volumina $\Delta \text{BIP}_{\text{real}}(t) = \text{BIP}_{\text{real}}(t) / \text{BIP}_{\text{real}}(t-1)$ gegenüber

dem jeweiligen Vorjahr hing beim herkömmlichen Verfahren von den Basispreisen $P(i, 0)$ ab:

$$(2) \Delta \text{BIP}_{\text{real}}(t) = \frac{\sum_i Q(i, t) P(i, 0)}{\sum_i Q(i, t-1) P(i, 0)}$$

Nachträgliche Korrekturen der BIP-Wachstumsraten traten im bisherigen System insbesondere bei negativ korrelierten Preis- und Mengenbewegungen auf (»Substitution Bias«, vgl. Modellrechnung 1). Das Problem wurde in den deutschen VGR im vergangenen Jahrzehnt bei EDV-Ausrüstungsgütern (z.B. Personal Computer) virulent; rechentechnisch in jüngster Zeit noch verstärkt durch die Einführung hedonischer Indizes zur verbesserten Erfassung von Qualitätsänderungen in der Preisstatistik. Die verbesserte Erfassung von Qualitätssteigerungen lässt bei IT-Investitionen die Preiskomponente rascher sin-

¹ Rechtlicher Anlass für die Einführung der Vorjahrespreisbasis in den deutschen VGR war die Kommissionsentscheidung 98/715/EG vom 30. November 1998 (zur Klarstellung von Anhang A der (ESVG-)Verordnung Nr. 2223/96 im Hinblick auf die Grundsätze zur Preis- und Volumenmessung). Dieser Rechtsakt schreibt in Grundsatz 3 vor: »Die auf der elementaren Aggregationsebene abgeleiteten Volumenmaße werden mit Gewichten aggregiert, die aus dem Vorjahr abgeleitet werden«. Vgl. Statistisches Bundesamt (2003, 3).

² Konkret wird das BIP in konstanten Preisen vom Statistischen Bundesamt derart ermittelt, dass auf möglichst niedrigem Aggregationsniveau die Wertangaben eines Jahres t für einzelne Gütergruppen mit Preisindizes deflationiert werden, die auf das jeweilige Basisjahr bezogen sind (derzeit das Jahr 1995). Die Summe der so berechneten realen Teilaggregate ergibt das gesuchte reale BIP. Der in der deutschen VGR nachrichtlich ausgewiesene Preisindex des BIP (BIP-Deflator) vom Paasche-Typ $P_P(t) = \frac{\sum_i P(i, t) Q(i, t)}{\sum_i P(i, 0) Q(i, t)}$ folgt implizit aus der Division des nominalen BIP durch das so ermittelte reale BIP.

Modellrechnung 1

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts									
Festpreisbasis (mit »Substitution Bias«)									
	Konsumgüter		Investitionsgüter		BIP in jeweiligen Preisen	Reales BIP			
	Mengen	Preise	Mengen	Preise		in Preisen von 2000	Laspeyres- Mengenindex (2000=100)	in Preisen von 2003	Laspeyres- Mengenindex (2003=100)
2000	251,0	7,0	236,0	6,0	3173,00	3173,00	100,00	3935,06	100,79
2001	282,0	5,5	227,0	9,0	3595,13	3336,00	105,14	3906,34	100,05
2002	318,0	4,0	218,0	11,5	3781,50	3534,00	111,38	3892,59	99,70
2003	358,0	3,0	210,0	13,5	3904,29	3766,00	118,69	3904,29	100,00
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2001	12,4	-21,3	-3,8	49,9	13,3	5,1	5,1	-0,7	-0,7
2002	12,8	-27,2	-4,0	27,8	5,2	5,9	5,9	-0,4	-0,4
2003	12,6	-25,4	-3,7	17,4	3,2	6,6	6,6	0,3	0,3

Vorjahrespreisbasis (ohne »Substitution Bias«)									
	Konsumgüter		Investitionsgüter		BIP in jeweiligen Preisen	Reales BIP			
	Mengen	Preise	Mengen	Preise		Verkettete Volumina Referenzjahr 2000	Verketteter Laspeyres- Mengenindex (2000=100)	Verkettete Volumina Referenzjahr 2003	Verketteter Laspeyres- Mengenindex (2003=100)
2000	251,0	7,0	236	6,0	3173,00	3173,00	100,00	3532,00	90,46
2001	282,0	5,5	227	9,0	3595,13	3336,00	105,14	3713,44	95,11
2002	318,0	4,0	218	11,5	3781,50	3445,02	108,57	3834,80	98,22
2003	358,0	3,0	210	13,5	3904,29	3507,45	110,54	3904,29	100,00
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2001	12,4	-21,3	-3,8	49,9	13,3	5,1	5,1	5,1	5,1
2002	12,8	-27,2	-4,0	27,8	5,2	3,3	3,3	3,3	3,3
2003	12,6	-25,4	-3,7	17,4	3,2	1,8	1,8	1,8	1,8

Quelle: IMF; Berechnungen des ifo Instituts.

Modellrechnung 1 zeigt exemplarisch den Unterschied zwischen dem Konzept der Festpreisbasis und dem Konzept der Vorjahrespreisbasis bei der Ermittlung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zugrunde gelegt wird eine geschlossene Volkswirtschaft; das nominale BIP ergibt sich aus den laufenden Ausgaben für Konsumgüter und für Investitionsgüter. In der Modellrechnung ändert sich die Preisstruktur dahingehend, dass die Preise für Konsumgüter von Periode zu Periode sinken, während die Preise für Investitionsgüter permanent steigen. Die gewählten Zahlen lassen die Unterschiede zwischen den beiden Verfahren besonders gut hervortreten.^{a)} Berechnet man das reale BIP auf Basis der konstant gehaltenen Preise des Jahres 2000, so beträgt die BIP-Wachstumsrate zwischen den Jahren 2000 und 2003 durchschnittlich 5,9% p.a. Wird die Preisbasis aktualisiert (Preisbasisjahr 2003), so sinkt das reale BIP nunmehr um durchschnittlich 0,3% p.a. Maßgeblich hierfür ist, dass die im Zahlenbeispiel stark gestiegenen Konsumgütermengen jetzt mit deutlich niedrigeren Preisen bewertet werden, was ihr Gewicht im realen Gesamttaggregat deutlich reduziert. Auf Vorjahrespreisbasis dagegen beträgt die durchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP – unabhängig von der Wahl des Referenzjahrs – stets 3,4% p.a. Die verketteten Volumina (zum Referenzjahr 2000 oder 2003) sind schließlich durch Fortschreibung der nominalen BIP-Werte der Jahre 2000 bzw. 2003 mit den verketteten Laspeyres-Mengen-Indizes generiert worden.

^{a)} Die Modellrechnung stützt sich auf Zahlenbeispiele des IMF (vgl. Bloem et al. 2001, 159 ff.).

ken und – bei gegebenen nominalen Umsätzen – die Mengenkomponente schneller zunehmen. In der Vergangenheit war das Vorzeichen von allfälligen Revisionen der BIP-Wachstumsraten in den deutschen VGR naturgemäß nicht eindeutig, das Ausmaß der Korrekturen fiel (mit Ausnahme der realen Ergebnisse für Ostdeutschland in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung) insgesamt vergleichsweise gering aus.

Durch eine zeitnähere Berechnung der Volumina kann der »Substitution Bias« jedoch ausgeschaltet werden. Sowohl

das 1993 revidierte System of National Accounts als auch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG1995) empfehlen denn auch, vom Konzept der Festpreisbasis abzuweichen und zur Messung der *kurzfristigen jährlichen* Änderung der Mengenkomponente des BIP *möglichst aktuelle Preisstrukturen* zu verwenden. Die *längerfristige* Änderung des realen BIP sollte durch *Verkettung* der jährlichen Volumenänderungen berechnet werden. Zu entscheiden ist in einem derartigen System nur noch, mit welchem Volumenmaß die Jahresänderungsra-

te des realen BIP abgebildet werden soll. Während sich z.B. die statistischen Ämter der USA und Kanadas für einen *Fisher*-Mengenindex entschieden haben, wird in Deutschland auf der Grundlage der o.g. Kommissionsentscheidung zukünftig ein *Laspeyres*-Mengenindex LM verwendet:

$$(3) L_M(t, t-1) = \frac{\sum_i Q(i, t) P(i, t-1)}{\sum_i Q(i, t-1) P(i, t-1)}$$

L_M misst die *kurzfristige* Änderung der Volumina in konstanten Preisen des Vorjahres $t-1$, das Volumen in Vorjahrespreisen $\sum_i Q(i, t) P(i, t-1)$ wird hierzu durch den Nominalwert des Vorjahres $\sum_i Q(i, t-1) P(i, t-1)$ dividiert (Vorjahrespreisbasis). Durch fortlaufende Verkettung (d.h. Multiplikation) der einzelnen Indexwerte L_M miteinander erhält man einen *Kettmengenindex vom Laspeyres-Typ* $KL_M(t, 0)$, der die *langfristige* Veränderung des realen BIP in einem beliebig gewählten Zeitintervall $[0, t]$ zeigt. Der formale Ausdruck hierfür lautet:

$$(4) KL_M(t, 0) = \prod_{k=1, \dots, t} L_M(k, k-1) \times 100 = KL_M(t-1, 0) \times L_M(t, t-1)$$

Der erste Wert der Kette $KL_M(0, 0)$ im sog. *Referenzjahr* 0 wird gleich 100 gesetzt. Die Wahl des Referenzjahrs ändert naturgemäß nichts an den numerischen Werten der Kettenglieder $L_M(t, t-1)$, es dient – anders als ein Preisbasisjahr bei der Festpreismethode – lediglich als »Referenzpunkt«.

Auch im neuen System kann das reale BIP als Niveaugröße dargestellt werden. Die Absolutwerte werden als *verkettete Volumenangaben zum Referenzjahr 0* bezeichnet. Formal erhält man verkettete Volumenangaben für das BIP (oder für Teilaggregate mit Ausnahme von Saldengrößen mit wechselnden Vorzeichen, wie Vorratsveränderungen und Außenbeitrag), indem der Kettenindex $KL_M(t, 0)$ fortlaufend mit den nominalen Ausgaben $\sum_i Q(i, 0) P(i, 0)$ im Referenzjahr 0 multipliziert und durch 100 dividiert wird (vgl. Modellrechnung 1):

$$(5) KBIP_{\text{real}}(t) = KL_M(t, 0) \times \frac{\sum_i Q(i, 0) P(i, 0)}{100}$$

Konzeptionell folgt der Systemwechsel in Deutschland den Empfehlungen des SNA1993 und des ESVG1995, wengleich durch die Verwendung von Laspeyres-Kettenindizes (anstelle von Fisher-Kettenindizes wie in den USA) international keine vollständige Harmonisierung erreicht wird.

Methoden der Quartalsrechnung

Nach den bisherigen Verlautbarungen des Statistischen Bundesamts soll in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Umstellung auf die Vorjahres-

preisbasis und die Verwendung von Kettenindizes nicht nur für die Jahresrechnung, sondern auch für die Quartalsrechnung des Bruttoinlandsprodukts vorgenommen werden, damit die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht durch abweichende Messverfahren beeinträchtigt wird (vgl. Statistische Bundesamt 2003, 10). Diese Position ist jedoch keineswegs selbstverständlich. Die rechtliche Verpflichtung zur Einführung der Vorjahrespreisbasis (auf der Grundlage der Kommissionsentscheidung von 1998) beziehe sich, so das Statistische Bundesamt, nämlich nur auf Jahresergebnisse. In den Fachdiskussionen auf EU-Ebene habe sich denn auch herausgestellt, dass einige Länder bei der Quartalsrechnung an der Festpreisbasis festhalten wollten. Von daher ist die Bereitschaft des Statistischen Bundesamts zur Umstellung auch der Quartalsrechnung nur zu begrüßen.

Zur Berechnung von Quartalsmessziffern auf Vorjahrespreisbasis gibt es mehrere konkurrierende Ansätze. Ausgehend von den Arbeiten des Internationalen Währungsfonds (vgl. Bloem et al. 2001, 147 ff.) sind insbesondere das Annual-Overlap-Verfahren, der Quarterly-Overlap-Ansatz und die Over-the-Year-Methode zu nennen. Sie generieren Volumenmaße, die auf Jahresbasis miteinander verkettet sind.³ Allen Konzepten ist gemein, dass die Volumina $Q(T|i, t)$ eines Berichtsquartals T ($T = 1, \dots, 4$) im Jahr t mit Durchschnittspreisen $P(i, t-1)$ aus dem Vorjahr $t-1$ bewertet werden. Pro Jahr ergeben sich vier Ausdrücke $\sum_T Q(T|i, t) P(i, t-1)$, wobei die Jahresdurchschnittspreise $P(i, t-1)$ gemäß $P(i, t-1) = \frac{\sum_T P(T|i, t-1) Q(T|i, t-1)}{\sum_T Q(T|i, t-1)}$ gebildet werden. Die verschiedenen Volumenmaße unterscheiden sich jedoch darin, wie die Bezugswerte zum Vorjahr gebildet werden und – damit zusammenhängend – mit welchen Faktoren die einzelnen Quartalsangaben zu einem fortlaufenden vierteljährlichen Kettenindex herauf- bzw. herabskaliert werden.

Das Annual-Overlap-Verfahren

Beim Annual-Overlap-Verfahren (AO-Verfahren)⁴ werden die Volumina des Berichtsquartals $T|t$ (bewertet mit Durchschnittspreisen des Vorjahres $t-1$) zum nominalen Jahresdurchschnitt $[\sum Q(i, t-1) P(i, t-1)]/4$ in Beziehung gesetzt. Dabei setzt sich das Vorjahresvolumen für das i -te Gut $Q(i, t-1)$ aus der Summe der Quartalsergebnisse zusammen, d.h. es gilt $Q(i, t-1) = \sum_T Q(T|i, t-1)$. Beim AO-Ansatz wird also de fac-

³ Gemäß einer Empfehlung der SNA 1993 sollten Verkettungen nicht häufiger als jährlich vorgenommen werden. Verkettete Volumenmaße haben nämlich die Eigenschaft, dass sie sich bei zyklisch wiederkehrenden Preis- und Mengenbewegungen zu immer größer (bzw. immer kleiner) werdenden Werten »aufschaukeln« können; ein Problem, das bei der Vierteljahresrechnung aufgrund der hier zum Tragen kommenden Saisoneffekte naturgemäß größer ist als bei der Jahresrechnung.

⁴ Zum Folgenden siehe ausführlich Bloem et al. (2001); Statistisches Bundesamt (2003, 10 ff.); Kirchner und Hansen (2003).

to für jedes Berichtsjahr t ein kurzfristiger vierteljährlicher **Mengenindex** $L_{M(AO)}$ berechnet, der die kurzfristige Änderung der Volumina gegenüber dem Durchschnittsergebnis des Jahres t-1 ausdrückt:

$$(6) L_{M(AO)}(T|t,t-1) = \frac{\sum_i Q(T|i,t)P(i,t-1)}{[\sum_i Q(i,t-1)P(i,t-1)]/4}$$

Multipliziert man die einzelnen Quartalswerte $L_{M(AO)}(T|t,t-1)$ mit dem – jeweils um ein Jahr verzögerten – Kettenindex KL_M , der bereits aus der Jahresrechnung bekannt ist, so erhält man mit $KL_{M(AO)}$ einen fortlaufenden vierteljährlichen **Kettenindex vom Laspeyres-Typ**, der die Änderung des realen BIP im Berichtsquartal T|t gegenüber dem Durchschnittswert des (Referenz-)jahrs 0 misst:

$$(7) KL_{M(AO)}(T|t,0) = L_{M(AO)}(T|t,t-1) \times KL_M(t-1,0)$$

Für das Startjahr (t=1) der Vierteljahresrechnung sind die Kettenindexwerte $KL_{M(AO)}$ identisch mit dem kurzfristigen Volumenindex $L_{M(AO)}$. Auch in der neuen Vierteljahresrechnung lässt sich das reale BIP als Niveaugröße darstellen. Man er-

hält verkettete Volumenangaben, indem der Kettenindex $KL_{M(AO)}(T|t,0)$ mit den nominalen Durchschnittsausgaben (= Jahresausgaben/4) im Referenzjahr 0 multipliziert und dann durch 100 dividiert wird.

Besonders vorteilhaft beim Annual-Overlap-Verfahren ist, dass der Durchschnittswert der Quartalsergebnisse oder die Summe der verketteten Volumina den autonom ermittelten Jahresergebnissen entspricht (vgl. hierzu die Modellrechnungen 1 und 2). Ferner wird die Bewegung der vierteljährlichen Kettenindizes vom ersten zum zweiten, vom zweiten zum dritten und vom dritten zum vierten Quartal eines Jahres t allein durch Änderungen der Volumina verursacht, da sich nur der Volumenausdruck im Zähler ändert. Allerdings gibt es beim Übergang vom vierten Quartal eines Jahres t-1 zum ersten Quartal eines neuen Jahres t einen statistischen Bruch, sofern man als Maßstab die »wahre« Rate $\frac{\sum_i Q(1|i,t)P(i,t-1)}{\sum_i Q(4|i,t-1)P(i,t-1)}$ heranzieht. Auch im Vorjahresvergleich gibt es beim AO-Ansatz Verzerrungen, gemessen an den »wahren« Raten $\frac{\sum_i Q(T|i,t)P(i,t-1)}{\sum_i Q(T|i,t-1)P(i,t-1)}$.

Modellrechnung 2

Annual-Overlap												
	Konsumgüter		Investitionsgüter		BIP in jeweiligen Preisen	Laspeyres-Mengenindex			Verketteter Laspeyres-Mengenindex ¹⁾			Verkettete Volumina ²⁾ Referenzjahr 2000
	Mengen	Preise	Mengen	Preise		2000 =100	2001 =100	2002 =100	2000 =100	Änderung in % geg.		
										Vorquartal	Vorjahr	
2000	251,0	7,0	236,0	6,0	3173,00	100,00	-	-	100,00	-	-	3173,00
1	67,4	6,1	57,6	8,0	871,94	103,04	-	-	103,04	-	-	817,40
2	69,4	5,7	57,1	8,6	886,64	104,43	-	-	104,43	1,3	-	828,40
3	71,5	5,3	56,5	9,4	910,05	105,83	-	-	105,83	1,3	-	839,50
4	73,7	5,0	55,8	10,0	926,50	107,24	-	-	107,24	1,3	-	850,70
2001	282,0	5,5	227,0	9,0	3595,13	-	100,00	-	105,14	-	-	3336,00
1	76,0	4,5	55,4	10,7	934,78	-	102,02	-	107,26	0,0	4,1	850,86
2	78,3	4,3	54,8	11,5	966,89	-	102,83	-	108,11	0,8	3,5	857,62
3	80,6	3,8	54,2	11,7	940,42	-	103,64	-	108,97	0,8	3,0	864,38
4	83,1	3,5	53,6	12,1	939,41	-	104,58	-	109,95	0,9	2,5	872,16
2002	318,0	4,0	218,0	11,5	3781,50	-	-	100,00	108,57	-	-	3445,02
1	85,5	3,4	53,2	12,5	955,70	-	-	100,97	109,62	-0,3	2,2	869,57
2	88,2	3,1	52,7	13,0	958,52	-	-	101,50	110,21	0,5	1,9	874,20
3	90,8	2,8	52,1	13,8	973,22	-	-	101,88	110,61	0,4	1,5	877,43
4	93,5	2,7	52,0	14,7	1016,85	-	-	102,90	111,72	1,0	1,6	886,25
2003	358,0	3,0	210,0	13,5	3904,29	-	-	-	110,54	-	-	3507,45

¹⁾ Jahresdurchschnittliche Angaben: Arithmetisches Mittel der Vierteljahreswerte. – ²⁾ Jahresangaben: Summe der Vierteljahreswerte.

Quelle: IMF; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Werte des vierteljährlichen verketteten Laspeyres-Mengenindex³⁾ ergeben sich im Allgemeinen aus der Multiplikation der kurzfristigen Volumenänderungen mit den um eine Periode verzögerten Werten des verketteten Index der Jahresvolumina (vgl. Modellrechnung 1). Beispielsweise erhält man für das Quartal 3|2003: $110,61 = 1,0188 \times 108,57$. Im Startjahr (im Beispiel: 2001) sind die vierteljährlichen Kettenindexwerte identisch mit dem kurzfristigen Volumenindex. Der Durchschnittswert der Quartalsergebnisse oder die Summe der verketteten Volumina ist gleich den autonom ermittelten Jahresergebnissen (für das Referenzjahr 2000, vgl. Modellrechnung 1).

³⁾ Die Modellrechnung stützt sich auf ein Zahlenbeispiel des IMF (vgl. Bloem et al. 2001, 159).

Der Quarterly-Overlap-Ansatz

Beim Quarterly-Overlap-Ansatz (QO-Ansatz) werden die Volumina im Berichtsquartal T|t (bewertet in Durchschnittspreisen des Vorjahrs t-1) zum nominalen Ergebnis des vierten Vorjahresquartals $\Sigma Q(4|i,t-1)P(i,t-1)$ in Relation gesetzt.

$$(8) L_{M(QO)}(T|t,t-1) = \Sigma_i Q(T|i,t)P(i,t-1) / \Sigma_i Q(4|i,t-1)P(i,t-1)$$

Der *Mengenindex* $L_{M(QO)}$ beschreibt die kurzfristige Entwicklung der Volumina im Berichtsquartal T|t gegenüber dem vierten Quartal des Jahres t-1. Einen fortlaufenden *Kettenindex vom Laspeyres-Typ* $KL_{M(QO)}$, der die Änderung des vierteljährlichen realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Durchschnittswert des (Referenz-)Jahrs 0 zeigt, erhält man durch die folgende Konstruktionsvorschrift:

$$(9) KL_{M(QO)}(T|t,0) = L_{M(QO)}(T|t,t-1) \times KL_{M(QO)}(4|t-1,0)$$

wobei $KL_{M(QO)}(T|1,0) = L_{M(AO)}(T|1,0) \times 100$ gilt. Im Startjahr (t=1) sind die vierteljährlichen Kettenindexwerte nach diesem Ansatz definitorisch deckungsgleich mit den Ergeb-

nissen des Annual-Overlap-Verfahrens (vgl. Beispielsrechnung 3). Auch die allfällige Berechnung von Niveauwerten des realen BIP erfolgt wie beim AO-Verfahren.

Beim Quarterly-Overlap-Ansatz werden die Volumina eines Berichtsquartals T|t zu den mit den gleichen Preisen bewerteten Volumen für das vierte Quartal des jeweiligen Vorjahres t-1 in Relation gesetzt. Nach wie vor werden die Indexbewegungen von Quartal 1|t zu Quartal 4|t allein durch Änderungen der Volumina, nicht aber durch Preisfluktuationen generiert. Auch der Übergang von Quartal 4|t auf das Quartal 1|t+1 wird jetzt allein durch Volumenbewegungen initiiert, allerdings gehen neue Durchschnittspreise für die Bewertung der Volumina in die Berechnung ein. Nachteilig ist jedoch, dass der Durchschnittswert der Quartalsergebnisse bzw. die Summe der verketteten Volumina nicht mehr dem autonom ermittelten Jahresergebnissen entspricht (vgl. Modellrechnungen 1 und 3). Auch ist der Vorjahresvergleich, gemessen an den »wahren« Raten $\Sigma_i Q(T|i,t)P(i,t-1) / \Sigma_i Q(T|i,t-1)P(i,t-1)$, weiterhin verzerrt.

Modellrechnung 3

Quarterly-Overlap												
	Konsumgüter		Investitionsgüter		BIP in jeweiligen Preisen	Laspeyres-Mengenindex			Verketteter Laspeyres-Mengenindex ¹⁾			Verkettete Volumina ²⁾ Referenzjahr 2000
	Mengen	Preise	Mengen	Preise		2000 =100	4 2001 =100	4 2002 =100	2000 =100	Änderung in % geg.		
										Vorquartal	Vorjahr	
2000	251,0	7,0	236,0	6,0	3173,00	100,00	-	-	100,00	-	-	3173,00
1	67,4	6,1	57,6	8,0	871,94	103,04	-	-	103,04	-	-	817,40
2	69,4	5,7	57,1	8,6	886,64	104,43	-	-	104,43	1,3	-	828,40
3	71,5	5,3	56,5	9,4	910,05	105,83	-	-	105,83	1,3	-	839,50
4	73,7	5,0	55,8	10,0	926,50	107,24	100,00	-	107,24	1,3	-	850,70
2001	282,0	5,5	227,0	9,0	3595,13	-	-	-	105,14	-	-	3336,00
1	76,0	4,5	55,4	10,7	934,78	-	101,00	-	108,31	1,0	5,1	859,21
2	78,3	4,3	54,8	11,5	966,89	-	101,80	-	109,17	0,8	4,5	866,03
3	80,6	3,8	54,2	11,7	940,42	-	102,60	-	110,04	0,8	4,0	872,85
4	83,1	3,5	53,6	12,1	939,41	-	103,53	100,00	111,03	0,9	3,5	880,71
2002	318,0	4,0	218,0	11,5	3781,50	-	-	-	109,64	-	-	3478,80
1	85,5	3,4	53,2	12,5	955,70	-	-	100,53	111,61	0,5	3,0	885,38
2	88,2	3,1	52,7	13,0	958,52	-	-	101,07	112,21	0,5	2,8	890,09
3	90,8	2,8	52,1	13,8	973,22	-	-	101,44	112,62	0,4	2,4	893,37
4	93,5	2,7	52,0	14,7	1016,85	-	-	102,46	113,75	1,0	2,5	902,35
2003	358,0	3,0	210,0	13,5	3904,29	-	-	-	112,55	-	-	3571,19

¹⁾ Jahresdurchschnittliche Angaben: Arithmetisches Mittel der Vierteljahreswerte. – ²⁾ Jahresangaben: Summe der Vierteljahreswerte.

Quelle: IMF; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Werte des vierteljährlichen verketteten Laspeyres-Mengenindex^{a)} ergeben sich im Allgemeinen aus der Multiplikation der kurzfristigen Volumenänderungen mit den verketteten Ergebnissen für das 4. Quartal des jeweiligen Vorjahres. Beispielsweise erhält man für das Quartal 3|2003: $112,62 = 1,0144 \times 111,03$. Im Startjahr (im Beispiel: 2001) sind die vierteljährlichen Kettenindexwerte identisch mit dem kurzfristigen Volumenindex nach der Annual-Overlap-Methode. Der Durchschnittswert der Quartalsergebnisse bzw. die Summe der verketteten Volumina entspricht in der Regel nicht den autonom ermittelten Jahresergebnissen (für das Referenzjahr 2000, vgl. Modellrechnung 1).

^{a)} Die Modellrechnung stützt sich auf ein Zahlenbeispiel des IMF (vgl. Bloem et al. 2001, 160).

Die Over-the-Year-Methode

Bei der Over-the-Year-Methode (OtY-Methode) schließlich werden die Volumina eines Berichtsquartals T|t (bewertet mit Durchschnittspreisen aus dem Vorjahr) zu den mit den gleichen Preisen bewerteten Volumina des entsprechenden Vorjahresquartals $\sum_i Q(T|i,t-1)P(i,t-1)$ in Beziehung gesetzt. Formal wird die *kurzfristige* Änderung der Volumina im Quartal T|t gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal T|t-1 durch den *Mengenindex* $L_{M(OtY)}$ beschrieben:

$$(10) L_{M(OtY)}(T|t,t-1) = \frac{\sum_i Q(T|i,t)P(i,t-1)}{\sum_i Q(T|i,t-1)P(i,t-1)}$$

Die sukzessive Änderung des vierteljährlichen realen BIP gegenüber dem Durchschnittswert des (Referenz-)Jahrs 0 erhält man durch den folgenden *Kettenindex vom Laspeyres-Typ* $KL_{M(OtY)}$:

$$(11) KL_{M(OtY)}(T|t,0) = L_{M(OtY)}(T|t,t-1) \times KL_{M(OtY)}(T|t-1,0)$$

Auch hier gilt $KL_{M(OtY)}(T|1,0) = L_{M(AO)}(T|1,0) \times 100$; d.h. die Quartalsergebnisse nach dem OtY-Ansatz sind im Startjahr

(t=1) identisch mit den Ergebnissen des AO-Verfahrens. Die Berechnung von vierteljährlichen Niveauewerten des realen BIP erfolgt wie bei den beiden anderen Verfahren.

Da bei der Over-the-Year-Methode die Volumina eines Berichtsquartals T|t zu den Volumina des entsprechenden Vorjahresquartals T|t-1 in Beziehung gesetzt werden, ermöglicht dieses Verfahren – anders als die beiden o.g. Ansätze – einen unverzerrten Vorjahresvergleich. Auch ist der Durchschnittswert der Quartalsergebnisse cum grano salis gleich den autonom ermittelten Jahresdurchschnitten (vgl. Modellrechnung 4). Allerdings ist jetzt der Vorquartalsvergleich mit statistischen Brüchen behaftet, da von Quartal zu Quartal die zugrunde liegende Indexformel wechselt.

Fazit

Die deutschen vierteljährlichen Gesamtrechnungen waren bislang voll in die Jahresrechnung eingebunden. Die Quartals-

Modellrechnung 4

Over-the-Year												
	Konsumgüter		Investitionsgüter		BIP in jeweiligen Preisen	Laspeyres-Mengenindex			Verketteter Laspeyres-Mengenindex ¹⁾			Verkettete Volumina ²⁾ Referenzjahr 2000
	Mengen	Preise	Mengen	Preise		2000 =100	T 2001 =100	T 2002 =100	2000 =100	Änderung in % geg. Vorquartal	Vorjahr	
2000	251,0	7,0	236,0	6,0	3173,00	100,00	-	-	100,00	-	-	3173,00
1	67,4	6,1	57,6	8,0	871,94	103,04	100,00	-	103,04	-	-	817,40
2	69,4	5,7	57,1	8,6	886,64	104,43	100,00	-	104,43	1,3	-	828,40
3	71,5	5,3	56,5	9,4	910,05	105,83	100,00	-	105,83	1,3	-	839,50
4	73,7	5,0	55,8	10,0	926,50	107,24	100,00	-	107,24	1,3	-	850,70
2001	282,0	5,5	227,0	9,0	3595,13	-	-	-	105,14	-	-	3336,00
1	76,0	4,5	55,4	10,7	934,78	-	103,11	100,00	106,24	-0,9	3,1	842,78
2	78,3	4,3	54,8	11,5	966,89	-	103,17	100,00	107,74	1,4	3,2	854,63
3	80,6	3,8	54,2	11,7	940,42	-	103,27	100,00	109,29	1,4	3,3	866,93
4	83,1	3,5	53,6	12,1	939,41	-	103,53	100,00	111,03	1,6	3,5	880,71
2002	318,0	4,0	218,0	11,5	3781,50	-	-	-	108,57	-	-	3445,05
1	85,5	3,4	53,2	12,5	955,70	-	-	101,36	107,69	-3,0	1,4	854,26
2	88,2	3,1	52,7	13,0	958,52	-	-	101,65	109,52	1,7	1,7	868,74
3	90,8	2,8	52,1	13,8	973,22	-	-	101,77	111,23	1,6	1,8	882,31
4	93,5	2,7	52,0	14,7	1016,85	-	-	102,46	113,75	2,3	2,5	902,35
2003	358,0	3,0	210,0	13,5	3904,29	-	-	-	110,55	-	-	3507,66

¹⁾ Jahresdurchschnittliche Angaben: Arithmetisches Mittel der Vierteljahreswerte. – ²⁾ Jahresangaben: Summe der Vierteljahreswerte.

Quelle: IMF; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Werte des vierteljährlichen verketteten Laspeyres-Mengenindex^{a)} ergeben sich im Allgemeinen aus der Multiplikation der kurzfristigen Volumenänderungen mit den um vier Quartale verzögerten verketteten Ergebnissen. Beispielsweise erhält man für das Quartal 3|2003: $111,23 = 1,0177 \times 109,29$. Im Startjahr (im Beispiel: 2001) sind die vierteljährlichen Kettenindexwerte identisch mit dem kurzfristigen Volumenindex nach der Annual-Overlap-Methode. Der Durchschnittswert der Quartalsergebnisse oder die Summe der verketteten Volumina entspricht approximativ den autonom ermittelten Jahresergebnissen (für das Referenzjahr 2000, vgl. Modellrechnung 1).

^{a)} Die Modellrechnung stützt sich auf ein Zahlenbeispiel des IMF (vgl. Bloem et al. 2001, 161).

Ausgewählte Eigenschaften der Methoden der Quartalsrechnung

Kriterium	Bezug ^{a)}	Annual-Overlap	Quarterly-Overlap	Over-the-Year
Jährlicher Schätzwert entspricht Summe der vier Quartalsschätzwerte	ES Ziff. 1.33	Ja	Nein	Approximativ
Keine Sprünge im Niveau der Zeitreihen	ES Ziff. 1.33	Nein	Ja	Ja (bei Veränderungen über vier Quartale)
Schätzwerte in konstanten Preisen basieren auf Preisrelationen des gesamten Vorjahres	ES Ziff. 3.180	Ja	Ja	Ja
^{a)} KE: Kommissionsentscheidung 715/98; ES: Eurostat-Handbuch zu den vierteljährlichen VGR.				

Quelle: Handbook on price and volume measures in national accounts, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg, 2001, S. 138.

gebnisse in konstanten Preisen eines Basisjahres waren *zeitlich konsistent*, d.h. die Summe der nach der Festpreismethode berechneten vierteljährlichen BIP-Schätzungen ergab den Jahreswert des realen BIP. Das Gleiche galt für die einzelnen realen Verwendungskomponenten und für die realen Wertschöpfungsaggregate der Entstehungsseite. Mit vierteljährlichen Angaben in konstanten Preisen eines Basisjahres konnte genauso gerechnet werden wie mit vierteljährlichen Wertgrößen in jeweiligen Preisen; die Bildung von realen Summen oder Differenzen war auf jeder zeitlichen Aggregationsstufe (Quartale, Halbjahre, Jahre) möglich. Aus Sicht des Konjunkturprognostikers ist es wichtig, dass die bisherige *zeitliche Konsistenz* der amtlichen Quartalsrechnung erhalten bleibt, da sich die Jahresprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt (und seiner Komponenten) in aller Regel aus unterjährig Schätzansätzen ergeben. Auch sollte die für die Konjunkturforschung besonders wichtige Analyse des *unterjährigen konjunkturellen Verlaufs*, d.h. die Berechnung des Wirtschaftswachstums von Quartal zu Quartal anhand laufender (Jahres-)Raten, weiterhin möglich sein. Statistisch bedingte Sprünge in den vierteljährlichen Zeitreihen, die nicht aus Änderungen von Volumina herrühren, gilt es von daher möglichst zu vermeiden.

Diese Merkmale werden von keinem der angeführten Quartalsmethoden zugleich erfüllt (vgl. Tabelle). Das Annual-Overlap-Verfahren liefert zwar als einzige Methode zeitlich konsistente Quartalswerte, es weist jedoch beim Übergang von Quartal 4|t auf das Quartal 1|t+1 jeweils statistische Brüche auf, die als »Preis« für den Jahressummenausgleich interpretierbar sind. Die Verzerrung der Änderungsrate ist freilich aus Werten der Vergangenheit berechenbar.

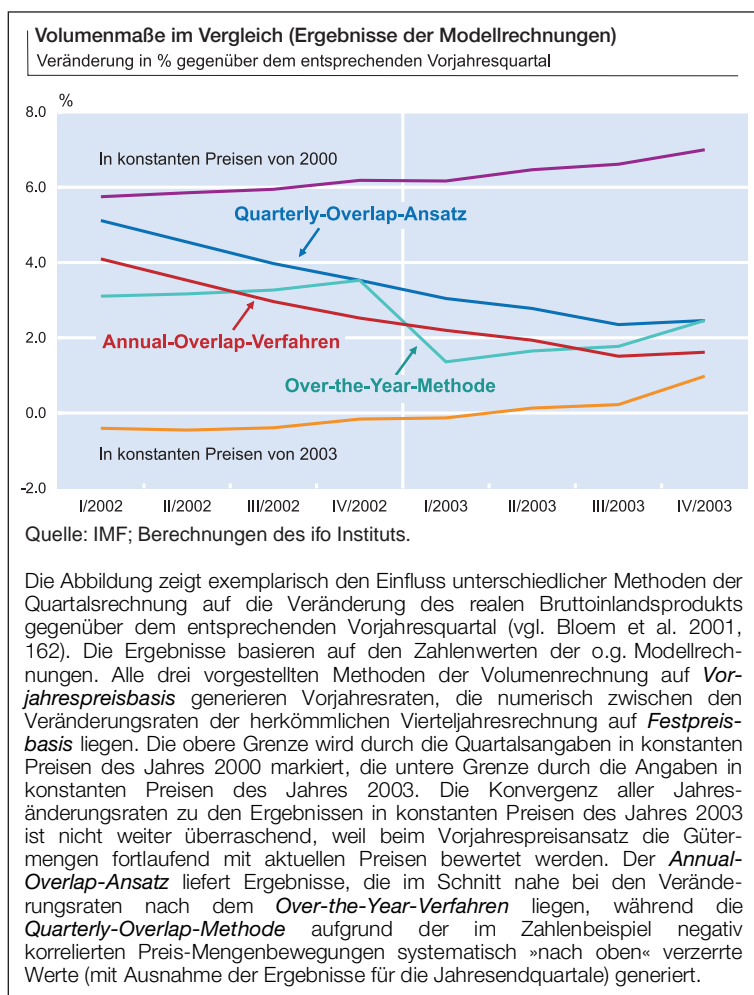
Der Quarterly-Overlap-Ansatz bietet hingegen als einziges Verfahren eine fortlaufende Vierteljahresreihe ohne statistische Brüche; alle Indexbewegungen werden allein durch Vo-

lumenänderungen initiiert (für die Quartale 2|t, 3|t und 4|t sind die Raten im Vorquartalsvergleich mit dem Annual-Overlap-Ansatz identisch). Dafür entspricht aber der Jahresdurchschnittswert der vier Quartalsindizes nicht mehr dem autonom ermittelten jährlichen BIP-Wert. Sofern die Preis-Mengenbewegungen im Beobachtungszeitraum kontinuierlich negativ korreliert sind (»Substitution-Bias«), ist die Änderung des realen BIP von Quartal 4|t auf das Quartal 1|t+1 beim QO-Verfahren stets größer als beim AO-Ansatz (vgl. Brueton 2000, 6 ff.). Mit anderen Worten: es gibt in diesem Fall eine positive Drift zwischen QO- und AO-Verfahren; die Jahresdurchschnittswerte nach dem QO-Verfahren liegen über den Jahresdurchschnittswerten des AO-Verfahrens, die naturgemäß den autonomen Jahresergebnissen entsprechen. Entsprechendes gilt für die Veränderungsrate im Vorjahresvergleich.

Das Over-the-Year-Verfahren schließlich generiert einen vierteljährlichen Volumenindex, der de facto aus vier separaten Jahresindizes besteht (und zwar ein separater Kettenindex für jedes einzelne Quartal). Das OtY-Verfahren ermöglicht als einziges Verfahren einen korrekten Vorjahresvergleich; dabei entspricht für das vierte Quartal die nach dem OtY-Verfahren ermittelte Veränderungsrate der entsprechenden Jahresrate nach dem QO-Verfahren (vgl. Modellrechnungen 2 und 4 sowie die Abbildung). Die vier Jahresindizes $KL_{M(OtY)}(T|t,0)$ können unabhängig voneinander driften; der Index $KL_{M(OtY)}(4|t,0)$ hat naturgemäß die gleiche Drift wie der nach der QO-Methode berechnete Index $KL_{M(QO)}(4|t,0)$. Allerdings gleichen sich die einzelnen Indexbewegungen in der Summe nahezu aus, denn die OtY-Methode liefert annähernd zeitlich konsistente Quartalsergebnisse. Der für die Konjunkturanalyse besonders wichtige Vorquartalsvergleich ist beim OtY-Verfahren infolge der unterschiedlichen Entwicklungspfade der vier Kettenindizes durchwegs verzerrt.

Die Entscheidung für eine bestimmte Quartalsmethode ist schwer zu treffen, weil jedes Verfahren aus Sicht des Konjunkturanalytikers spezifische Vor- und Nachteile hat. In den bestehenden Rechtsgrundlagen, so das Statistische Bundesamt, ist diese Thematik bisher nicht geregelt. Der Internationale Währungsfonds empfiehlt primär die QO-Methode und in zweiter Linie die AO-Methode, der OtY-Ansatz sollte dagegen vermieden werden.⁵ Die praktische Anwendung

⁵ »To conclude, there are no established standards with respect to techniques for annually chain-linking of QNA data, but chain-linking using the one-quarter overlap technique, combined with benchmarking to remove any resulting discrepancies between the quarterly and annual data, gives the best result. In many circumstances, however, the annual overlap technique may give similar results. The over-the-year technique should be avoided« (Bloem et al. 2001, 158).



vestitionen, weil sich hier die relativen Preise und Quartalsstrukturen der Volumina vergleichsweise stärker ändern als etwa beim privaten Konsum. Mit dem weiteren Vordringen hedonischer Verfahren bei der Schätzung der Preisentwicklung könnte dies allerdings auch bei diesem Verwendungssaggregat in Zukunft eine größere Rolle spielen. Aus prognostischen Gründen sollte die endgültige Entscheidung für die neue Quartalsrechnungsmethode in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen möglichst auf das Annual-Overlap-Verfahren hinauslaufen, das als einziges Konzept mit der Jahresrechnung kompatible Vierteljahresergebnisse liefert.

Literatur

Bloem, A.M., R.J. Dippelsman und N.O. Maehle (2001), *Quarterly National Accounts Manual*, International Monetary Fund, Washington.
 Brueton, A. (2000), *Issues in the Construction of Annually Chained Volume Indices*, Invited paper submitted by the Office for National Statistics United Kingdom, Joint ECE/Eurostat/OECD Meeting on National Accounts, 26–28 April 2000, Genua.
 Kirchner, R. und H.-J. Hansen (2003), *Zum Übergang auf Kettenindizes in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*, Frankfurt am Main.
 Nierhaus, W: (2004), »Wirtschaftswachstum in den VGR: Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik«, *ifo Schnelldienst* 57(5) 5, 28–34.
 Statistisches Bundesamt (2003), *Sitzung des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen am 26. November, Tagungsunterlagen, TOP 2.1.1, Einführung der Vorjahrespreisbasis*, Wiesbaden.

in Ländern, die bereits auf Vorjahrespreisbasis umgestellt haben, ist ebenfalls unterschiedlich (z.B. QO in USA und in Großbritannien, OtY in den Niederlanden und in Schweden) (vgl. Statistisches Bundesamt 2003, 12).

Das Statistische Bundesamt hat in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank inzwischen Vergleichsrechnungen zu allen drei Quartalsmethoden anhand des konkreten Datenmaterials der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt. Die Untersuchungen erstreckten sich sowohl auf den Vorjahresvergleich der Ursprungswerte als auch auf den Vorquartalsvergleich der saisonbereinigten Werte. Alles in allem stimmten die Berechnungsergebnisse nach den verschiedenen Methoden für das reale Bruttoinlandsprodukt im Großen und Ganzen überein. Nur in wenigen Fällen gab es größere Abweichungen; die maximale Abweichung betrug im Zeitraum 1993 bis 2001 bei den Ursprungswerten des realen BIP 0,2 Prozentpunkte, im Vergleich zum herkömmlichen Festpreisansatz (Preisbasisjahr 1995) belief sie sich auf 0,4 Prozentpunkte (vgl. Statistisches Bundesamt 2003). Bei den einzelnen Komponenten der Verwendungsseite des realen BIP zeigten sich die quantitativ bedeutsamsten Unterschiede erwartungsgemäß bei den Ex- und Importen sowie bei den In-

Nach drei Jahren mit nur schwachem Wachstum bzw. sogar einem leichten Rückgang des Bauvolumens kann der europäische Bausektor wieder auf etwas bessere Zeiten hoffen: Für das laufende Jahr wird in den 19 Euroconstruct-Ländern¹ ein Bauwachstum von fast 2% erwartet. Zwar dürfte die Aufwärtsentwicklung 2005 etwas abflachen (rund + 1 1/2%), aber im Ausblick auf 2006 wird wieder von einer leichten Beschleunigung ausgegangen (erneut + 2%). Während die Belebung der Baunachfrage 2004 von einer kurzzeitig recht kräftigen Zwischenerholung im Wohnungs(neu)bau mitgetragen wird, übernehmen anschließend der Nichtwohnhochbau und vor allem der ziemlich stetig expandierende Tiefbau die Rolle als – insgesamt noch etwas »lahmende« – »Zugpferde« der Baukonjunktur. In der Vergangenheit ist die Entwicklung in den einbezogenen Ländern hochgradig unterschiedlich verlaufen, im Prognosezeitraum kommt es dagegen – von wenigen »Ausreißern« abgesehen – in den meisten Ländern zu einer ziemlich gleichförmigen moderaten Expansion des Bauvolumens. Das Bauwachstum in Europa bleibt aber weiterhin hinter den Zuwachsraten der Gesamtwirtschaft zurück.

Neben den aktualisierten Analysen und Prognosen zu den Wohnungsfertigstellungen, über die bereits berichtet wurde, sind dies weitere wichtige Ergebnisse der 57. Euroconstruct-Konferenz², die am 10. und 11. Juni 2004 in Stockholm stattgefunden hat. Dieser Beitrag bringt einen knappen Überblick über die (prognostizierte) Entwicklung des Bauvolumens in den Ländern/Ländergruppen der Euroconstruct-Region sowie für die drei großen Bausparten Wohnungsbau, Nichtwohnhochbau und Tiefbau, jeweils mit Differenzierung nach den Bauleistungskategorien Neubau und Altbauerneuerung.³

Globales Bauvolumen wird aktuell auf 4 Billionen US-Dollar geschätzt

Im Hauptprogramm der diesjährigen Euroconstruct-Sommerkonferenz referierte zunächst Georg M. Busch (EU-Kommission) über »European Economic Outlook and Challenges« aus der Sicht der »europäischen Zentrale«. Insbesondere ge-

stützt auf die in ganz Europa erhobenen Indikatoren zum Vertrauen im Unternehmenssektor und bei den Konsumenten, die eine – allerdings nur schwache – Besserung signalisieren, kommt Busch für *Westeuropa* zu einer insgesamt positiven Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt steigt 2004 und 2005 voraussichtlich um rund 2%. Treibende Kraft bleiben die Exporte, während die Investi-

¹ Bereits 1975, also vor fast 30 Jahren, – Europa fing gerade erst an, Gestalt anzunehmen – wurde »Euroconstruct« gegründet. In diesem seitdem immer enger geknüpften europäischen Forschungs- und Beratungsnetzwerk arbeiten Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie aus 4 mittelosteuropäischen Ländern zusammen; weitere europäische Länder werden »nachrichtlich« einbezogen. Mit der Parallelorganisation »Asiaconstruct« bestehen enge Kooperationsbeziehungen. An wechselnden Orten in Europa veranstaltete Halbjahres-Konferenzen bilden den Kern der Euroconstruct-Aktivitäten; außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den Strukturveränderungen im europäischen Bausektor erstellt.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut dieses Netzwerkes. Die Kerntagung der 58. Euroconstruct-Konferenz findet am 1. Dezember 2004 in Paris statt. Interessenten können sich wegen des Programms und der Anmeldeunterlagen entweder im Internet informieren (www.ifo.de oder www.euroconstruct.org) oder direkt an das ifo Institut wenden.

² Die Einzelergebnisse der 57. Euroconstruct-Konferenz mit detaillierten Erläuterungen und Begründungen zu den (Länder- bzw. Europa-)Prognosen können den umfangreichen Tagungsunterlagen entnommen werden. Außer den in diesem Beitrag angesprochenen drei großen Baubereichen Wohnungsbau, Nichtwohnhochbau und Tiefbau (jeweils Neubau und Altbauerneuerung) mit Zusammenfassung zum aggregierten europäischen Bauvolumen sind darin z.B. auch Angaben zu den Wohnungsfertigstellungen enthalten. Der Country Report enthält 19 Länderberichte mit ausführlichen Analysen und standardisierten Tabellen. Die beiden Tagungsbände (in englischer Sprache: Summary Report und Country Report) können beim ifo Institut bezogen werden (Konditionen auf Anfrage).

³ In den standardisierten Tabellen für die 19 Euroconstruct-Länder wird im Nichtwohnhochbau außerdem nach sechs Gebäudearten (z.B. Bürogebäude) und im Tiefbau nach fünf Bauwerkskategorien (z.B. Straßen und Brücken) untergliedert. Diese Angaben, bei denen aus Datengründen kleinere Lücken verbleiben, können dann ebenfalls zu Ergebnissen für dieses »Europa« aggregiert werden.

tionstätigkeit sich wohl nur sehr zögerlich erholen dürfte und der Privatkonsum voraussichtlich weiterhin zurückbleibt (vgl. Flaig et al. 2004).

Die Beitrittsländer in *Mittel- und Südosteuropa*, von denen die vier Visegrád-Staaten seit vielen Jahren auch in das Euroconstruct-Netzwerk integriert sind⁴, können nach Einschätzung von Busch (bzw. der EU-Kommission) ein deutlich kräftigeres Wirtschaftswachstum erwarten. Speziell für das »gewichtige« Polen werden für 2004 und 2005 hohe BIP-Zuwachsraten (jeweils rund 5%) prognostiziert. Allerdings startet der Aufschwung in diesem Gebiet von jeweils ziemlich niedrigen Niveaus.

Diese Vorausschätzungen der EU-Kommission decken sich im Kern mit denen der Euroconstruct-Institute. Sie enthalten – wie alle anderen Prognosen auch – eine ziemlich lange Reihe von *Risiken*, auf die Busch in seinem Vortrag ausführlich einging (vgl. Tab. 1).

Zu seiner hier leicht modifiziert wiedergegebenen Liste ist anzumerken, dass

- die weltwirtschaftliche Dynamik sich nicht »zwingend« so weitgehend störungsfrei entfalten muss (z.B. Krisengebiet Irak; Rohölpreis),
- die Aktienkurse auch über längere Perioden sinken und dann den privaten (und den staatlichen) Verbrauch negativ beeinflussen könnten,
- die Verletzung der EU-Stabilitätskriterien bei den Staatsdefiziten zu Gegenreaktionen führen und das Unternehmervertrauen beeinträchtigen könnte.

Erhebliche Skepsis scheint auch bezüglich den recht optimistischen Annahmen zur Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit angebracht. In einigen europäischen Ländern könnte außerdem das »Platzen der *Immobilienblase*« spürbare negative Auswirkungen auf andere gesamtwirtschaftliche Aggregate haben (vgl. unten).

Anschließend hielt Roger Flanagan (University of Reading, UK) ein viel beachtetes Überblicksreferat zum Thema »Creating Competitive Advantage for Organisations in the Construction Sector – How Will We Compete in the Future«. Im Rahmen seiner Ausführungen bezifferte Flanagan das *Weltbauvolumen* in

Tab. 1
Ausgewählte positive und negative Prognoserisiken^{a)} für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Europa^{b)}

	Aufwärts-	Abwärts-
	Risiken	
► Exporte	• Kräftigere Erholung (von wichtigen Teilen) der Weltwirtschaft	• Wechselkursänderungen (Aufwertung des Euro)
► Konsum	• Wohlfahrtseffekte der Aktienkurse • Niedrigere Inflationserwartungen • Nachholbedarf bei langlebigen Gütern • Rascherer Anstieg der Beschäftigung	• Hysteresis-Effekte des Vertrauensschwundes • Langsamere Zunahme der verfügbaren Einkommen • Anhaltend hohe oder sogar weiter steigende Sparquote • Hartnäckig hohe Arbeitslosenquoten
► Investitionen	• Impulse von der Exportnachfrage • Günstige Finanzierungsbedingungen	• Unvollständige Anpassung der Konzern-Bilanzen • Beschleunigter Anstieg des Rohölpreises

^{a)} Stand: Frühsommer 2004. – ^{b)} »Alte« Europäische Union (15 Staaten).

Quelle: G. M. Busch für Euroconstruct/ifo Institut (Stockholm, Juni 2004); Anpassungen und Ergänzungen durch ifo Institut.

einer Grobschätzung auf rund 4 Bill. US-\$. Annähernd drei Viertel davon entfallen auf die »Global 3« (USA: rund 25%, Europa: rund 29% und Japan: etwa 18%); das restliche, etwas »größere« Viertel wird in den übrigen Weltregionen erbracht.

Beim *Bauvolumen pro Kopf* ergibt sich nach Flanagan eine deutlich veränderte Reihenfolge: An der Spitze liegt Japan mit rund 4 450 US-\$, gefolgt von Nordamerika (USA und Kanada) mit knapp 2 800 US-\$ und Westeuropa mit rund 2 300 US-\$ pro Einwohner. In den übrigen Weltregionen erreichen die Pro-Kopf-Werte lediglich eine Größenordnung von 300 US-\$.

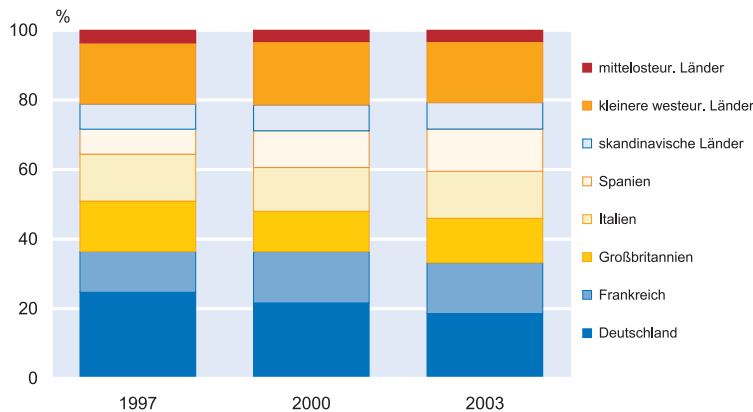
Im Euroconstruct-Gebiet stagnierte das Bauvolumen 2003 bei einer Billion Euro

Seit seiner Gründung vor fast 30 Jahren arbeitet das Euroconstruct-Netzwerk an der anspruchsvollen »Sisyphusaufgabe«, methodisch besser fundierte und auch im Detail abgestimmte Daten zum europäischen Bauleistungsmarkt mit tiefer sektoraler Untergliederung nach Bausparten und Bauleistungskategorien sowie mit konsistenten Mengenangaben zusammenzustellen. Obwohl bei manchen Feinheiten noch weitere Anstrengungen erforderlich sind, hat das Datengerüst für die 19 einbezogenen Länder in West- und Mitteleuropa mittlerweile ein hohes Maß an Konsistenz und Verlässlichkeit erreicht.

Es handelt sich also um durchaus »belastbare« Angaben, wenn in den aktuellen Tagungsberichten das *aggregierte*

⁴ Die Einbeziehung weiterer mittel- und südosteuropäischer Länder in das Euroconstruct-Netzwerk stößt – bei Aufrechterhaltung der hohen Ansprüche – auf gravierende Datenprobleme. Außerdem muss jeweils ein kompetentes Partnerinstitut gefunden werden, das den Qualitätsansprüchen gerecht wird und bereit ist, die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Pflichten zu erfüllen. Das ungarische Euroconstruct-Partnerinstitut »build&ECON« (Budapest) erstellt Spezialstudien zur Entwicklung des Bausektors in einigen dieser Länder.

Abb. 1
Regionalstruktur des Bauvolumens^{a)} in Europa^{b)}



a) Anteilswerte der Länder/Ländergruppen am gesamten europäischen Bauvolumen
b) Euroconstruct-Gebiet (EC-19): 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Stockholm, Juni 2004).

Bauvolumen (ohne Umsatzsteuer) im *Euroconstruct-Gebiet*⁵ für das Basisjahr 2003 aus den 19 Länderangaben mit rund 1,05 Bill. € beziffert wird.⁶ Nach dem leichten Rückgang 2002 (-0,3%) bedeutet dies nur einen minimalen Anstieg um rund 0,1%.

Die Differenzierung nach Ländern bzw. Ländergruppen zeigt das hohe Gewicht von *Deutschland*, dessen Anteilswert in den letzten Jahren allerdings deutlich gesunken ist (2003 gegenüber 1997 um mehr als 6 Prozentpunkte; vgl. Abb. 1). Demgegenüber haben *Frankreich* und *Spanien* an relativer Bedeutung gewonnen. *Großbritannien* und *Italien* wiesen leicht schwankende Anteilswerte auf. Zusammen brachten es die »großen 5« westeuropäischen Länder 2003 auf knapp 72% des gesamten Bauvolumens – dort konzentriert sich also sehr stark die Nachfrage nach Bauleistungen, aber auch nach Baumaterialien, -geräten und -fahrzeugen sowie nach Baufinanzierungen.

Der Anteil der vier *skandinavischen Länder* lag ziemlich stabil bei etwa 7½%, und auch bei den übrigen *kleineren westeuropäischen Ländern* (die nicht nur ziemlich »verstreut« liegen, sondern auch ansonsten nur schwer unter »einen Hut« zu bringen sind), gab es in den letzten Jahren nur unbedeutende Anteilsverschiebungen. Wegen eines zwischenzeitlichen, recht massiven Einbruchs der Bauleistung in Polen konnten die vier *mittelosteuropäischen Länder* in den hier betrachteten Vergleichsjahren keine Anteilsgewinne erzielen. Das dürfte sich aber bis 2006 wieder ändern.

⁵ Das Euroconstruct-Netzwerk umfasst außer den Ländern der »alten« Europäischen Union – ohne Griechenland und Luxemburg – auch die Nicht-EU-Länder Norwegen und Schweiz (insgesamt 15 westeuropäische Staaten) sowie 4 mittelosteuropäische (»neue« EU-)Länder (vgl. die Länderliste in Tab. 2).

⁶ In den Berichten des europäischen Dachverbandes der Bauunternehmen FIEC (Fédération de l'Industrie Européenne de la Construction, Brüssel) werden keine Absolutwerte angegeben (vgl. FIEC 2003).

Nach stark unterschiedlicher Dynamik in den Ländern und Ländergruppen ...

Bis in die jüngste Vergangenheit wies die Entwicklung des Bauvolumens in Europa bzw. im Euroconstruct-Gebiet große Diskrepanzen auf. Für den Zeitraum 2000 bis 2003 lässt sich dies für die 19 Länder anhand einer (wegen der Vielzahl der Einzelbeobachtungen recht unübersichtlichen und deshalb für eine graphische Darstellung nur wenig geeigneten) Indexbetrachtung mit der Basis 2003 = 100 deutlich machen: Für das Jahr 2000 ergeben sich

- die *höchsten Indexwerte*, also die stärksten Rückgänge bis 2003, für Polen (rund 120 Indexpunkte = IP) sowie mit Abstand für Deutschland (über 115 IP) und Portugal (fast 111 IP),
- die *niedrigsten Indexwerte*, also die größten Zunahmen bis 2003, für Tschechien (rund 79 IP) und Ungarn (über 81 IP) sowie für Spanien (über 86 IP).

Bemerkenswert erscheint, dass mittelosteuropäische Länder sowohl unter den »Gewinnern« als auch unter den »Verlierern« sind. Die *Streubreite* beträgt im Jahr 2000 mehr als 40 Indexpunkte, wobei die 15 west- und 4 mittelosteuropäischen Länder sich innerhalb dieser Spanne ziemlich gleichmäßig verteilen; sie befanden sich also 2000 im »Bauzyklus« an ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten.

Die weitgehende Angleichung der langfristigen (Hypotheken-)Zinsen in den zwölf Ländern des Euroraumes und die darüber hinaus reichende Annäherung hat – zumindest bislang – nicht erkennbar zu einem größeren Gleichklang der Entwicklungen in der Bauwirtschaft geführt. Offensichtlich hatten die übrigen *Einflussfaktoren*, die zwischen den Ländern stark unterschiedliche Niveaus und Entwicklungen aufweisen (können), ein klares Übergewicht.

... wird einheitlich-moderate Expansion bis 2006 zum dominierenden Gesamteindruck

Auch für den Prognosezeitraum bis 2006 ergeben sich für die 19 Länder des Euroconstruct-Gebietes durchaus divergierende Aussichten (vgl. Tab. 2). Anhand der Indexdarstellung (erneut mit 2003 = 100) lassen sich mit der mittelfristigen Perspektive bis 2006 jetzt aber deutlich drei *Ländergruppen* identifizieren:

- In der *Spitzengruppe* mit sehr hohen Zuwächsen des realen Bauvolumens werden mit *Polen* (enorm rascher Aufholprozess auf etwas mehr als 130 IP) sowie *Ungarn* und *Tschechien* (fast 123 bzw. 121 IP) drei der vier mittelosteuropäischen Länder erwartet; hinzugesellt sich *Bel-*

gien als einziges westeuropäisches Land (auf kräftige Einbrüche folgt Wiederanstieg auf fast 118 IP).

- Bei Unterschieden im Detail (teilweise nach Rückgängen bis 2003 oder sogar noch länger, teilweise mit durchgängig leichter Expansion) dürfte sich bis 2006 ein *breites Mittelfeld* mit immerhin 13 Ländern um den *Europa-Durchschnitt* von rund 105 IP herausbilden. Diese Länder erreichen voraussichtlich Indexwerte zwischen etwa 100 IP (Schweiz und Italien) und fast 110 IP (Spanien, Großbritannien und Schweden).
- Nicht so sehr wegen des für 2006 erwarteten Indexwertes, sondern eher wegen des Konjunkturverlaufs seit 2000 bzw. 2003 lassen sich zwei klare »*Außenseiter*« herausfiltern: *Irland* (mit steilem Anstieg bis 2004 auf 106 IP und danach scharfem Einbruch auf 99 IP) und *Portugal* (Rückschlag in 2004 auf 93 IP, aber Erholung bis 2006 auf 99 IP).

Von einer Hand voll Abweichlern nach oben und unten abgesehen, dominiert im Prognosezeitraum also eine große Gruppe von 13 Ländern (darunter auch Deutschland mit über 102 IP) das Bild der europäischen Bauwirtschaft, die nach einer moderaten Aufwärtsentwicklung im Jahr 2006 Indexwerte innerhalb einer vergleichsweise *engen Wertespanne* von nur 10 Indexpunkten erwarten können. Viele dieser Länder kommen also »im Gleichschritt« aus der Talsohle – in dieser Balance scheint dies ein Novum für Europa zu sein (ohne dass

man vorschnell die Zinsangleichung im Euroraum zur einzigen oder wichtigsten Ursache erklären sollte).

Die überdurchschnittliche Dynamik der vier neuen EU-Staaten in *Mittelosteuropa* (nur die Slowakei bleibt bis 2006 mit 108 IP etwas zurück) bleibt erhalten. Allerdings starten diese Länder – wie erwähnt – von einem relativ niedrigen Niveau aus (Bauvolumen pro Einwohner: rund 500 € gegenüber mehr als 2 600 € in Westeuropa), das aber durch die Verwendung der amtlichen Wechselkurse für die Umrechnung etwas zu klein nachgewiesen sein könnte (angemessener für die Umrechnungen wäre möglicherweise die Verwendung von bauspezifischen Kaufkraftparitäten).

Wohnungsbau: Nach kräftiger Zwischenerholung nur flacher Anstieg ...

Mit fast 490 Mrd. € im Basisjahr 2003 ist der *Wohnungsbau* unverändert und trotz der zwischenzeitlichen Rückgänge die mit Abstand größte Bausparte (Anteil am aggregierten europäischen Bauvolumen: fast 47%). Dies gilt allerdings nur für *Westeuropa*, wohingegen in den vier *MOE-Staaten* sowohl auf den Nichtwohnhochbau als auch auf den Tiefbau größere Anteile entfallen (vgl. unten). Fast drei Viertel des Wohnungsbauvolumens werden in den »Big 5« in Westeuropa erbracht. Der Neubau hatte 2003 in Europa noch ein leichtes Übergewicht gegenüber der Altbauerneuerung (etwa 51 zu 49%).

Im Prognosezeitraum 2004 bis 2006 dürfte das gesamte Wohnungsbauvolumen um rund 4% ansteigen. Insbesondere der *Neubau* entwickelt sich relativ günstig (und besser als auch von Euroconstruct zuletzt erwartet wurde; vgl. RuBig 2004b). Die Zunahme konzentriert sich allerdings auf (2003 und) 2004, danach geht es voraussichtlich schon wieder bergab (vgl. Abb. 2).

Insbesondere der *Eigenheimbau* durchläuft in Europa eine ausgeprägte Schwächephase (vgl. RuBig 2004a), die dank Sondereinflüssen nur kurzzeitig unterbrochen wird. Bei den Fertigstellungen hatten die beiden Gebäudearten im Wohnungsneubau 2003 noch fast gleichauf gelegen (1,07 bzw. 1,08 Mill. WE), bis 2006 vergrößert sich die »Lücke« zwischen den Eigenheimen und den erfahrungsgemäß »an sich« wesentlich volatileren Geschosswohnungen wieder auf rund 100 000 WE.

Die Baumaßnahmen am und im Wohnungsbestand (= *Altbauerneuerung* i.w.S.) wurden in den letzten Jahren ziemlich kontinuierlich ausgeweitet, was insbesondere daran liegen dürfte, dass viele private und vor allem institutionelle Eigentümer einen ziemlich strengen Instandhaltungs- und Renovierungszyklus einhalten und sich die Zahl der Eigentümerwechsel durch Vererbung mit anschließenden Umbaumaßnahmen tendenziell erhöht hat.

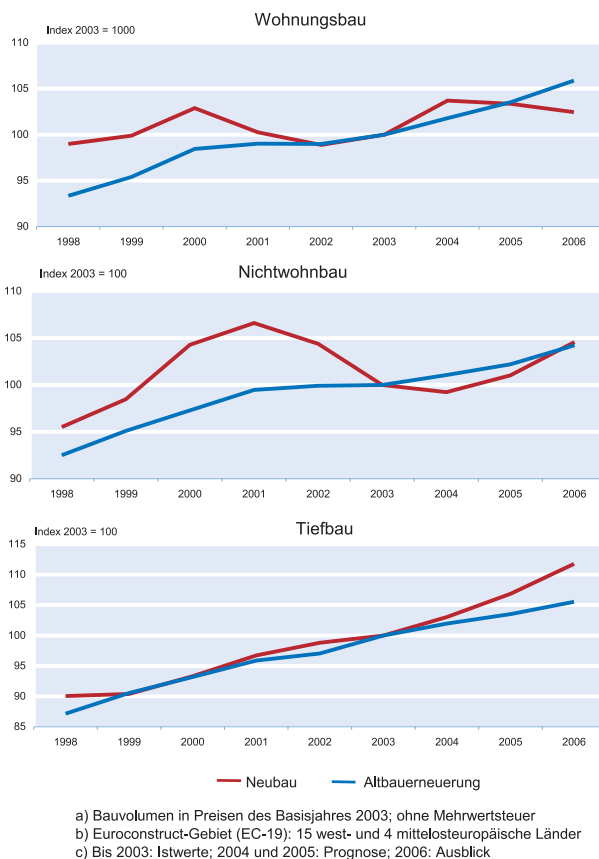
Tab. 2
Entwicklung des Bauvolumens in Europa^{a)}
2004 – 2006^{b)}

	2004	2005	2006
Österreich	2,5	2,0	1,7
Belgien	3,6	8,8	4,6
Dänemark	3,2	1,9	0,4
Finnland	3,8	2,6	1,4
Frankreich	1,1	0,8	1,7
Deutschland	1,0	-0,2	1,4
Irland	6,0	-3,0	-3,3
Italien	0,8	-0,5	0,6
Niederlande	-0,3	1,5	2,3
Norwegen	0,7	3,0	0,2
Portugal	-6,7	2,4	3,6
Spanien	4,3	2,5	2,6
Schweden	1,7	3,6	3,7
Schweiz	1,6	-0,7	-0,7
Großbritannien	3,2	2,6	3,3
Westeuropa (EC-15)	1,8	1,2	1,8
Tschechien	6,5	6,1	6,8
Ungarn	6,4	6,6	8,4
Polen	5,5	10,0	12,1
Slowakei	2,4	2,5	3,0
Mittelosteuropa (EC-4)	5,8	7,9	9,6
Europa (EC-19)	1,9	1,4	2,0

^{a)} Euroconstruct-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder. – ^{b)} 2004 und 2005: Prognose, 2006: Ausblick.

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Stockholm, Juni 2004).

Abb. 2
Entwicklung des Bauvolumens^{a)} in Europa^{b)} 1998 bis 2006^{c)}:
Neubau und Altbauerneuerung nach Sparten



Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Stockholm, Juni 2004).

Im Zeitraum 2000 bis 2006 steigt der Neubau lediglich um rund 2 1/2%, die Altbauerneuerung legt demgegenüber um fast 6% zu. Bei zwischen den 19 Ländern stark streuenden Anteilswerten der Bestandsmaßnahmen am Wohnungsbauvolumen (einerseits Dänemark und Schweden über 60%; andererseits Irland und Portugal unter 20%) bleibt die Altbauerneuerung auch im Prognosezeitraum die entscheidende Stütze des Wohnungsbaus, ohne die kein kontinuierlicher Aufschwung zustande käme. Bei den Absolutwerten dieser beiden Bauleistungskategorien wird 2006 nahezu Gleichstand erreicht; bei den Indices (2003 = 100) haben die Bestandsmaßnahmen eindeutig »die Nase vorn«.

... und zunehmende Risiken aus partiellen Überhitzungserscheinungen

Mit zunehmender Sorge blicken einige Länder (bzw. deren Regierungen und Zentralbanken sowie die Bau- und Immobilienverbände bzw. -unternehmen) auf die *Preisentwicklung bei Wohnimmobilien*. In einigen Ländern, insbesondere in Irland, Niederlande und Griechenland, aber auch in Großbritannien und Spanien, zeigen sich seit einiger Zeit

deutliche Überhitzungserscheinungen (vgl. Rußig und Scharmanski 2004; vgl. hierzu auch HSBC 2004).

Hintergrund dieser Entwicklungen ist eine »spekulative« *Übernachfrage*: Die effektive Nachfrage nach Wohnimmobilien (Eigenheime und Geschosswohnungen) von Privathaushalten und institutionellen Anlegern wird dann und dort nicht mehr (so sehr) von den aktuell geforderten Preisen, sondern zunehmend von den Erwartungen auf auch in Zukunft kräftig steigende Preise bestimmt.

Die anhaltend hohe Wohnungsnachfrage, die sich in einer steigenden Wohnungsbauproduktion niederschlägt, scheint in den aufgezählten Ländern derzeit – anders als in früheren Phasen der Nachkriegszeit – nicht so sehr von übertriebenen *Inflationsängsten* oder Aussichten auf starke *Zinssteigerungen* gespeist zu werden; vielmehr dürfte die seit längerer Zeit andauernde Erfahrung hoher *Einkommenszuwächse* dank dynamischem Wirtschaftswachstum und hohem Beschäftigungsstand die entscheidende Triebfeder sein.

Wenn diese Erwartungen umschlagen, was in der jetzigen Konstellation bereits durch eine sich abzeichnende Abflachung der Einkommenszuwächse bewirkt werden könnte, kann es zu einem Platzen der »*Immobilienblase*« mit stark sinkenden Preisen für Wohnimmobilien und einem scharfen Rückgang der Wohnungsbautätigkeit kommen. In den Prognosen für einzelne Euroconstruct-Länder scheint eine solche Entwicklung für den Prognosezeitraum bis 2006 unterstellt zu sein, weil sich dort ein leichter Rückgang bzw. eine Stabilisierung der BIP-Wachstumsraten abzeichnet.

Die große Bedeutung, die einer *Verstetigung* gerade auch der Wohnungsnachfrage zukommt (vgl. Rady und Rußig 2004), liegt auch darin begründet, dass ein abrupter Rückgang von Wohnungspreisen und -produktion, wie er für einige europäische Länder zu befürchten ist, gravierende Auswirkungen auf andere Teilaggregate der Volkswirtschaft haben kann – direkt über die Beschäftigung im Bausektor, indirekt über die Ausstrahlung sinkender *Vermögenswerte* auf den Privatkonsum (vgl. OECD 2004).

Erst 2006 kommt der Nichtwohnhochbau richtig in Schwung

Zweitgrößte Bausparte war 2003 (und davor wie danach) im Euroconstruct-Gebiet mit rund 330 Mrd. € der *Nichtwohnhochbau* für private Unternehmen und Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) sowie Privathaushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. Sein Anteil am gesamten Bauvolumen lag bei rund 31 1/2% (Westeuropa: 31%; Mitteleuropa: größte Bausparte mit 47%).

Mit einem Anteil am Nichtwohnhochbau von etwas weniger als 60% ist der *Neubau* die klar dominierende Bauleistungskategorie; dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass sich in der Industrie und im Dienstleistungssektor Westeuropas gezeigt hat, dass der Abriss eines Gebäudes mit anschließendem Neuaufbau häufig kostengünstiger ist als eine aufwändige Modernisierung (= *Altbauerneuerung*).

Hinter dem zusammengefassten Nichtwohnhochbau »versteckt« sich ein hochgradig heterogener *Immobilienmarkt* mit extrem unterschiedlich großen Gebäuden (vom kleinen Maschinen- oder Fahrzeugschuppen bis zum Bürohochhaus oder der Automobilfabrik). Auf die in den Euroconstruct-Tabellen unterschiedenen Gebäudetypen entfielen 2003 im Gesamtgebiet ungefähr folgende Anteile: Fabrik- und Werkstattgebäude (= Industriegebäude) 44%, Handels- und Lagergebäude 42%, Bürogebäude 35%, Gebäude des Bildungswesens 18% und Gebäude des Gesundheitswesens 12%; der Rest verteilt sich auf eine große Anzahl von *Spezialimmobilien* (z.B. Kirchen und Sporthallen).

Die große Heterogenität dieser Bausparte und die wechselnden Gewichte der – auch von Land zu Land – unterschiedlichen *Einflussfaktoren* macht für die Prognosefähigkeit ein adäquat differenziertes Herangehen erforderlich. Nach den aktuellen *Euroconstruct-Prognosen* wird der Nichtwohnhochbau bis 2006 gegenüber dem Basisjahr 2003 insgesamt um etwa 4 1/2% zulegen und damit nur wenig stärker als der Wohnungsbau.

Dämpfende Effekte dürften in Westeuropa von der immer noch relativ niedrigen *Kapazitätsauslastung* und von der zunehmend »kritisch« reflektierten Verfassung des »*Standortes Europa*« ausgehen. Mit der inländischen Produktion von Waren und Dienstleistungen als Zielgröße kommt die Gegenüberstellung des *im Inland vorhandenen* mit dem in Zukunft hier *benötigten baulichen Kapitalstock* (für die Arbeitsplätze bzw. Beschäftigten) weiterhin sehr häufig zu dem Ergebnis, dass im »alten« Westeuropa eine stärkere Ausweitung der Investitionstätigkeit in neue oder modernisierte Gebäude derzeit nicht erforderlich scheint. Die neuen EU-Mitgliedstaaten in *Mittelosteuropa* sind nicht selten die von solchen Überlegungen zur Verlagerung von Produktionsstandorten und Dienstleistungsaktivitäten begünstigten Regionen (vgl. Hild 2004).

Das Ergebnis dieses Abwägens trifft insbesondere den *Neubau*, der seine 2002 einsetzende Schwächephase auch noch 2004 fortsetzt und der erst ab 2005 – dann aber recht flott – ins Plus dreht (vgl. erneut Abb. 2). Bei der *Altbauerneuerung* (= Baumaßnahmen an und in bestehenden Nichtwohngebäuden) geht auch in dieser Bausparte die stetige Aufwärtsentwicklung weiter, in der Index-Darstellung (mit

2003 = 100) wird sie aber im Prognoseendjahr 2006 vom *Neubau* überholt.

Tiefbau: Kontinuierliche Aufwärtsentwicklung mit weiter zunehmender Dynamik

Mit rund 233 Mrd. € und einem Anteil am gesamten Bauvolumen von etwa 22% (Westeuropa: über 21%, aber Mittelosteuropa: fast 33%) war der *Tiefbau* auch 2003 die kleinste Bausparte im hier betrachteten »Europa«. Hohe Anteilswerte des *Neubaus* (insgesamt fast 66% bei fortbestehenden Zuordnungsproblemen; vgl. Rußig 2004b) werden insbesondere aus Portugal und Irland gemeldet (85 bis 90%), wohingegen in Italien fast die Hälfte des Tiefbaus auf Baumaßnahmen an bestehenden Bauwerken entfällt.

Die Aufspaltung des Neubaus in dieser Bausparte (2003: über 153 Mrd. €) ergibt für 2003 folgende Grobstruktur der *Bauwerkskategorien*: Straßen und Brücken 25%, übrige Verkehrsbauten 31%, Bauwerke für die Informations- und Telekommunikationstechnologien 9% und für die Energie- und Wasserversorgung 19%; für alle übrigen Tiefbauten (z.B. Sport- und Freizeiteinrichtungen) verbleiben danach noch etwa 16%.

Im Prognosezeitraum (wie auch schon ab 1998 und davor) wächst der Tiefbau kontinuierlich weiter, allerdings wurden die Prognosen gegenüber November 2003 etwas abgesenkt (vgl. Rußig 2004b). Mit einer realen Zunahme um insgesamt fast 10% (2006 gegenüber 2003) ist der Tiefbau die mit Abstand am schnellsten wachsende Bausparte; der Anstieg ist in diesem Zeitraum sogar steiler als der des gesamten Bruttoinlandsprodukts.

Die beiden Hochbausparten (Wohnungsbau und Nichtwohnbau) hatten zusammengenommen nicht nur 2002 und 2003 wesentlich schlechter abgeschnitten (– 0,8% und – 0,4%; vgl. hierzu die Angaben zur Gesamtentwicklung in Tab. 2 oben), auch im Prognosezeitraum 2004 bis 2006 liegen die Zuwachsraten des Hochbaus um 1 bis fast 2 Prozentpunkte niedriger als im Tiefbau. Sowohl die *Altbauerneuerung* als auch der *Neubau* (dieser sogar mit noch größerer Dynamik gegen Ende des Prognosezeitraumes) werden zu der günstigen Gesamtentwicklung im Tiefbau beitragen (vgl. erneut Abb. 3).

In *Westeuropa* wird eine besonders starke Dynamik für den Prognosezeitraum in Spanien und Italien (also in zwei der »Big 5«) sowie unter den skandinavischen Ländern in Schweden und Finnland, unter den übrigen kleineren Ländern in Irland (mit großem Abstand zu den weiteren Ländern dieser Gruppe) erwartet. Unter den *mittelosteuropäischen Staaten*, für die insgesamt ein wesentlich kräftigeres reales

Wachstum des Tiefbaus prognostiziert wird, ragt Ungarn besonders heraus (Verdoppelung 2006 gegenüber 1997, also in bloß neun Jahren).

Fazit: Nach einigen sehr schwierigen Jahren ...

In den letzten Jahren hatte die europäische Bauwirtschaft eine ausgeprägte Flaute durchzustehen, die sich 2002 sowohl in Westeuropa als auch in den vier MOE-Staaten sogar zu einer leichten Rezession verschlimmert hatte. Das *Bauvolumen in Europa* bzw. im Euroconstruct-Gebiet stieg 2003 nur minimal auf etwas mehr als 1 Bill. €, womit ein Anteil von knapp 30% am *Weltbauvolumen* (Schätzwert: insgesamt rund 4 Bill. US-\$) erreicht wurde.

Die Differenzierung nach drei Bausparten und jeweils nach den beiden Bauleistungskategorien *Neubau* und *Altbauerneuerung* ergibt für den Zeitraum 2000 bis 2006 ein sehr heterogenes »Europa-Bild«:

- Der *Wohnungsbau* hatte schon ab 2001 Rückgänge hinzunehmen, verzeichnet aber dank Sondereffekten 2003 und vor allem 2004 eine Zwischenerholung, die ab 2005

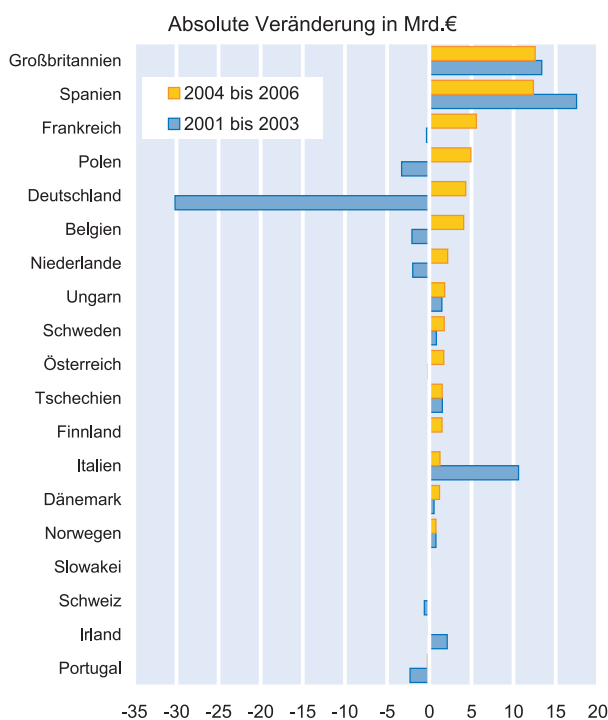
in einen ganz flachen Anstieg übergeht, obwohl die Altbauerneuerung weiter kräftig ausgeweitet wird.

- Erst ein Jahr später erreichte der *Nichtwohnhochbau* seinen Gipfelpunkt, danach ging es im Neubau und damit insgesamt zwei Jahre ziemlich steil nach unten, und auch für 2004 ist nur mit Stagnation zu rechnen; erst ab 2005 kann eine (dann allerdings ziemlich flotte) Expansion erwartet werden.
- Eine sehr kontinuierliche Ausweitung ist seit vielen Jahren für den *Tiefbau* charakteristisch; dies wird – getragen von den Bestandsmaßnahmen, zunehmend stärker aber vom Neubau – auch in der Prognoseperiode bis 2006 so bleiben.

Für die *Vergangenheit* sind in Europa bei der Untergliederung nach *Ländern bzw. Ländergruppen* bis zuletzt stark ausgeprägte *Entwicklungsunterschiede* zu erkennen. Verwendet man zur Ausschaltung der enormen Größenunterschiede zwischen den 19 Ländern des Euroconstruct-Gebietes die *absoluten Beiträge zum Bauwachstum* als Indikator für die Gesamtentwicklung, so springt für den Zeitraum 2001 bis 2003 zunächst der riesige »negative« Beitrag von Deutschland ins Auge (vgl. Abb. 3); außerdem hatten noch Polen sowie Belgien, die Niederlande und Portugal ein relevant »gewichtiges« Schrumpfen des Bauvolumens zu verzeichnen. Hohe positive Veränderungen gab es in dieser Periode insbesondere in Spanien und Großbritannien sowie in Italien und (mit Abstand) in Irland. Insgesamt stieg das europäische *Bauvolumen* in diesen drei Jahren nur um »mager« 8 Mrd. € oder weniger als 1%.

Abb. 3

Reales Bauvolumen^{a)} in Europa^{b)} 2001 – 2003 und 2004 – 2006^{c)}



- a) In Preisen des Basisjahres 2003; ohne Mehrwertsteuer
 b) Euroconstruct-Gebiet (EC-19): 15 west- und 4 mittelost-europäische Länder
 c) Bis 2003: Istwerte; 2004 und 2005: Prognose; 2006: Ausblick

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Stockholm, Juni 2004).

... deutlicher Hoffnungsschimmer für den Bausektor in Europa

Nach Einschätzung der Euroconstruct-Institute werden Flaute und Rezession im europäischen Bausektor schon im laufenden Jahr überwunden: Das *Bauvolumen in Europa* steigt 2004 um fast 2%. Zwar gibt es 2005 voraussichtlich eine leichte Abflachung, weil der Wohnungsneubau schon wieder »lahmt«, aber im Ausblick auf 2006 sehen die Experten erneut ein etwas flotteres Bauwachstum, das dann vom Nichtwohnhochbau sowie vor allem vom Tiefbau getragen wird.

Bei einem Bauanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von mehr als 10% bleibt die konjunkturelle Erholung in der europäischen *Bauwirtschaft* allerdings auch mittelfristig schwächer als in der *Gesamtwirtschaft* bzw. bei den übrigen Teilaggregaten des BIP (Zunahme 2006 gegenüber 2003 des BIP: 7,2%, des Bauvolumens: 5,5%), ein kräftiger Hoffnungsschimmer wird jedoch auch für diesen wichtigen Wirtschaftszweig erkennbar; dies gilt selbst für Westeuropa, weit stärker allerdings für Mitteleuropa, wo der Bausektor sogar zu den wichtigsten Triebkräften des raschen Wirtschaftswachstums zählen wird.

Für die *Zukunft* ergibt die Differenzierung nach *Ländern* ein völlig neues »Europa-Tableau«: Von einer Hand voll Abweichlern nach oben (Polen, Ungarn und Tschechien sowie Belgien) und nach unten (Irland und Portugal) abgesehen, können 13 der 19 Euroconstruct-Länder in nächster Zeit eine ziemlich *gleichförmige Expansion* des realen Bauvolumens erwarten. Auf der Basis 2003 = 100 liegt der Anstieg bis 2006 in diesen Ländern in einer engen Marge von rund 10 Indexpunkten (rund 100 bis 110 IP). Die *Altbauerneuerung* bleibt zwar mittelfristig die wichtigste Stütze des Bauaufschwungs, aber im Nichtwohnhochbau und im Tiefbau legt der *Neubau* bis 2006 kräftig zu.

Insgesamt wird das *Bauvolumen in Europa* (Euroconstruct-Gebiet) im Prognosezeitraum (2004 bis 2006) um mehr als 57 Mrd. € zulegen. Die höchsten absoluten *Wachstumsbeiträge* werden wieder von Großbritannien und Spanien erwartet, aber auch für Frankreich, Polen, Deutschland und Belgien (und damit teilweise für Länder mit zuletzt ausgeprägten Schwächetendenzen) werden substantielle Zunahmen des Bauvolumens prognostiziert (vgl. erneut Abb. 3). Für keines der Euroconstruct-Länder wird im Prognosezeitraum ein schrumpfendes Bauvolumen vorausgeschätzt. Es sieht also ganz danach aus, als könne der europäische Bausektor zwar nicht zum Wachstumsmotor werden, aber doch seine Schwächephase überwinden und damit die »Bremsrolle« abgeben.

Literatur

- Euroconstruct (2004a; Hrsg.: Prognoscentret, Stockholm), *Forecasts for the European Construction Sector 2004 to 2006 – Summary Report of the 57th Euroconstruct Conference*, Stockholm, June 2004.
- Euroconstruct (2004b; Hrsg.: Prognoscentret, Stockholm), *Forecasts for the European Construction Sector 2004 to 2006 – Country Report of the 57th Euroconstruct Conference*, Stockholm, June 2004.
- FIEC (2003; Hrsg.: Fédération de l'Industrie Européenne de la Construction), *L'activité de la Construction en Europe* (dreisprachig: F – E – D), Brüssel.
- Flaig, G., W. Nierhaus, O.-E. Kuntze, A. Gebauer, S. Henzel, O. Hülsewig, A. Kaltschütz, E. Langmantel, W. Meister, M. Ruschinski, B. Schimpfermann und T. Wollmershäuser (2004), »ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt«, *ifo Schnelldienst* 57(12), 10–32.
- Hild, R. (2004), »Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe«, *ifo Schnelldienst* 57(7), 19–27.
- HSBC (HSBC Bank plc; 2004), »The US Housing Bubble«, mimeo, London.
- OECD (2004), *OECD Economic Outlook*, Vol. 1, Nr. 75, Paris.
- Rady, S. und V. Rußig (2004), *Fluktuationen des Wohnimmobilienmarktes – Mikroökonomische Grundlagen und makroökonomische Auswirkungen*, ifo Forschungsberichte Band 23, ifo Institut, München.
- Rußig, V. (2004a), »Wohnungsneubau in Europa: Nach kurzer Erholung erneut leichter Rückgang«, *ifo Schnelldienst* 57(13), 22–28.
- Rußig, V. (2004b), »Vorsichtig aufkeimender Optimismus in Europas Bauwirtschaft«, *ifo Schnelldienst* 57(6), 38–45.
- Rußig, V. und A. Scharmanski (2004), »Wohnimmobilienpreise in Europa: Anhaltende Aufwärtstendenz mit ausgeprägten Entwicklungsunterschieden«, *ifo Schnelldienst* 57(11), 30–36.

Großhandel: Trotz Umsatzwachstum weiterhin zurückhaltende Investitionsplanungen

30

Manuel Birnbrich

Nach dem deutlichen Umsatzrückgang von nominal 4,4% und real 3,6% im Jahr 2002 verzeichnete der deutsche Großhandel (ohne Kraftfahrzeuge) 2003 erstmals seit 2000 wieder bescheidene Umsatzzuwächse von nominal 1,2% und real 0,6%, wobei der Produktionsverbindungshandel mit nominal + 1,8% ein deutlicheres Umsatzwachstum verbuchte als der Konsumgütergroßhandel (+ 0,5%).¹ Im Verlauf des Jahres 2003 ging die Unzufriedenheit der Großhandelsunternehmen mit der Geschäftslage laut dem monatlichen ifo Konjunkturtest kontinuierlich zurück. 2004 folgte nach schwachem Start im Januar und Februar ein starkes nominales Umsatzplus von 9,5% im März (gegenüber Vorjahresmonat) und ein weiterer, wenn auch mit 1,8% schwächerer Umsatzanstieg im April. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes stieg der Umsatz im Juni nominal um 4,8% und real um 1,4%. Das Geschäftsklima bewegte sich zwar auch 2004 bisher im negativen Bereich, war allerdings nicht so schlecht wie im vergangenen Jahr. Die Ergebnisse der diesjährigen Investitionserhebung des ifo Instituts beim Großhandel deuten darauf hin, dass die Unternehmen auch im Jahr 2004 ihre zurückhaltende Investitionsneigung noch nicht aufgegeben haben, im Vergleich zu 2003 wird die rückläufige Entwicklung in diesem Jahr aber etwas schwächer ausgeprägt sein.

Nach wie vor unbefriedigende Geschäftslage

Der Großhandel zeigte sich 2004 laut den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests bisher immer noch vorwiegend unzufrieden mit seiner Geschäftslage, wenngleich sich die Einschätzungen auf einem wesentlich weniger negativen Niveau bewegten als in den letzten zwei Jahren. Entsprechend der positiven Umsatzentwicklung nach den Daten der amtlichen Handelsstatistik im März und April 2004 besserte sich das Urteil über die aktuelle Lage bei den Teilnehmern der Konjunkturumfrage in diesen Monaten, verschlechterte sich dann aber im Mai und Juni wieder. Im Juli wurden die negativen Stimmen nur etwas weniger. Im ersten Halbjahr 2004 stiegen die nominalen Umsätze im gesamten Großhandel im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 2,4% (real + 0,7%). Ein gegenüber der Gesamtentwicklung überdurchschnittlich starkes nominales Umsatzwachstum ergab sich dabei im Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (+ 5,6%) und im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen (+ 5,2%), wohingegen der Großhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren Umsatzeinbußen von - 3,2% hinnehmen musste.

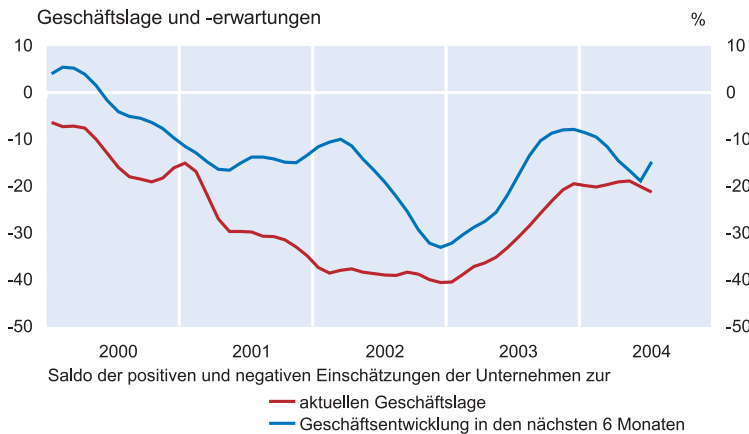
Im Vergleich zum Vorjahr weniger pessimistische Geschäftserwartungen

Im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2004 haben sich die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Unternehmen über ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate nahezu kontinuierlich verschlechtert. Erst im Juli gingen die negativen Stimmen wieder deutlich zurück. Insgesamt waren die Geschäftsaussichten trotz der ungünstigen Tendenz aber von deutlich weniger Pessimismus geprägt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Lagerbestände wurden 2004 gegenüber 2003 zwar seltener als zu groß bezeichnet, die Orderpläne zeigten aber tendenziell weiter nach unten, d.h. es dominierten nach wie vor die Unternehmen, die weniger Ware ordern wollten als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Ergebnisse des diesjährigen ifo Investitionstests sprechen für eine geringere Skepsis der Unternehmen gegenüber der künftigen Absatzentwicklung im Vergleich zum letzten Jahr. So erwarten knapp 37% der befragten Unternehmen, 2004 höhere Umsätze erzielen zu können als 2003. In der Umfrage letzten Jahres waren es nur knapp 19%, die mit höheren Umsätzen im Vergleich zum Vorjahr rechneten. Nur noch gut jedes vierte Unternehmen erwartet 2004 einen Absatzrückgang (2003: 45%). Besonders

¹ Für eine umfassende Darstellung der aktuellen Entwicklungsprozesse im Großhandel inklusive weiterer Statistiken siehe Lachner (2004).

Abb. 1
Großhandel insgesamt



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ausgeprägt ist der Optimismus bei den größeren Unternehmen mit mehr als 25 Mill. € Jahresumsatz: Von diesen glauben gut 45% an Umsatzsteigerungen in 2004. Der Produktionsverbundhandel, speziell der Handel mit Investitionsgütern, darf wegen des voranschreitenden Aufschwungs der deutschen Wirtschaft und der gesamtwirtschaftlich erwarteten steigenden Ausrüstungsinvestitionen 2004 (nominal: + 1,2%; real: + 3,4%; vgl. Flaig et al. 2004) mit einem weiteren Umsatzwachstum rechnen. Im Frühjahr verzeichnete der Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen wegen des starken Anstiegs der Investitionsgüternachfrage bereits besonders hohe Umsatzzuwächse. Für den Konsumgütergroßhandel dagegen ist für das gesamte Jahr 2004 aufgrund der voraussichtlich nur bescheidenen Belebung des privaten Konsums (nominal: + 2,3%; real: + 0,5%; vgl. Flaig et al. 2004) und der ungünstigen Umsatzentwicklung, insbesondere im Facheinzelhandel, allenfalls eine Stagnation der nominalen Umsätze zu erwarten. Wegen des Aufschwungs der Weltwirtschaft und des starken Euros könnte sich für die hauptsächlich im Außenhandel aktiven Großhandelsunternehmen eine überdurchschnittliche Absatzentwicklung ergeben. Für den Großhandel insgesamt dürfte 2004 ein leichtes nominales Umsatzplus in der Größenordnung von schätzungsweise 1 bis 1,5% herauskommen.

Weiterer Rückgang der Investitionen

Entsprechend der in den verschiedenen Bereichen des Großhandels für dieses Jahr zu erwartenden leichten Umsatzzuwächse geht auch die Investitionsmüdigkeit der Unternehmen zurück. Den Ergebnissen des ifo Investitionstests zufolge werden die Investitio-

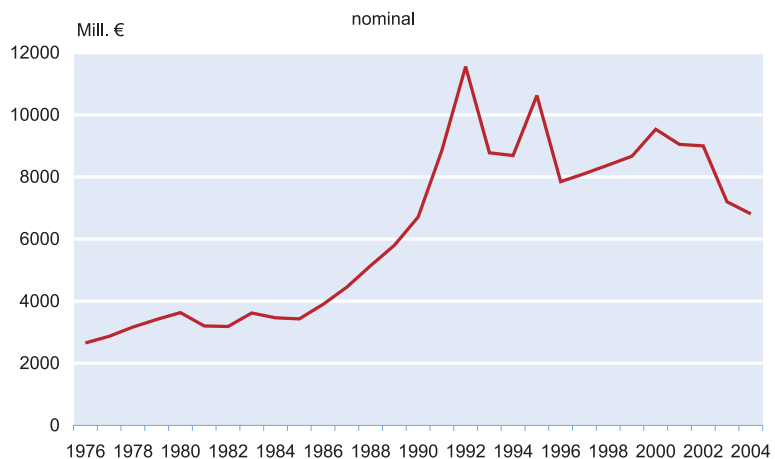
nen im Großhandel wegen der nach wie vor insgesamt eher skeptischen Geschäftserwartungen zwar auch 2004 weiter sinken, allerdings mit knapp 5% nicht so stark wie im Vorjahr. Die Investitionsquote wird sich voraussichtlich von 1,1 auf 1% verringern und damit in etwa dem Niveau der achtziger Jahre entsprechen.

Ein Drittel der an der Investitionserhebung im Großhandel teilnehmenden Unternehmen, und damit deutlich weniger als bei der Vorjahresbefragung (knapp 43%), beabsichtigt, 2004 die Bruttoanlageinvestitionen zu verringern. Erhöhte Investitionsbudgets sind bei nahezu 17% der Firmen geplant (2003: knapp 10%). Mit zunehmender Unternehmensgröße steigt auch die Investitionsbereitschaft. Am

höchsten ist sie bei den größeren Unternehmen mit mehr als 25 Mill. € Jahresumsatz: Hier sind 2004 bei fast jedem vierten Unternehmen höhere Investitionen vorgesehen als 2003. In den anderen Unternehmensgrößenklassen mit weniger als 25 Mill. € Jahresumsatz überwiegen jeweils die Firmen, die ihre Investitionen verringern wollen gegenüber denen, die Erhöhungen planen. Ein Grund für die bei kleineren und mittleren Unternehmen vergleichsweise geringere Investitionsbereitschaft könnten, neben der nach wie vor skeptisch eingeschätzten weiteren konjunkturellen Entwicklung, Schwierigkeiten bei der Kreditfinanzierung durch die Banken sein, die diese Unternehmen veranlassen, Investitionsvorhaben entweder ganz zurückzustellen oder auf Leasing bzw. andere Formen der Anlagemiete auszuweichen.

Die Bauinvestitionen des Großhandels werden 2004 voraussichtlich weiter sinken, wenn auch in geringerer Aus-

Abb. 2
Investitionen im Großhandel



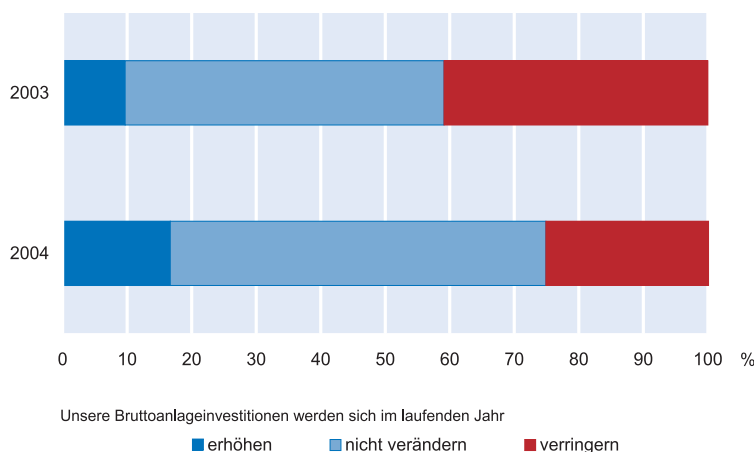
Quelle: ifo Investitionstest.

prägung als 2003. Bei knapp 18% der befragten Firmen ist für 2004 eine Verringerung der Ausgaben für Bauten vorgesehen. Nur etwas mehr als 10% planen eine Erhöhung, von den größeren Unternehmen mit mehr als 25 Mill. € Umsatz sind es immerhin 13,5%. Der Bauanteil an den Gesamtinvestitionen dürfte auf unter 30% sinken. Der überwiegende Teil der Bautätigkeit entfällt heute auf Maßnahmen im vorhandenen Gebäudebestand und nicht auf Neubauten. Dies spiegelt sich auch in den Planungen der für den Investitionstest befragten Unternehmen wider: Bei den Geschäftsflächen ist danach für 2004 kaum mit Expansionen zu rechnen. Nur knapp 6% der befragten Firmen planen eine Erweiterung ihrer Geschäftsfläche, mehr als 87% gehen von keiner Veränderung aus. Die größeren Unternehmen unterscheiden sich hierbei in ihren Planungen nicht wesentlich von den kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Ausgaben für Ausrüstungen (d.h. Betriebs- und Geschäftsausstattungen einschließlich Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Anlagen) dürften 2004 gegenüber dem Vorjahr leicht sinken. Die Unternehmen, die ihre Ausrüstungsinvestitionen erhöhen wollen, halten sich mit denen, die Verringerungen planen, inzwischen immerhin annähernd die Waage. Die Bereitschaft der Unternehmen, in Ausrüstungen zu investieren, ist demnach vergleichsweise höher als die für Bauinvestitionen. Auch 2004 scheint nicht die Expansion, sondern eher die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Leistungseffizienz im Vordergrund der Investitionstätigkeit zu stehen. Investiert wird vor allem in neue Kommunikations- und Informationssysteme, aber auch in moderne Lagertechnik und Fahrzeuge. Der stark gestiegene Anteil der IuK-Technik an den gesamten Investitionsausgaben des Großhandels wird hier auch weiterhin für eine relativ stabile Investitionstätigkeit sorgen.

Ebenso wie im Einzelhandel spielt auch im Großhandel die Beschaffung wertintensiver Ausrüstungsgüter über Leasing eine wachsende Rolle. Daher erscheint ein beachtlicher Teil der Bauten und Ausrüstungsgüter, die von den Handelsunternehmen genutzt werden, nicht mehr in deren Bilanzen. Dies ist auch einer der Gründe, warum quantifizierbare Angaben über die Entwicklung der Investitionsausgaben im Großhandel mit gewissen Schwierigkeiten verbunden sind. Ein anderer Grund ist, dass der Großhandel wegen des wirtschaftlichen Strukturwandels heute in vielfältiger Form in Erscheinung tritt. Der Wettbewerb mit Industrieunternehmen, die sich mit eigenen Vertriebsgesellschaften im Großhandel engagieren, mit großen Filialunternehmen des Konsumgütereinzelhandels (Discounter, Verbraucher-

Abb. 3
Investitionsplanungen im Großhandel



Quelle: ifo Investitionstest.

und Fachmärkte, SB-Warenhäuser), die ihre Warenbeschaffung vorwiegend in Eigenregie übernehmen, sowie mit Logistik- und Dienstleistungsunternehmen, die im Bereich Transport und Lagerhaltung tätig sind, hat dazu geführt, dass der Großhandel insgesamt heute ein reichhaltiges Bündel an Aufgaben übernommen hat, das bis hin zum Logistik-Management und der Mitwirkung an der Produktentwicklung reicht. Die Grenzen zwischen Großhandel, Einzelhandel, Logistik- und Dienstleistungsunternehmen sind damit für einzelne Firmen mit ihrem im Lauf der Zeit herausgebildeten spezialisierten Waren- und Leistungsangebot nicht mehr in allen Fällen eindeutig zu ziehen. Eine Vielzahl von Unternehmen ist zugleich im Groß- und Einzelhandels- bzw. Transport- und Logistikbereich tätig.

Verlangsamter Beschäftigungsabbau

Der Großhandel hat in den zurückliegenden Jahren seinen Personalbestand erheblich reduziert, gegenüber dem Jahr 2000 ist die Gesamtbeschäftigtenzahl um mehr als 10% gesunken. Den stärksten Beschäftigungsabbau in den ersten vier Monaten 2004 verzeichnete der Großhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen (-14%) sowie der Großhandel mit Roh- und Schnittholz (-10,9%), leichte Beschäftigungszuwächse gab es z.B. im Großhandel mit chemischen Erzeugnissen (+2,9%) und im Geträgrogroßhandel (jeweils +2,9%). Der Beschäftigungsabbau im gesamten Großhandel dürfte sich 2004 im Vergleich zum letzten Jahr verlangsamen. 28,5% der für den ifo Investitionstest im Großhandel befragten Firmen rechnen für 2004 mit einer Verringerung ihrer Beschäftigtenzahl, 2003 waren es noch mehr als 44%. Beschäftigungszuwächse sind für 2004 nur bei gut 7% der Firmen geplant, am ehesten noch bei

den größeren Unternehmen. Die Mehrheit der Firmen plant eine Beibehaltung ihres derzeitigen Personalbestands.

Fazit: Großhandel mit Investitionen noch zurückhaltend

Die Ergebnisse des diesjährigen ifo Investitionstests deuten darauf hin, dass der Großhandel sich hinsichtlich seiner Investitionsplanungen für 2004 offenbar noch abwartend verhält. Insgesamt ist in diesem Jahr mit einem Rückgang der Investitionen zu rechnen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und der wachsenden Nachfrage nach Investitionsgütern, auch aus dem Inland, könnte die Investitionstätigkeit am ehesten noch im Produktionsverbindungshandel anspringen. Die Investitionsbereitschaft im Konsumgütergroßhandel hängt stark von der Entwicklung des privaten Konsums in den nächsten Monaten ab. Ebenso wie der Einzelhandel dürfte sich daher auch der Konsumgütergroßhandel mit Investitionen bis auf weiteres noch zurückhalten.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (2004), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004« («Gemeinschaftsdiagnose»), *ifo Schnelldienst* 57(8), 3–46.
- Flaig, G., W. Nierhaus, O.-E. Kuntze et al. (2004), »ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt«, *ifo Schnelldienst* 57(12), 10–36.
- Grillmaier, G. (2004), »Entwicklung im Großhandel im Jahr 2003«, *Wirtschaft und Statistik* (3), 302–307.
- Gürtler, J. und A. Städtler (2004), »Leasingbranche: Geschäftsklima im Frühjahr nur wenig verbessert – noch kein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben in Sicht«, *ifo Schnelldienst* 57(10), 27–30.
- Lachner, J. (2004), »Divergierende Entwicklungsprozesse im deutschen Großhandel«, *ifo Schnelldienst* 57(11), 24–29.
- o.V. (2004a), »Großhandel profitiert vom Aufschwung«, *Süddeutsche Zeitung* vom 30. April.
- Täger, U.-Chr. (2003), »Strukturwandel im Handel beschleunigt sich weiter«, *ifo Schnelldienst* 56(11), 10–21.

Leasingbranche: Geschäftsklima stabilisiert sich – Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungs- investitionen zwischen Hoffen und Bangen

34

Joachim Gürtler und Arno Städtler

Der Trend bei den Ausrüstungsinvestitionen hatte sich im Verlauf des letzten Jahres stabilisiert, was durchaus Anlass zu Wachstumshoffnungen für 2004 gab. Die Ausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen sind im vergangenen Jahr in nominaler Rechnung um 2,7% (nach – 8% 2002) zurückgegangen (Flaig, Nierhaus, Kuntze et al. 2004), und auch im ersten Quartal errechnete sich erneut eine Einbuße um 1,2%. Trotz der weltweiten Konjunkturerholung, weiterhin günstiger Finanzierungsbedingungen und einer Festigung der Aktienkurse ließen sich die Investoren noch nicht aus der Reserve locken; die Inlandsnachfrage blieb auch in der ersten Jahreshälfte 2004 insgesamt schwach. Es sind aber nicht nur konjunkturelle Einflüsse, die für den Rückgang der Anlageinvestitionen in Deutschland seit drei Jahren verantwortlich sind, sondern auch diverse strukturelle Faktoren. Investoren lassen sich nicht allein von niedrigen Zinsen locken, sie benötigen auch ein Minimum an Planungssicherheit und eine halbwegs berechenbare Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Zur Sicherung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit wurden und werden zudem vor allem arbeitsintensive Produktionen mit den entsprechenden Investitionen ins Ausland verlagert.

Schwungvolles Neugeschäft in der Leasingbranche

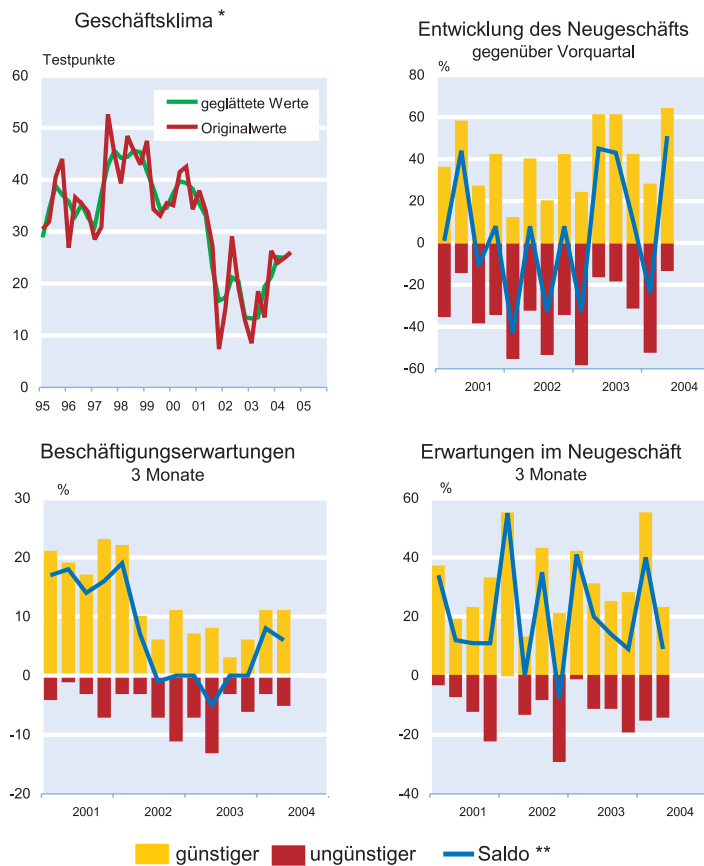
In der deutschen Leasingbranche geht es weiter aufwärts – wenn auch nur mit angezogener Handbremse: Nach drei Anstiegen in Folge tritt der (geglättete¹) ifo Geschäftsklimaindex seit den Herbstmonaten vergangenen Jahres aber mehr oder weniger auf der Stelle (vgl. Abb. 1). Ausschlaggebend für die positive Entwicklung im zweiten Quartal 2004 war die leichte Besserung der Geschäftslageurteile. Im Einzelnen bewerteten mittlerweile 28% der Leasinggesellschaften ihren Geschäftsverlauf als günstig, 70% als befriedigend, und nach wie vor nur wenige Testteilnehmer (2%) empfanden die Lage im Berichtszeitraum als schlecht. Die Lageurteile besserten sich binnen zwei Jahren von per saldo + 8% (2. Quartal 2002) auf + 26% (2. Quartal 2004). Das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung lässt dagegen noch keine eindeutige Richtung erkennen, per saldo gut jedes vierte Leasingunternehmen (1. Quartal 2004: + 31%) hofft auf bessere Geschäfte in der zweiten Jahreshälfte 2004. Eine gewisse Vorsicht ist angesagt, im Detail erwarten 29% (1. Quartal 2004: 33%) der Unternehmen für die nächsten sechs Monate einen günstigen Geschäftsverlauf, 68% (65%) rechnen mit einer gleichbleibenden Entwicklung, und 3% (2%) sehen der nahen Zukunft mit Sorge entgegen.

Die Jahresendrallye von 2003 in der Leasingbranche, die auch von vorgezogenen Investitionen im Hinblick auf die Steuerreform zum 1. Januar 2004 gespeist wurde, zog also keine entsprechenden Nachfrageausfälle in den ersten Monaten 2004 nach sich. Die Geschäftslage wurde im ersten Quartal nur unwesentlich schwächer beurteilt als im vierten Quartal 2003 und zog danach sogar noch an: Per saldo jede zweite Leasinggesellschaft verzeichnete im zweiten Vierteljahr 2004 höhere Vertragsabschlüsse. Damit setzte sich ein Trend fort, der bereits ab der Jahresmitte 2003 zu erkennen war. Damals deutete sich bei der Neugeschäftsentwicklung ein Erreichen der Talsohle an (Gürtler und Städtler 2003). Nachdenklich stimmt allerdings, dass die zuvor noch hoffnungsvollen Erwartungen jetzt deutlich zurückgenommen wurden. Nur noch knapp jedes vierte Leasingunternehmen geht für die nächsten Monate von einem höheren Neugeschäft aus, 63% rechnen mit einer unveränderten Entwicklung, und 14% der Testteilnehmer befürchten eine Abnahme. Dieses Votum (mit per saldo + 9% gegenüber + 40% im 1. Quartal 2004) lässt nur den Schluss zu, dass sich der Erholungskurs in der Leasingbranche doch eher verlangsamt fortsetzen wird, darauf deuten auch die Ergebnisse des monatlichen Konjunkturtests in der Leasingbranche für Juli hin.²

¹ Die Glättung ersetzt derzeit noch eine Saisonbereinigung, die erst durchgeführt werden kann, wenn die Zeitreihe ausreichend lang ist.

² Vorläufige Ergebnisse aus ifo Konjunkturtest Dienstleistungen vom Juli 2004.

Abb. 1
Mobilien-Leasing: Geschäftsklima stabilisiert sich auf hohem Niveau
 2. Berichtsquartal 2004



* Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.

** Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

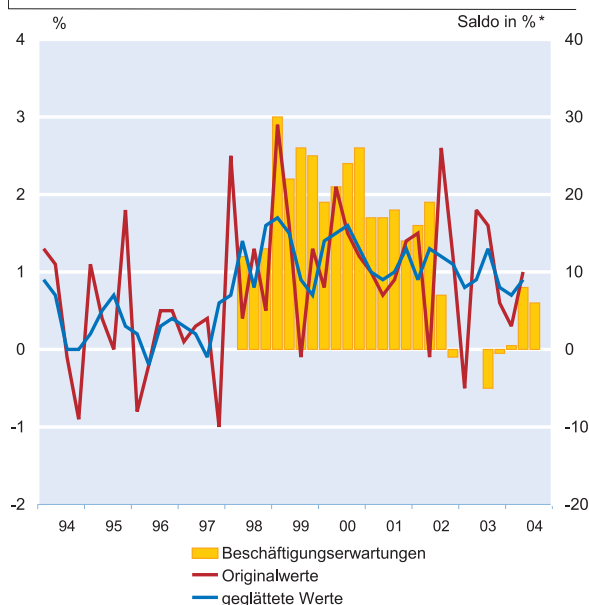
Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

Im Kraftfahrzeug-Leasing hat sich das Geschäftsklima nach dem herben Dämpfer im ersten Quartal nun wieder erholt. Ein Lichtblick sind die günstigeren Urteile zur aktuellen Geschäftslage (mit per saldo + 40% gegenüber + 30% im Vorquartal). Die unverändert kaum noch positiven Geschäftserwartungen (mit per saldo + 4%) für die zweite Jahreshälfte sprechen allerdings nicht gerade für eine nachhaltige konjunkturelle Erholung in dieser Sparte. Das Neugeschäft dürfte zwar im zweiten Berichtsquartal kräftig angezogen haben, und auch die insgesamt tendenzielle Erholung im Kraftfahrzeug-Leasing binnen Jahresfrist ist nicht zu übersehen, der bisherige (vorsichtige) Optimismus bezüglich der kommenden Neugeschäftsentwicklung verwandelte sich aber in Skepsis. Die Mehrheit der Testteilnehmer rechnet mit einer gleichbleibenden Entwicklung (79%), nur noch 6% erwarten ein höheres Neugeschäft, und immerhin 15% der Gesellschaften im Kraftfahrzeug-Leasing ziehen durchaus ein Minus in Betracht.

Drei von fünf Leasingunternehmen – und damit wieder etwas mehr als zuvor – klagten auch im zweiten Vierteljahr 2004 über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Obwohl das Neugeschäft im abgelaufenen Berichtsquartal recht kräftig anzog, haben die Sorgen über schwach gefüllte Auftragsbücher wieder zugenommen. 21% der Testteilnehmer kreuzten bei den Einflussfaktoren zur Behinderung der Geschäftstätigkeit »unzureichende Nachfrage« an, vor Jahresfrist bemängelte dies allerdings noch jeder dritte. An erster Stelle der negativen Einflussfaktoren stehen nach wie vor Hindernisse durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen, geringfügig häufiger als zuvor klagten 37% der Unternehmen darüber. Obwohl die »Leasingsteuer« und andere problematische Steuerprojekte der Bundesregierung erst am 19. Dezember 2003 vom Bundesrat gestoppt wurden, hat dieser Einflussfaktor nicht abgenommen. Offenbar ist das Misstrauen der Befragten hinsichtlich einer verlässlichen Steuerpolitik noch nicht ganz vom Tisch – und das auch wohl zu Recht, denn die Änderung des § 8a Körperschaftsteuergesetz (Fremdfinanzierung) steht noch aus, und die neue Konzeption der Gewerbesteuer wird noch kommen. Das Mobilien-Leasing erzielte in den Monaten November und Dezember 2003 eine kräftige Wachstumsrate. Vermutlich hat das gereicht, um im Jahresdurchschnitt – entgegen den ursprünglichen Erwartungen – doch noch einen leichten Zuwachs verbuchen zu können. Offenbar haben zahlreiche Unternehmen im Hinblick auf die Steuerreform (gültig ab 1. Januar 2004) noch Investitionen, die erst für Anfang 2004 geplant waren, vorgezogen; auch die gewerblichen Zulassungen von Straßenfahrzeugen legten im Dezember deutlich zu. Refinanzierungsprobleme wurden in der aktuellen Umfrage von 5% der Testteilnehmer angegeben, sonstige Einflussgrößen sind mit 2% nach wie vor kaum von Bedeutung. Die konjunkturelle Entwicklung hat zwar den Fachkräftemangel von Leasingexperten nahezu vergessen lassen. Nur noch vereinzelt waren diese Klagen zu hören (6%), auffällig ist, dass sich im Laufe der letzten eineinhalb Jahren die Meldeanteile von Quartal zu Quartal erhöht haben.

Beschäftigungspläne tendieren erneut nach oben

Nach wie vor mager sieht die Arbeitskräftebilanz in der deutschen Leasingbranche aus, die Unternehmen sind weit von den Wachstumsraten der neunziger Jahre entfernt. Bereits

Abb. 2
**Mobilien-Leasing:
Leicht positive Beschäftigungserwartungen
2. Berichtsquartal 2004**


* Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

seit zwei Jahren sind kaum noch nennenswerte Zuwächse zu registrieren. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen ergab sich im Lauf des zweiten Quartals 2004 wenigstens eine leichte Zunahme der Beschäftigung um 1%. Dabei fällt auf, dass lediglich die mittleren Unternehmen von 20 bis 200 Beschäftigten ihr Personal ausweiteten, die kleineren und großen Leasinggesellschaften ihre Belegschaft in etwa hielten. Schon im ersten Quartal wurde die Beschäftigung ausschließlich von den mittleren Unternehmensgrößenklassen geringfügig erhöht. Bei den Erwartungen für die nächsten Monate scheint sich der vorsichtige Optimismus vom Vorquartal zu festigen. Nachdem sechs Quartale in Folge positive und negative Stimmen sich lediglich die Waage hielten, korrigierten die Unternehmen ihre Beschäftigungspläne in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres nach oben. Freilich geht die Mehrheit der Testfirmen (84%) davon aus, dass sich die Zahl der Beschäftigten im Großen und Ganzen kaum verändern wird, per saldo überwogen aber (mit + 6%) die positiven Stimmen. Vor allem die größeren Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten planen, nun die Belegschaft aufzustocken (vgl. Abb. 2).

Nur schwache Wachstumssignale für die gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen

Aus der Leasingbranche kommen derzeit ermutigende Nachrichten: Der Geschäftsklimaindex hat sich auf relativ hohem Niveau gefestigt, die Erwartungen für das zweite Halbjahr

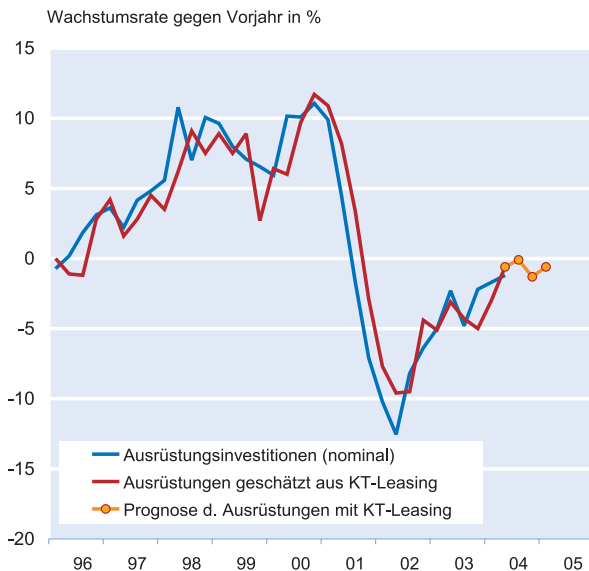
wurden allerdings wieder etwas vorsichtiger gesehen. Sie liegen jedoch noch immer auf einem Niveau, das zu Wachstumshoffnungen für das Leasing im zweiten Halbjahr 2004 berechtigt. Das Leasinggeschäft folgt zwar in der Regel der Richtung, die von den gesamtwirtschaftlichen Investitionen vorgegeben wird, bewegt sich aber dank ständiger Marktanteilsgewinne auf einem höheren Niveau. Auch in der Zeit der rezessiven Investitionsentwicklung von 2001 bis 2003 zeigte das Neugeschäft der Leasinggesellschaften zwar nur eine mäßige Dynamik, die Wachstumsraten wurden aber nicht negativ.

Dämpfend auf die Leasingnachfrage wirkten sich bisher neben der bescheidenen Investitionskonjunktur insbesondere die weiter rückläufigen Neuzulassungen von Straßenfahrzeugen aus. Sie haben immerhin einen Anteil von etwa 50% am gesamten Leasingportfolio. Nachdem die Neuzulassungen im Durchschnitt des ersten Halbjahrs, mit – 1,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, negativ blieben, korrigierten die Autoverbände jüngst ihre Erwartungen für 2004 nach unten. Die Bandbreite der Prognosen reicht von Stagnation bis zu einem leichten Minus. Die Investitionen der Wirtschaft in die für die Leasingbranche wichtigste Gütergruppe, die Straßenfahrzeuge, dürften also erst im Jahr 2005 – nach der langen Schwächeperiode von 2000 bis 2004 – wieder steigen.

Mit der für 2004 erwarteten leichten konjunkturellen Erholung in Deutschland wird auch das Leasing auf Wachstumskurs bleiben. Dies ist aber weniger einer florierenden Investitionsentwicklung zu verdanken, sondern vielmehr der anhaltend vorsichtigen Kreditpolitik der Banken sowie innovativen Finanzierungs- und Dienstleistungskonzepten. Dadurch wird das Leasing erneut deutliche Marktanteils-gewinne realisieren können. Eine moderate Steigerung des Neugeschäfts in 2004 ist wahrscheinlich; die Mobilien-Leasingquote würde in diesem Fall auf über 23% zunehmen. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen nicht so positiv entwickeln werden. Der auf den Zukunftseinschätzungen der Leasinggesellschaften basierende Investitionsindex, der zusammen vom ifo Institut und dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) ermittelt wird, lässt nur auf eine sehr zögerliche Besserung des Investitionsklimas schließen. Offenbar wirken einige Einflüsse noch immer dämpfend auf die Investitionstätigkeit, das sind vor allem: die weiterhin relativ niedrige Kapazitätsauslastung, welche sich auch in der Periode 2004/2005 nur maßvoll erhöhen dürfte, die häufig zu geringe Eigenkapitalquote mittelständischer Betriebe, die die Kreditaufnahme erschwert, und schließlich die anhaltend schwache inländische Nachfrage, der GfK-Konsumklimaindex ist im Juli überraschend stark zurückgegangen (o. V. 2004a). Der Investitionsindikator, der nach den Geschäftserwartungen der Leasinggesellschaften berechnet wird, zeigt jedenfalls auch

Abb. 3
Gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen:
Investitionserholung zwischen Hoffen und Bangen
 - geschätzt aus den Geschäftserwartungen Mobilien-Leasing -

o. V. (2004a), »Konsumschwäche bremst den Aufschwung«, *Süddeutsche Zeitung* vom 29. Juli, 19.
 o. V. (2004b), »Wirtschaftliche Lage in Deutschland«, *Wochenbericht des DIW* (28–29), 404–413.



Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts, 2. Quartal 2004.

für die zweite Jahreshälfte 2004 nur eine geringe Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen an. Die Wachstumsrate dürfte demnach im Jahresdurchschnitt kaum mehr als eine schwarze Null erreichen (vgl. Abb. 3). Die Investitionskonjunktur verharrt also vorerst weiter zwischen Hoffen und Bangen. Unter den derzeit verfügbaren Investitionsprognosen rangiert der Wert des ifo Investitionsindikators am unteren Ende der Skala. Wesentlich zuversichtlicher sind hingegen u.a. die Experten im DIW, die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich der Investitionen in sonstige Anlagen) sollen demnach in diesem Jahr nominal um 2,5% (zweites Halbjahr 2004: 4,4%) und im nächsten Jahr um 7,2% steigen (o. V. 2004b). Als volatilstes Aggregat des Bruttoinlandsprodukts sind die Ausrüstungsinvestitionen allerdings generell sehr schwer zu prognostizieren. Deshalb wurde im Jahr 2000 aus den regelmäßigen Unternehmensbefragungen im Mobilien-Leasing vom ifo Institut zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) ein neuer aussagefähiger Indikator für die Prognose der Ausrüstungsinvestitionen konstruiert, der bisher eine gute Performance nachweisen kann.

Literatur

Flaig, G., W. Nierhaus, O.-E. Kuntze et al. (2004), »ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt«, *ifo Schnelldienst* 57(12), 10–36.
 Gürtler, J. und A. Städtler (2003), »Leasingbranche: Keine eindeutige Tendenz beim Geschäftsklima – der Investitionsmotor stottert noch«, *ifo Schnelldienst* 56(15), 25–27.

Großbritannien: Sanfte Landung nach der Hochkonjunktur?

38

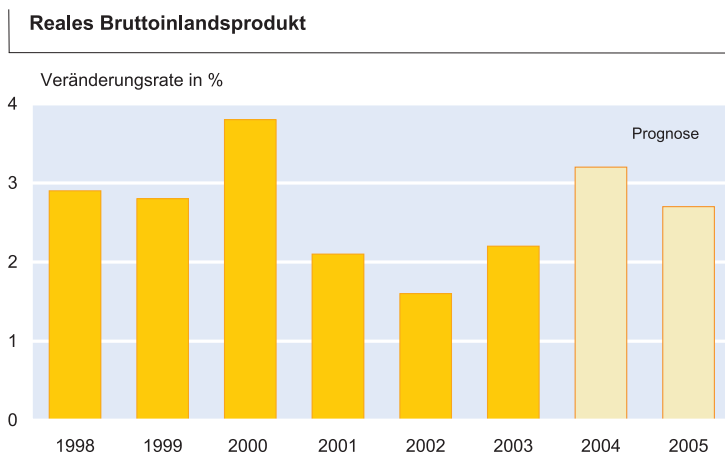
Oscar-Erich Kuntze

Deutliche Erholung des Wirtschaftswachstums 2003. Sehr expansive Finanzpolitik mit weiter steigendem Budgetdefizit. Geldpolitik beginnt die Konjunktur zu bremsen. Starke Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber dem US-Dollar. Nach vorjähriger Abwertung heuer auch Höherbewertung gegenüber dem Euro. Nach wie vor günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Preisanstieg leicht beschleunigt, aber immer noch recht moderat. Erheblicher Fehlbetrag der Leistungsbilanz.

Das politische und soziale Umfeld bleibt geprägt von der abnehmenden Akzeptanz der Regierung Blair im Allgemeinen und des Premierministers im Besonderen sowohl seitens seiner eigenen Labour Party (deren Mitgliederzahl hat sich seit Blairs Regierungsantritt 1997 auf ca. 21 500 halbiert) sowie von Seiten der Gewerkschaften und der Bevölkerung. In den Resultaten der jüngsten Wahlen kommt das deutlich zum Ausdruck. Unter anderem haben die für ungenügend erachteten Fortschritte bei der Verbesserung von Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur, das militärische Engagement im Irak und der Umgang mit Geheimdienstinformationen im Vorfeld dieses Krieges das Ansehen beschädigt. Zudem zeigt die politische Diskussion eine wachsende Zerrissenheit der Meinungen im Lande, wie man sie seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr erlebt hat. Ungünstige Auspizien also im Vorfeld der frühestens Mitte 2005 und spätestens im Frühjahr 2006 fälligen Wahlen zum Unterhaus, zumal bei sich abzeichnender konjunktureller Abkühlung und der überall ausfransenden »neuen Mitte«, Blairs eigentlicher Wählerbasis. Hinzu addieren sich aufkommende Unruhe in der Frak-

tion sowie Streitereien zwischen den Flügeln seiner Partei.

Den wachsenden Unmut – er war bereits bei den englischen und schottischen Regionalwahlen Mitte 2003 manifest geworden – bekam die Labour Party bei den **Europa-Wahlen** vom Juni 2004 zu spüren, wobei auch die im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern der EU-15 gestiegene Wahlbeteiligung in diesem Sinne interpretiert wird. Ihr Stimmenanteil reduzierte sich gegenüber der Wahl von 1999 um 5,4 Prozentpunkte auf 22,6%, womit sie deutlich hinter den Konservativen zurückblieb, die ebenfalls kräftig Stimmen verloren. Nur vor dem Ersten Weltkrieg erreichte sie ähnlich schlechte Resultate. Demgegenüber konnten die europafreundlichen Liberal-Demokraten die Zahl ihrer Mandate leicht erhöhen. Großer Gewinner, mit einem Plus von 9,1 Prozentpunkten auf 16,1%, war jedoch die United Kingdom Independence Party (UKIP). Diese politische Formation, deren einziger Programmpunkt der Austritt Großbritanniens aus der EU ist, wird diesen zwar nicht erreichen und bestenfalls einen Resonanzboden für die Ablehnung der Europäischen Verfassung (sie wird auch von Konservativen, Grünen etc. abgelehnt) und das weitere Hinausschieben des Beitritts zum Euroraum abgeben. Aber sie tut der Konservativen Partei kräftig Abbruch, selbst wenn sich ihr Wahlerfolg bei der kommenden Unterhauswahl nicht wiederholen wird. Gleichzeitig mit den Europa-Wahlen fanden **Kommunalwahlen** statt. Dabei landete Labour abgeschlagen auf dem dritten Platz hinter den Konservativen und den Liberal-Demokraten. Noch nie hat eine regierende Partei so schlecht abgeschnitten. Und bei den letzten beiden Nachwahlen zum Unterhaus musste Labour einen Sitz an die Liberal-Demokraten abgeben, die im Aufwind der Wählergunst zu liegen scheinen.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Schatzkanzler Gordon Brown, der nach wie vor Ambitionen auf das Amt des Ministerpräsidenten hat, überstand den Popularitätsverlust von Blair und Labour weitgehend ungeschoren. Sein finanzpolitischer Kurs bleibt expansiv, und Steuererhöhungen hat er bis zu den Unterhauswahlen ausgeschlossen. Er ist der Finanzminister mit der längsten ununterbrochenen Amtszeit im modernen Großbritannien, während der sein Ansehen und seine Autorität deutlich gewachsen sind. Er verweist gern auf die längste Phase ständigen Wirtschaftswachstums seit rund zwei Jahrhunderten, bei guter Arbeitsmarktlage, geringer Inflation und niedrigen Zinsen. Und ihm gebührt das Verdienst, der Bank of England Ende der neunziger Jahre als einer der letzten Zentralbanken in Westeuropa die Unabhängigkeit gegeben zu haben. Brown hat sich bisher stets loyal gegenüber Blair gezeigt und wartet wohl auf seine Stunde, wenn Fraktion und Partei den Premierminister als ungeeignet betrachten, Labour in die nächsten Unterhauswahlen zu führen.

Die **Konservative Partei** hat sich zwar seit ihrem Machtverlust und der hierauf folgenden langen Konfusion unter ihrem neuen Vorsitzenden Michael Howard, der vorigen Herbst den uncharismatischen Ian Duncan Smith abgelöst hatte, innerlich etwas gefestigt und dabei einigen Abstand vom Thatcherismus gewonnen. Streitpunkt bleibt die Einstellung gegenüber der europäischen Integration. Ein Flügel fordert als Antwort auf die UKIP eine schärfere anti-europäische Gangart, während ein anderer einen Mittelweg zwischen deren Radikalismus und den Integrationsvorstellungen von Labour und Liberal-Demokraten postuliert. Ob die Partei in ihrer derzeitigen Verfassung eine reelle Chance zur Rückgewinnung der Macht hat, erscheint zweifelhaft. Bei zwei jüngst durchgeführten Nachwahlen zum Unterhaus fiel sie jeweils auf den dritten Platz zurück.

Das Klima zwischen Premierminister Blair und den **Gewerkschaften**, das seit zwei Jahren von zunehmenden Spannungen geprägt ist, gilt mittlerweile als so schlecht wie zuletzt in den achtziger Jahren. Dies als Folge einer wachsenden programmatischen Entfremdung sowie des weitgehend verlorenen Kontakts zur Basis von Labour. Die großen Gewerkschaften, wie z.B. die 1,3 Mill. Mitglieder starke Dienstleistungsgewerkschaft Unison, fordern nicht weniger als eine Änderung der bisherigen Regierungspolitik sowie beträchtlichen Einfluss auf das am Labour-Parteitag im kommenden September zu beschließende Wahlprogramm. Während die Regierung mit ihrer Modernisierung des Landes fortfahren will und u.a. eine Öffnung von Gesundheits- und Bildungssystem anstrebt, fordern die Gewerkschaften das Ende der Privatisierungen, mehr Subventionen für den schrumpfenden Industriesektor und die Beendigung des Zweiklassensystems im öffentlichen Dienst – Postulate, die sich auch die gewerkschaftliche Dachorganisation Trades Union Congress (TUC) weitgehend zu eigen gemacht hat. Das ist insofern brisant, als der TUC zuvor lange auf kons-

truktive Zusammenarbeit mit Regierung und Unternehmen gesetzt und sich nur einige Einzelgewerkschaften gegen Labour gestellt hatten. Nun drohen die im traditionell proeuropäischen TUC zusammengeschlossenen Gewerkschaften sogar, Blair in der kommenden Volksabstimmung über die Europäische Verfassung die Unterstützung zu entziehen. Die Gewerkschaftsbewegung hat seit dem Beginn der Ära Thatcher Ende der siebziger Jahre etwa zwei Fünftel der Mitglieder verloren. Im Unterschied zu vielen anderen westeuropäischen Ländern nimmt ihre Zahl seit einiger Zeit langsam wieder zu. Für 2002 wird ein bei 29% liegender Organisationsgrad der Arbeitnehmer angegeben. Ursachen des Niedergangs sind die antigewerkschaftliche Politik von Premierministerin Thatcher und das starke Wachstum des Dienstleistungssektors bei gleichzeitiger Stagnation der traditionell hoch organisierten verarbeitenden Industrie.

Unter diesen Bedingungen dürfte die **Wirtschaftspolitik** bis zu den Unterhauswahlen insgesamt, wenn auch mit abnehmender Intensität, expansiv bleiben und das Wirtschaftswachstum sowie den hohen Beschäftigungsstand stützen. Das gilt in erster Linie für die Finanzpolitik. Angesichts der vielfältigen Bedrängnis, in der die Regierung sich befindet, der wieder aufflammenden politischen Zerrissenheit im Lande und der wachsenden Distanz zwischen Regierung und Gewerkschaften dürfte die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik ebenso abnehmen wie ihre konjunkturstützende Wirkung.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2,7%. In **Mitteuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3/4% zu, im Euroraum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 etwa unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 17%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahr 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welt Handels** expandierte gegenüber 2002 um rund 4%.

Nach wie vor kräftig stimuliert von der Finanz- und Geldpolitik und der hieraus resultierenden stark zunehmenden Verschuldung der privaten Haushalte, hat sich die **britische Wirtschaft** wiederum spürbar besser entwickelt als der westeuropäische Durchschnitt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt**

nahm um 2,2% zu. Basierend auf den ersten Angaben über die BIP-Entwicklung hatte man zunächst ein weniger günstiges Resultat erwartet. Doch sind diese später deutlich nach oben revidiert worden (so etwa die Veränderungsrate für das zweite Quartal gegenüber dem ersten von 0,3 auf 0,6%), was einmal mehr die mangelnde Verlässlichkeit statistischer Daten am aktuellen Rand unterstreicht. Trotz der in den ersten Monaten auch hier retardierenden Faktoren, wie der Irak-Konflikt, die in Asien ausgebrochene, hochinfektiöse Lungenkrankheit SARS, der Preisschub an den Rohölmärkten sowie die verhaltene weltwirtschaftliche Entwicklung, kam es bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion weder zu Rückschlägen noch zu Stagnationsphasen, wie sie in zahlreichen anderen westeuropäischen Ländern zu verzeichnen waren. Ausschlaggebend war die sehr lebhaftere Zunahme der Inlandsnachfrage (+ 2,5% gegenüber 2002), insbesondere der Bruttoanlageinvestitionen, die nach anfänglichem Rückgang beschleunigt ausgeweitet wurden, vor allem infolge des boomenden Wohnungsneubaus. Demgegenüber überwand die Ausrüstungsinvestitionen die tiefe Rezession nur zögerlich; gegenüber dem Vorjahr errechnet sich mit 7,6% erneut ein beträchtliches Minus. Der private Konsum hatte nach der Jahreswende stagniert, sich dann aber rasch erholt. Hierzu trug die anhaltend günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt bei (Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt: 5%). Schwächer expandierte der Staatsverbrauch. Die Ausfuhr ist unter Schwankungen gegenüber 2002 annähernd unverändert geblieben, obwohl die Weltwirtschaft ab der Jahresmitte kräftig in Schwung kam und die Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber den Währungen des Dollarraums im Vergleich zu Euro, Yen und Schweizer Franken schwach ausfiel; gegenüber dem Euro hat die britische Valuta hingegen kräftig abgewertet. Die Einfuhr nahm schwach zu. Diese Verschlechterung des Außenbeitrags wurde annähernd kompensiert durch verbesserte Terms of Trade, so dass die Leistungsbilanz mit 1,7% des BIP ein gegenüber 2002 unverändertes Defizit aufwies. Der Preisauftrieb blieb verhalten. Die Konsumentenpreise (HVPI) lagen um 1,4% über dem Niveau von 2002.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandierten mit 2,9% am stärksten von allen großen Aggregaten der Nachfrage. Nachdem im ersten Quartal ein klarer Rückgang zu verzeichnen war, nahmen sie deutlich beschleunigt zu. Das gilt in erster Linie für die Bauinvestitionen, die überraschenderweise noch lebhafter anstiegen als 2002. Der Wohnungsneubau wurde um ca. 12% ausgeweitet – nach einem Plus von 5,4% im Jahr 2002 –, stimuliert von den bei weiterer monetärer Lockerung günstigen Finanzierungsbedingungen, den anhaltend rasant steigenden Preisen für Wohnimmobilien, bei ungebrochen kräftiger Nachfrage und unzureichendem Angebot besonders in der Region London/South East. Die Zuwachsrate bei Renovierung, Um- und Ausbau lag mit reichlich 6% fast doppelt so hoch wie im Jahr zuvor. Der übrige Hochbau gewann ebenfalls an Dynamik, da die öffentliche

Hand verstärkt investierte. Demgegenüber hielt die Flaute beim industriell-gewerblichen Bau an. Die Ausrüstungsinvestitionen fielen zwar im Vorjahresvergleich nochmals kräftig zurück, nahmen jedoch im Verlauf des Jahres wieder zu, obwohl in der verarbeitenden Industrie die Auslastung der Kapazitäten weiter sank und deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt lag. Aber – und das zeigen die Indikatoren für das Wirtschaftsklima – die Absatz- und Ertragserwartungen haben sich stetig verbessert, die lang- und kurzfristigen Zinsen sind neuerlich gesunken, und der Export zog zuletzt kräftig an.

Der **private Konsum** expandierte um 2,5%. Zunächst kam es jedoch zu einer Stagnation, welche durch eine erhebliche Verschlechterung des Konsumklimas vor allem aufgrund der Ereignisse im Irak und des Ölpreisschubs ausgelöst wurde. Anschließend war eine Normalisierung in Form ziemlich stetigen und kräftigen Wachstums zu beobachten, begleitet von einer laufenden Besserung des Konsumklimas. Stützend wirkten die wiederum deutlich gestiegenen Reallöhne (+ 2,8% nach 2,2% im Jahre 2002), weiter steigende Beschäftigung, niedrige Arbeitslosenquote, gesunkene lang- und kurzfristige Zinsen, die Erholung der Aktienkurse sowie die weiter durchschnittlich in einer Größenordnung von 20% gestiegenen Preise für Wohnimmobilien und der damit verbundene positive Vermögenseffekt. Dies erlaubte den privaten Haushalten die zügige Aufnahme weiterer Hypotheken zu Konsumzwecken. Die Sparquote hielt sich mit 5,7% etwa auf dem im westeuropäischen Vergleich sehr niedrigen Stand von 2002. Weit überdurchschnittlich wurden wieder dauerhafte Güter (Einrichtungsgegenstände, IT-Produkte etc.) gekauft, obwohl der Absatz neuer Pkw gegenüber 2002 zurückfiel. Der **öffentliche Verbrauch** wurde um 1,8% ausgeweitet, bei annähernder Stagnation während des Sommerhalbjahrs und starkem Anstieg im vierten Quartal.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen verharrte auf dem Niveau von 2002. Im Verlauf zeigten sich hingegen erhebliche Schwankungen. So folgte einem starken Anstieg im ersten Quartal ein sehr schwaches Sommersemester und erst am Jahresende wieder eine Zunahme. Die sich aus der Abwertung des Pfund Sterling gegenüber dem Euro (10% gegenüber 2002) – der Euroraum ist der wichtigste Absatzmarkt – ergebenden preislichen Wettbewerbsvorteile haben zunächst nicht nennenswert stimulierend gewirkt, vor allem weil die Konjunktur im Euroraum flau war. Zudem sind die britischen Lohnstückkosten weiter stärker stiegen als im übrigen Westeuropa. Andererseits bremste die Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber den Währungen des Dollarraums den Absatz in dieser Region. Die **Einfuhr** nahm um 0,9% zu, so dass sich der Außenbeitrag verschlechterte. Da sich die Terms of Trade jedoch um 2% verbesserten, blieb das Passivum der **Leistungsbilanz** in Relation zum BIP gegenüber 2002 mit 1,7% unverändert. Dabei hatte allein der Finanzdienstleistungssektor – der weltweit bedeutend-

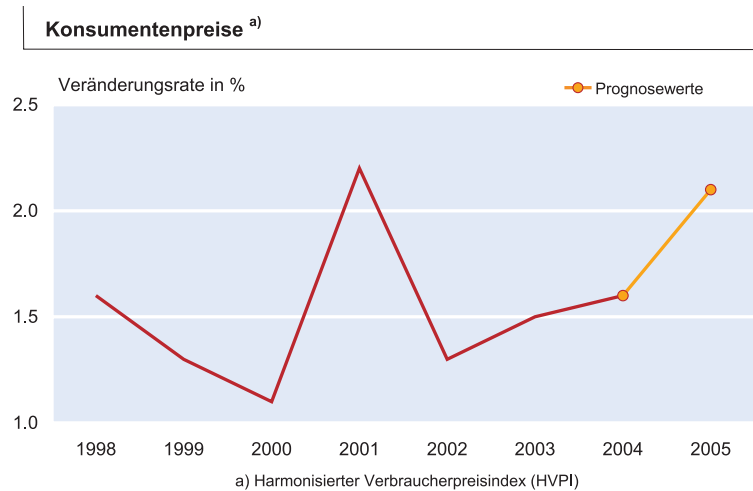
ste Netto-Exporteur auf diesem Gebiet – einen rekordhohen Netto-Überschuss erzielt, der 1,6% des BIP entspricht; die höchsten Beiträge hierzu leisteten die Versicherungswirtschaft, gefolgt vom Wertpapierhandel und den Banken.

Auf dem **Arbeitsmarkt** blieb die Lage günstig. Die Beschäftigung expandierte um fast 1%, und die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresdurchschnitt geringfügig auf 5%. Die weiter sinkende Beschäftigung in Industrie und Landwirtschaft wurde durch den Zuwachs an Stellen im Dienstleistungssektor überkompensiert. Besonders kräftig hat der öffentliche Dienst seine Belegschaft aufgestockt in dem Bemühen, die vielfach unzulänglichen öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern. Häufig war es schwierig, Stellen zu besetzen. Und es herrschte verschiedentlich Mangel an Fachkräften, obwohl die staatlichen Programme zur Qualifizierung und Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsprozess fortgeführt wurden.

Der während der ersten Monate infolge des Ölpreisschubs spürbare Anstieg der **Konsumentenpreise** beruhigte sich anschließend völlig. Im Herbst kam er indes wieder in Gang, da sich die Rohölpreise sowie der Aufwand für das Wohnen kräftig erhöhten und die seit Herbst 2002 nach langer tendenzieller Stagnation steigenden Produzentenpreise zunehmend auf den Lebenshaltungskostenindex durchwirkten. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Verbraucherpreise um 1,4%, also deutlich schwächer als im westeuropäischen Durchschnitt.

Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik wird die Konjunktur auch in den Jahren 2004 und 2005 stimuliert, wenn auch bei abnehmender Intensität. Mit Blick auf die spätestens im Mai 2006 fälligen Wahlen zum Unterhaus gilt es, weiteres Wirtschaftswachstum und hohen Beschäftigungsstand bei moderatem Preisanstieg zu sichern. Die Finanz- und Geldpolitik, die das gleiche Ziel verfolgen, steuern dabei unterschiedliche Kurse. So bleibt die Finanzpolitik nach wie vor expansiv. Besonders die Ausgaben für den in weiten Teilen ungenügenden öffentlichen Dienstleistungsbereich werden weiter spürbar erhöht. Denn es herrscht allgemein die Ansicht, dass Verbesserungen vor allem im Bildungswesen und in der Gesundheitsfürsorge, aber auch bezüglich der Verkehrsinfrastruktur über den Wahlausgang entscheiden werden. Demgegenüber strafft die Bank of England seit vorigem Herbst die monetären Zügel, zuletzt sogar beschleunigt; um 1 1/4%-Punkt, auf 4,75%, ist der Leitzins bisher an-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gehoben worden. Dabei unternimmt sie eine Gratwanderung. Einerseits geht es darum, vorsichtig dosiert Luft aus der prallen Preisblase auf den Immobilienmärkten zu lassen, um die Gefahr eines Kollapses und damit der wirtschaftlichen Stabilität zu bannen. Zudem soll dem mit der guten Konjunktur und ausgeschöpftem Arbeitsmarkt einhergehenden Inflationsdruck entgegengewirkt werden. Auch scheint den Währungshütern ein Gegengewicht gegenüber der expansiven Finanzpolitik am Platze. Andererseits will man die wirtschaftliche Expansion aber nicht durch zu hohe Zinsen abwürgen. Liquidität zur weiteren Finanzierung des Aufschwungs ist jedoch bis ins nächste Jahr hinein reichlich vorhanden, selbst wenn die Zinsen weiter angehoben werden. Hierdurch ausgelöste Kapitalzuflüsse dürften eine allmähliche weitere Aufwertung des Pfund Sterling bewirken, die das Exportwachstum allerdings noch nicht nennenswert bremst. Bei der Lohnpolitik ist bis in das nächste Jahr hinein angesichts der günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt keine Mäßigung absehbar; zuletzt sind die Löhne sogar wieder rascher gestiegen. Die Integrationspolitik steht unter keinem guten Stern, denn das noch vor Ende 2006 geplante Referendum über die EU-Verfassung wird vermutlich unter dem Popularitätstief der Regierung leiden. Ein Beitritt zum Euroraum wird derzeit nicht einmal mehr diskutiert.

Die **Bank of England** hatte ihren Schlüsselzins von Anfang 2001 (6%) bis Mitte 2003 auf 3,5% und damit den tiefsten Stand seit 1955 zurückgenommen, um – zusammen mit der Finanzpolitik – die wirtschaftliche Expansion zu sichern. Als sich diese gefestigt hatte, begann sie den Leitzins wieder anzuheben; nach fünf Schritten (der letzte Anfang August 2004) beträgt dieser jetzt 4,75% – die Europäische Zentralbank belässt ihren Schlüsselzins zunächst bei 2%, und in den USA wurde der Leitzins kürzlich auf 1,5% angehoben. Dies nicht nur als Reaktion auf die vielfältigen Knappheitserscheinungen am Arbeitsmarkt und auf zunehmende Inflationserwartungen als Folge des derzeit nicht mehr in-

flationsneutralen Wirtschaftswachstums, wie die Terminzinsen und die Renditedifferenzen zwischen normalen und inflationsindexierten Staatsanleihen zeigen. Vor allem aber gilt es, allmählich die Luft aus der Preisblase – Folge mangelnden Angebots und niedriger Zinsen – auf den Märkten für Wohnimmobilien zu lassen. Während der letzten Jahre sind diese im Großraum London und im prosperierenden Südosten des Landes jährlich in einer Größenordnung von 20% gestiegen, und diese Inflation ergriff zunehmend auch die anderen Regionen. Dies gab der Hypothekenverschuldung starken Auftrieb, die vielfach konsumtiven Zwecken diente, und damit die Konjunktur wesentlich stützte. Der geldpolitische Balanceakt besteht nun darin, den Anstieg der Hypothekenpreise und die Verschuldungsneigung durch höhere Zinsen so zu verlangsamen, dass der private Verbrauch nicht wesentlich an Schwung verliert, die Wohnungsbauinvestitionen nicht einbrechen und die jüngst begonnene Erholung der seit einem Jahrzehnt stagnierenden Industrieproduktion nicht gestört wird. Zuletzt sind die Immobilienpreise deutlich langsamer gestiegen, was auf einen Erfolg der restriktiven Geldpolitik hindeuten könnte. Aber Phasen derartiger Inflationsberuhigung hatte es 2003 auch schon gegeben, ohne dass der Trend gebrochen werden konnte. Doch diesmal weisen die Indizien stärker auf eine Abkühlung hin. Um letzteres nachhaltig zu erreichen, dürfte der Schlüsselzins heuer vermutlich noch um mindestens einen Viertel Prozentpunkt angehoben werden. Heikel sind weitere Zinsschritte, denn über die dämpfenden Wirkungen der vorangegangenen Zinssenkungen ist noch kein Urteil möglich, da diese erst mit einer beträchtlichen zeitlichen Verzögerung eintreten. Steigende Zinsen dürften die weitere Aufwertung des Pfund Sterling begünstigen, was den Preisaufrtrieb dämpfen und der Zentralbank die Einhaltung ihres Inflationsziels (Anstieg der unter Ausklammerung von Hypothekenzinsen errechneten Kerninflation innerhalb einer Bandbreite von 2,5% +/- 1 Prozentpunkt) erleichtern würde. Im Juni lag der entsprechende Index (RPIX) um 2,3% höher als ein Jahr zuvor. Die Zunahme hat sich allerdings überwiegend seit der Jahreswende 2003/2004 vollzogen. Eine ähnliche Entwicklung war bei den Verbraucherpreisen (HVPI) zu beobachten. Diese stiegen im Mai 2004 gegenüber Mai 2003 um 1,6%. Die konjunkturelle Entwicklung, aber auch die Zunahme der Geldmenge (+7,6% im ersten Quartal 2004 gegenüber Vorjahr) begünstigen eine weitere Beschleunigung der Teuerung.

Die **Finanzpolitik** stützt den konjunkturellen Aufschwung weiterhin, wenn auch mit etwas abnehmender Intensität. Nach Jahren der Budgetkonsolidierung schwenkte sie 2002 auf einen deutlich expansiven Kurs ein mit der Folge rasch steigender Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand in Relation zum BIP (2002:1,6%; 2003: 3,2%), nachdem in den vier vorangegangenen Jahren Überschüsse erwirtschaftet worden waren. In seiner Vorschau auf die nächsten drei Haushaltsjahre hat der Schatzkanzler unlängst eine Verrin-

gerung des preisbereinigten Wachstums der Ausgaben angekündigt. In den drei Haushaltsjahren sind mit real durchschnittlich 3,1% wesentlich geringere Erhöhungen vorgesehen als den 6,6% im laufenden Staatshaushalt. Deutlich überdurchschnittlich wird allerdings der Haushalt 2005/2006, also das Wahlbudget, dotiert, bei gleichzeitiger Versicherung, dass es vor den Wahlen keine Steuererhöhungen geben werde. Diesen Plänen gegenüber ist jedoch in zweierlei Hinsicht Skepsis angebracht. Erstens sind die durch markant erhöhte staatliche Aufwendungen in den als ungenügend ausgebaut empfundenen Bereichen Bildungswesen, Gesundheitsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur erzielten Verbesserungen noch längst nicht so weit gediehen, dass ein Wahlerfolg von Labour gesichert wäre. Es dürfte also zum Überschreiten der Ausgabenansätze für diese Sektoren kommen, zusätzlich zu den stark erhöhten Ausgaben für die nationale Sicherheit. Demgegenüber nimmt sich die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus von derzeit etwa 20 000 Einheiten auf 30 000 in drei Jahren eher bescheiden aus. Zweitens erscheint die Finanzierung nicht verlässlich. So sollen beträchtliche Summen durch nicht spezifizierte Effizienzsteigerungen im öffentlichen Dienst eingespart werden. Ferner ist die Streichung von rund 64 000 Stellen im öffentlichen Dienst (zusätzlich zu den 40 000 bereits im laufenden Haushalt angekündigten) und der Verlagerung von 20 000 öffentlichen Arbeitsplätzen aus London – was bereits zu harschen Reaktionen der sich betroffenen Fühlenden geführt hat – vorgesehen, wobei die Streichungen durch Mehreinstellungen im Bildungs- und Gesundheitswesen weitgehend kompensiert werden dürften. Schließlich will man staatliches Eigentum (zumeist Immobilien) im Umfang von rund 30 Mrd. Pfund Sterling veräußern. Es ist zweifelhaft, ob sich diese Ansätze voll realisieren lassen. Zwar fließen mit der guten Konjunktur auch die Steuereinnahmen reichlicher als bisher. Aber die Bedienung der Staatsschuld erfordert höhere Mittel. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand im Verhältnis zum BIP dürfte 2004 und 2005 wieder 3¹/₄% betragen.

Die **Lohnpolitik** sieht angesichts gut laufender Konjunktur, zunehmenden Knappheitserscheinungen (vor allem bei Fachkräften) auf dem Arbeitsmarkt und allmählich rascher steigenden Preisen keinen Anlass zur Mäßigung. Vielmehr sind die Löhne während der letzten Monate im Vorjahresvergleich – zuletzt leicht beschleunigt – um 4¹/₄% gestiegen. Gestützt wird der kräftige Lohnanstieg auch durch die öffentliche Hand. Denn die angestrebten Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen erfordern laufend zusätzliches und gut qualifiziertes Personal, was gute Bezahlung impliziert und damit das Lohnniveau im öffentlichen Dienst insgesamt hochzieht. Damit hat die Privatwirtschaft zu konkurrieren und muss ebenfalls bessere Entlohnung bieten, ganz abgesehen davon, dass der wichtige Finanzsektor – er entspricht in weiterer Abgrenzung 9¹/₂% des BIP –

seit einiger Zeit wieder deutlich personell aufgestockt wird bei spürbar steigenden Gehältern.

Ordnungspolitisch fallen die Bestrebungen zur weitgehenden Renationalisierung des in jeder Hinsicht unglücklich strukturierten Eisenbahnwesens auf. Während die Privatisierung staatlich beherrschter Unternehmen, wie British Petrol, British Airways und British Telekom, erfolgreich und jene der Wasserwirtschaft mit durchwachsenem Resultat durchgeführt worden war, wurde die Entstaatlichung von British Railways zu einem Desaster. Als Reaktion hierauf ist der staatliche Einfluss in mehreren Schritten wieder verstärkt worden, und ein kürzlich vorgelegtes Strategiepapier des Verkehrsministeriums lässt eine Fortsetzung dieser Linie erwarten.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4 1/2%. Auch in **Japan** nehmen Nachfrage und Produktion um 4 1/2% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4 1/4%. In **Westeuropa** und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2%; in Deutschland sowie im Euroraum expandiert es um annähernd 2%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 36 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9 3/4% ausgeweitet werden.

Großbritannien sieht sich in seiner im Vergleich zum Euroraum komfortablen wirtschaftlichen Position durch die seit nunmehr 48 Quartalen ununterbrochene konjunkturelle Ent-

wicklung einmal mehr bestätigt – worauf auch der Schatzkanzler unlängst bei der Vorstellung seiner mittelfristigen Haushaltsplanung nicht versäumte hinzuweisen: Das Wirtschaftswachstum ist stark, und die Produktionslücke ist geschlossen. Die Arbeitslosenquote bleibt niedrig mit fallender Tendenz bei günstiger Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Der Preisanstieg wird wieder moderat sein. Die Anziehungskraft auf ausländische Direktinvestitionen (2002 gingen fast 23% aller in Westeuropa getätigten Direktinvestitionen nach Großbritannien, angeführt von US-Investoren, für die Großbritannien das wichtigste Standbein in Westeuropa ist) nach wie vor beträchtlich. Die europäische Vorrangstellung des Finanzplatzes London ist unangefochten. Die Volkswirtschaft ist deutlich stärker liberalisiert, privatisiert und flexibilisiert als auf dem Kontinent, wo auch die Steuer- und Abgabenlast im Schnitt erheblich höher ist. Die Staatsverschuldung wurde im Verhältnis zum BIP während der letzten zweieinhalb Jahrzehnte spürbar zurückgeführt, während sie im Euroraum bis Ende der neunziger Jahre gestiegen ist. Von der zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den späten siebziger Jahren viel beredeten »British disease« spricht niemand mehr. Doch ist das Bild bei genauerem Hinsehen durchaus nicht so eindeutig, selbst wenn man von der Gefahr eines konjunkturellen Kollapses durch ein Platzen der Blase bei den Häuserpreisen absieht. So besteht das strukturelle Defizit der Leistungsbilanz, jahrzehntelang eine Achillesferse der britischen Wirtschaft, fort. Die Industrieproduktion verlor gegenüber dem Dienstleistungssektor kontinuierlich und deutlich an Gewicht. Sie stagniert seit Mitte der neunziger Jahre und liegt derzeit nur um etwa 9% über dem Niveau von 1990. Schon mehren sich die Stimmen, die ein weiteres Schwinden industrienaheer Dienstleistungen sowie auf längere Sicht den Verlust der kritischen Masse des Industriesektors befürchten. Die ausgeprägten regionalen Ungleichgewichte sind ebenso wie die großen Diskrepanzen in der Einkommensverteilung zumindest nicht

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002	2003 ^{a)}	2004 ^{a)}			2005 ^{a)}		
			NIESR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	NIESR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,2	3,3	3,0	3,1	2,7	2,8	2,7
Inlandsnachfrage	2,8	2,5	3,8	3,3	4,1	2,7	2,7	3,1
Privater Verbrauch	3,4	2,5	2,8	2,9	3,8	2,0	2,1	2,5
Staatsverbrauch	2,5	1,8	4,1	2,1	2,0	3,0	2,6	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	2,9	6,8	6,4	6,4	5,1	5,6	6,0
Exporte ^{e)}	- 0,4	- 0,1	1,4	5,1	4,2	6,6	6,7	8,7
Importe ^{e)}	4,0	0,9	3,2	5,9	7,5	6,3	5,8	9,3
Industrieproduktion (ohne Bau)	- 2,8	- 0,5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPi)	1,3	1,4	1,5	1,6	1,4	2,1	1,9	1,9
Arbeitslosenquote	5,1	5,0	4,7	5,0	4,8	4,8	5,0	4,8
Leistungsbilanz ^{f)}	- 1,7	- 1,7	- 2,0	- 2,1	- 2,3	- 2,4	- 1,8	- 2,7
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	- 1,6	- 3,2	- 3,0	- 2,8	- 2,9	- 3,1	- 2,6	- 2,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} National Institute of Economic and Social Research, London, vom Juli 2004. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2004. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2004. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} Verarbeitende Industrie. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

geringer geworden. Gleiches gilt teilweise für den Arbeitsmarkt, wie das Beispiel enger Märkte im Süden bei sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit in nordenglischen Städten zeigt. Die Abhängigkeit von Nettokapitalzuflüssen aus dem Ausland ist nach wie vor beträchtlich. Das hängt auch mit der im westeuropäischen Vergleich sehr niedrigen Sparquote der privaten Haushalte zusammen, welche eine Folge der langfristig brisanten unzureichenden Altersvorsorge bei gleichzeitig kräftigem, teilweise kreditfinanziertem Konsumzuwachs ist. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unzureichend, liegt mit ungefähr 16% des BIP um etwa ein Viertel niedriger als im Euroraum – auf lange Sicht zu wenig, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Trotz stark gestiegener staatlicher Aufwendungen zur Verbesserung von Gesundheits-, Erziehungs- und Verkehrssektor befinden sich diese Bereiche trotz punktueller Fortschritte in einem unzulänglichen Zustand. Die durchaus auch keynesianisch gemeinte finanzpolitische Linie ließ das öffentliche Finanzierungsdefizit – nach Überschüssen während der Jahre 1998/2001 – rasch auf 3,2% (2003) steigen. Ob die Pläne zu dessen Rückführung realistisch sind, muss sich weisen. Das gilt auch für die Frage, ob Großbritannien seinen in vieler Hinsicht bestehenden Vorsprung gegenüber dem Euroraum halten kann, nun da auf dem Kontinent die Bestrebungen zur Flexibilisierung und Deregulierung stärker werden. Zudem geht die Förderung von Erdöl und Erdgas seit dem Jahr 2000 spürbar zurück.

Die **britische Konjunktur** ist gut in das laufende Jahr gestartet. Der Aufschwung setzte sich im zweiten Quartal beschleunigt fort, gestützt von Inlandsnachfrage und Ausfuhr, wobei nun auch die Industrieproduktion kräftig mitzog. Da die Wirtschaftspolitik nicht mehr so stark stimuliert wie zuvor, dürfte er jedoch im weiteren Verlauf des Jahres etwas schwächer werden. Hierauf lassen auch die auf Unternehmer- und Verbraucherumfragen basierenden Klimaindikatoren schließen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um 3¹/₄% erhöhen, obwohl der Export weiter lahm, trotz einer dynamischen Entwicklung der Weltwirtschaft im Allgemeinen und die besser als im schwachen Vorjahr laufende Konjunktur in den anderen westeuropäischen Ländern. Da der Import mindestens so rasch steigt wie der Export und sich die Terms of Trade langsamer verbessern als zuvor, dürfte die Leistungsbilanz mit einem Fehlbetrag in der Größenordnung von 2¹/₂% des BIP abschließen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden ebenfalls dynamisch ausgeweitet. Zwar verringert sich die hohe Dynamik der Bauinvestitionen langsam, aber in Ausrüstungen wird deutlich mehr investiert als im vergangenen Jahr, auch weil sich die Ertragslage in der Industrie verbessert. Etwa im Rhythmus der Gesamtnachfrage expandiert der private Verbrauch, stimuliert durch kräftig steigende reale verfügbare Einkommen und die günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt, aber allmählich gebremst durch die aufwärts tendierenden Zinsen. Der öffentliche Ver-

brauch erhöht sich stärker als im Vorjahr. Auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich die Lage nochmals. Die Beschäftigung nimmt zu, und die Arbeitslosenquote sinkt auf 4³/₄% im Jahresdurchschnitt. Die Verbraucherpreise dürften, etwas beschleunigt steigend, um 1¹/₂% über dem Niveau von 2003 liegen.

Die **Ausfuhr** (Anteil am BIP 2002: 26,2%) von Gütern und Dienstleistungen erhöht sich vermutlich nur um 1³/₄%. Gegenüber 2003 ist das zwar eine spürbar bessere, im Vergleich nicht nur zum Euroraum, sondern auch zu den USA und zu Japan aber eine enttäuschend niedrige Rate. Stimulierend wirkt das dynamische weltwirtschaftliche Wachstum im Allgemeinen und die günstigere konjunkturelle Lage im übrigen Europa, dem wichtigsten Absatzmarkt für britische Waren. Einer stärkeren Expansion stehen jedoch die weiterhin stärker als bei wichtigen Konkurrenten steigenden Lohnstückkosten, die Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber den Währungen des Dollarraumes und dem Euro sowie die relative Schwäche der verarbeitenden Industrie gegenüber – z.B. in Belgien, Deutschland und Schweden ist es hingegen gerade dieser Sektor, der für ein starkes Ausfuhrwachstum sorgt. Zudem sinkt der Auslandsabsatz von Erdöl und Erdgas bei weiter rückläufiger Förderung und steigendem Inlandsbedarf weiter deutlich. Die **Einfuhr** – sie entsprach 2002 29,2% des BIP – dürfte ungefähr doppelt so stark wie die Ausfuhr zunehmen als Folge der lebhaften Inlandsnachfrage. Die **Leistungsbilanz** weist vermutlich bei im Vergleich zum Vorjahr weniger verbesserten Terms of Trade einen Fehlbetrag in der Größenordnung von 2¹/₂% des BIP aus.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am BIP 2002: 16,3%, der weitaus niedrigste Prozentsatz aller westeuropäischen Länder) gewinnen zunächst weiter an Schwung und dürften um 6¹/₂% zunehmen. Zwar verläuft die Entwicklung bei den Bauinvestitionen vermutlich etwas weniger günstig als in den beiden Vorjahren, was teilweise mit dem Mangel an Bauarbeitern zusammenhängt. Aber die Ausrüstungsinvestitionen (Anteil am BIP 2002: nur 6,8%) ziehen kräftig an. So zeichnet sich zwar eine nochmalige Zunahme des Wohnungsbaus ab, aber die Steigerungsraten werden sowohl beim Neubau als auch bei Renovierung, Aus- und Umbau geringer ausfallen als 2003. Das hängt mit den die Finanzierung verteuern den anziehenden Zinsen und den kräftig weiter steigenden Baukosten zusammen sowie mit der zögerlichen Ausweisung von neuem Bauland durch die Gemeinden in Gegenden mit besonders starker Nachfrage. Auch können sich junge Familien Wohneigentum immer weniger leisten. Beim öffentlichen Wohnungsbau geht der Boom indes weiter, wurde doch erst kürzlich bei Sozialwohnungen mittelfristig das Ziel von 20 000 auf 30 000 pro Jahr erhöht, und die öffentliche Hand ist bestrebt, den Standard aller Sozialwohnungen bis 2010 auf ein zeitgemäßes Niveau zu bringen. Gleichzeitig investiert der Staat weiter sehr lebhaft in

Bauten (Umbau, Renovierung und Neubau) des Bildungs- und Gesundheitswesens. In die öffentliche Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur wird etwas mehr als im Vorjahr investiert, hauptsächlich getragen vom Bau des Terminals 5 auf dem Flughafen Heathrow, dem Investitionsprogramm der Londoner U-Bahn, Investitionen im Eisenbahnsektor sowie erhöhtem Mitteleinsatz in der öffentlichen Wasserwirtschaft. Demgegenüber hält die Schwäche bei Geschäftsbauten vor allem im Großraum London/ South East an, bedingt durch Leerstände und, allerdings verlangsamt, sinkende Mieten. Lediglich die zunehmende Nachfrage des Einzelhandels wirkt stützend. Demgegenüber zeigt sich beim Industriebau noch kein Reflex der verbesserten Lage im industriellen Bereich. Die Ausrüstungsinvestitionen befinden sich hingegen im Aufwind. Allgemein verbesserte Ertragslage, immer noch günstige Finanzierungsmöglichkeiten bei optimistischeren Absatz- und Ertragsersparungen bilden eine gute Basis. Vermehrt wird in IT-Ausrüstungen investiert, teils um Nachholbedarf zu decken, teils um dem technischen Fortschritt zu folgen. In der verarbeitenden Industrie erlauben verbesserte Ertragslage und steigende Kapazitätsauslastung höhere Investitionen, die auch nötig sind, um angesichts deutlich steigender Löhne und knapper Fachkräfte vor allem Rationalisierung und den Ersatz veralteter Anlagen (was immer auch eine gewisse Kapazitätsausweitung impliziert) zu verstärken.

Der **private Konsum** (hierauf entfielen 2002 66,3% des BIP) expandiert zunächst noch sehr lebhaft. Die gute Arbeitsmarktlage, kräftige Reallohnsteigerungen, immer noch niedrige Zinsen und die allgemein für günstig erachtete Situation der Gesamtwirtschaft stimulieren. Auch leisten offensichtlich die immer noch mit zweistelliger Rate steigenden Preise für Wohnimmobilien einer weiteren verbreiteten Aufnahme von Hypotheken zu konsumtiven Zwecken Vorschub. Nach Berechnungen der Bank of England ist die private Verschuldung per Jahresmitte 2004 auf 1 004 Mrd. Pfund Sterling (1 518 Mrd. €) gestiegen, was annähernd dem nominalen BIP des Jahres 2003, reichlich 130% des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und dem Doppelten des Standes vor sieben Jahren entspricht; hiervon entfielen 84% auf Immobilienkredite und der Rest auf Kreditkartenschulden und Verbraucherkredite. Die hieraus resultierenden Belastungen stellen bei steigenden Zinsen ein hohes Risiko für die Entwicklung des privaten Konsums und damit für die Konjunktur dar. Der private Verbrauch dürfte um fast 3% ausgeweitet werden. Der Schwung lässt vermutlich infolge weiterer Zinserhöhungen durch die Zentralbank im späteren Verlauf des Jahres nach. Zuletzt hat sich das auf Verbraucherumfragen basierende Konsumklima weniger günstig entwickelt. Ungeachtet ihrer mittlerweile beträchtlichen Verschuldung ist seitens der privaten Haushalte noch keine Tendenz zu stärkerer Ersparnisbildung zu registrieren, obwohl die Sparquote mit rund 5% in Westeuropa die weitaus niedrigste ist und teilweise nur ein Drittel an-

derer westeuropäischer Länder beträgt. Es scheint sogar, als hätten die vielfältigen negativen Folgen der letzten Aktien-Baisse die Sparneigung erheblich gedämpft. So haben die betrieblichen Rentenfonds, die hier einen beträchtlichen Teil der Altersversorgung ausmachen, ihre Bedingungen insofern verschlechtert, als für neu eintretende Mitarbeiter zwar die firmenseitigen Einzahlungen weiter garantiert (mit Ausnahme des Konkurses), aber keine Auszahlungsgarantien mehr gegeben werden. Auch haben zahlreiche, hauptsächlich in Aktien engagierte Lebensversicherungen die Auszahlungssummen um bis zu einem Fünftel herabgesetzt. Der **öffentliche Verbrauch** (Anteil am realen BIP 2002: 20,1%) nimmt um 3¹/₄% zu.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage weiter, und es wird vermehrt über Mangel an Kräften im Allgemeinen und an Fachkräften im Besonderen geklagt. Die Beschäftigung dürfte trotz der guten Konjunktur nur um 1¹/₂% expandieren, da die Ressourcen weitgehend ausgeschöpft sind. Zudem sinkt die Zahl der durch ausländische Investoren geschaffenen Arbeitsplätze weiter, da diese in immer höherwertigere Arbeitsplätze investieren. Und die Verlagerung von Stellen an kostengünstigere Standorte im Ausland steigt rascher. Ausschlaggebend für die günstige Arbeitsmarktentwicklung ist weiterhin der Dienstleistungssektor (und hier besonders auch der öffentliche Dienst), während die Landwirtschaft nochmals Stellen streichen will. Die Industrie wird Unternehmensbefragungen zufolge nach langem Rückgang vermutlich ihren Beschäftigtenstand etwas erhöhen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt nochmals – auf 4³/₄% – sinken.

Der Preisauftrieb beschleunigt sich, mit bedingt durch die höhere Profitmargen erlaubende lebhaft Konjunktur, die rascher steigenden Lohnstückkosten, die Teuerung auf dem Energiesektor und die Importpreise. Andererseits werden heuer keine indirekten Steuern und indexrelevanten Abgaben erhöht, und der Wechselkurs des Pfund Sterling dürfte weiter aufwärts tendieren. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) werden vermutlich um 1¹/₂% über dem Niveau von 2003 liegen.

Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₂%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 2¹/₂% zu. In **Mitteuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4¹/₄%. In **Westeuropa** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%; im Euroraum expandiert es um 2¹/₄% und in Deutschland um rund 2%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 35 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des

Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

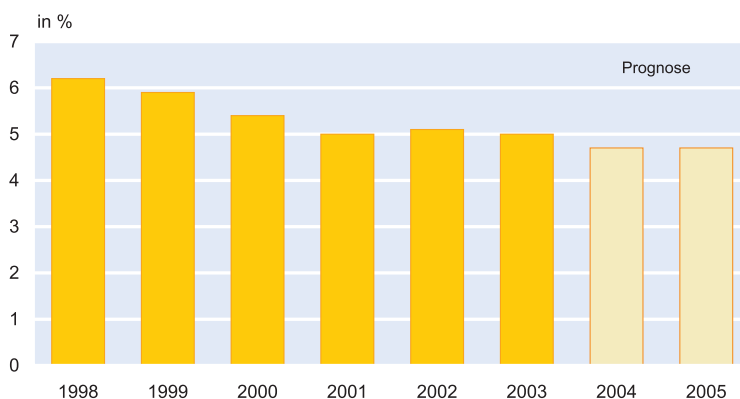
In **Großbritannien** verliert die Konjunktur allmählich stärker an Schwung, bedingt durch die Wirtschaftspolitik und die weniger dynamische Weltkonjunktur. Zwar wird die Finanzpolitik mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum Unterhaus ihre expansive Linie noch nicht nennenswert ändern. Aber die mehrfache Straffung der monetären Zügel verteuert die Finanzierung von Unternehmensinvestitionen und privatem Konsum und bremsen damit den Schwung der Inlandsnachfrage. Der als Folge steigender Zinsen weiter aufwärts tendierende Wechselkurs des Pfund Sterling sowie die nochmals stärker als in Westeuropa steigenden Lohnstückkosten dämpfen die Ausfuhrerweiterung. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um $2\frac{3}{4}\%$ erhöhen unter der Voraussetzung, dass die von der Wirtschaftspolitik angestrebte »sanfte Landung« der Konjunktur gelingt, was wesentlich von der Preisentwicklung am Wohnungsmarkt und der Verschuldungsbereitschaft der Verbraucher abhängt. Reagieren diese bald und ausgeprägt auf die steigenden Zinsen, dann kippen Konsum- und Wohnbaukonjunktur, und das Wirtschaftswachstum nimmt deutlich ab. Am stärksten von allen großen Komponenten auf der Nachfrageseite schwächt sich vermutlich der Zuwachs des Exports ab. Da der Import dieser Entwicklung hinterherhinkt, ist trotz günstiger Terms of Trade in der Leistungsbilanz neuerlich ein Fehlbetrag in einer Größenordnung von $2\frac{1}{2}\%$ zu erwarten. Auch die Bruttoanlageinvestitionen verlieren im weiteren Verlauf des Jahres an Dynamik, doch wird die Expansionsrate gegenüber 2004 noch beträchtlich sein. Das gilt in erster Linie für den Wohnungsbau (während der übrige Bau annähernd im bisherigen Rhythmus wächst), aber auch die Ausrüstungsinvestitionen werden infolge sich verschlechternder Absatz- und Ertrags Erwartungen nicht mehr so kräftig ausgeweitet. Der Schwung des privaten Konsums wird von wesentlich langsamer steigenden Preisen für Wohnimmobilien und höheren Zinsen vor dem Hintergrund der beträchtlichen privaten Verschuldung und der niedrigen Sparquote gebremst. Einzig der öffentliche Verbrauch wird vermutlich etwas rascher als im Vorjahr expandieren. Die konjunkturelle Abschwächung ist jedoch nicht stark genug, um bereits eine spürbare Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt auszulösen; die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres wieder bei $4\frac{3}{4}\%$ liegen. Auch sind die Nachfrage und vor allem der Lohnanstieg immer noch zu lebhaft, so dass der Preisauftrieb nicht gedämpft werden kann. Die Konsumentenpreise dürften daher um etwa 2% über dem Niveau von 2004 liegen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen nimmt um $4\frac{3}{4}\%$ zu, bei beträchtlichem

Überhang zu Jahresbeginn. Im Verlauf wird die Zunahme jedoch schwächer, obwohl die Konjunktur in Westeuropa, wohin 2003 56% der Warenlieferungen gingen, sich günstig zu entwickeln verspricht und zahlreiche Unternehmen in der Ausfuhr einen Ausgleich für die weniger dynamische Inlandsnachfrage suchen werden. Retardierend wirkt vor allem das verlangsamte Wirtschaftswachstum in den USA und in Südostasien sowie die weitere Aufwertung des Pfund Sterling gegenüber den Währungen des Dollarraums und gegenüber dem Euro. Hinzu kommt die vielfach tradierte Neigung britischer Unternehmen mit ihren Preisen im Interesse kurzfristiger Ertragssteigerung nicht elastisch auf Wechselkursänderungen zu reagieren, was den Verlust von Marktanteile impliziert. Zudem steigen die Lohnstückkosten nicht nur stärker als in Westeuropa, sondern auch als in Japan und in den USA. Da die **Einfuhr** etwas stärker als die Ausfuhr expandiert, ist trotz günstiger Terms of Trade wieder mit einem Fehlbetrag der **Leistungsbilanz** in einer Größenordnung von $2\frac{1}{2}\%$ des BIP zu rechnen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandieren um $4\frac{3}{4}\%$, also im Verlauf spürbar verlangsamt. Das gilt sowohl für die Ausrüstungsinvestitionen als auch für die Bauinvestitionen. Entscheidend für letztere ist die fortgesetzte Abschwächung im Wohnungsbau, da sich die Finanzierung weiter verteuert. Das dürfte für den Neubau ebenso gelten wie für Renovierungen sowie für Um- und Ausbau, obwohl nun staatliche Maßgaben die Gemeinden zur Lockerung ihrer restriktiven Haltung bei der Ausweisung von neuem Bauland zwingen und die öffentliche Hand ihre Investitionen im sozialen Wohnungsbau zügig ausweitet. Gleiches gilt für den öffentlichen Erziehungs- und Gesundheitssektor. Die großen Projekte der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur (Terminal Heathrow 5, Wasserversorgung etc.) werden weiter geführt. Bei Bürobauten und Ladenflächen dürfte der untere Wendepunkt bei allmählich aufwärts tendierenden Mieten durchschritten werden. Bei den Ausrüstungsinvestitio-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

nen lässt der Schwung hingegen nach. Das gilt weniger für die Anschaffung neuer IT-Installationen, sondern für Maschinen und sonstige Anlagen, die nach wie vor ganz überwiegend der Rationalisierung und dem Ersatz veralteter Anlagen dienen. Zwar dürfte die Ertragslage im industriellen Bereich zunächst noch günstig sein, aber die Aussichten trüben sich ebenso ein wie die Absatzperspektiven aufgrund der konjunkturellen Verlangsamung im In- und Ausland. So verschlechtern sich – und das spielt gerade für die Industrie eine erhebliche Rolle – die Finanzierungsbedingungen weiter. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte zudem die Auslastung der Kapazitäten sinken.

Der **private Konsum** büßt deutlich an Dynamik ein, weil nun ein wesentlich stimulierendes Element, die rasch zunehmende verbrauchsorientierte Verschuldung, immer weniger trägt. Die Kreditfinanzierung verteuert sich weiter, die Preise für Häuser und Wohnungen, deren rasanter Anstieg während der letzten Jahre die Aufnahme von Hypotheken angeregt hatte, erhöhen sich kaum noch, die Reallöhne steigen etwas langsamer, und die Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist zu Ende. Auch dürfte allmählich die Einsicht in die Notwendigkeit einer stärkeren Altersvorsorge Platz zu greifen beginnen. Sollte es bereits Mitte des Jahres zu Unterhauswahlen kommen, würde das Budget 2005/2006 auch noch Steuer- und Abgabenerhöhungen bringen. Von der nachlassenden Konsumkonjunktur werden dauerhafte Güter überdurchschnittlich betroffen – u.a. Einrichtungsgegenstände infolge der verlangsamten Wohnungsbaukonjunktur. Der private Konsum dürfte um 2¹/₄%, also deutlich langsamer als 2004, ausgeweitet werden, wohingegen der **öffentliche Verbrauch** mit rund 3% unter dem Eindruck der anstehenden Parlamentswahlen eine höhere Wachstumsrate ausweist.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, bessert sich die Lage zwar nicht weiter, sie bleibt aber sowohl im historischen als auch im westeuropäischen Vergleich recht günstig. Die Beschäftigung wird im Verlauf kaum noch zunehmen, im Vorjahresvergleich aber noch ein geringes Wachstum aufweisen. Der Beschäftigungsanstieg in der Industrie setzt sich nicht mehr fort, die Verlagerung von Stellen ins Ausland geht mit erhöhter Kadenz weiter, die Zahl der durch ausländische Investoren geschaffenen Arbeitsplätze sinkt nochmals, und die nachlassende preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Auslandskonkurrenz zwingt zu verstärkter Rationalisierung. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt wieder 4³/₄% betragen.

Die konjunkturelle Abkühlung wirkt sich erst allmählich auf die Preisentwicklung aus, da die Produktionskapazitäten zunächst noch gut ausgelastet sind. Auch erlaubt die Wirtschaftslage den Unternehmen eine nochmalige Ausweitung der Gewinnmargen, die Arbeitskosten nehmen rascher zu, und die steigenden Finanzierungskosten tun ein Übriges.

Andererseits dürften sich die Energiepreise gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändern. Ferner dämpft die Aufwertung des Pfund Sterling weiterhin den Anstieg der Importpreise. Und schließlich kommt es nicht zur Anhebung indirekter Steuern und indexrelevanter Abgaben, falls die Unterhauswahlen erst gegen Ende des Jahres oder 2006 stattfinden. Werden sie jedoch schon Mitte 2005 abgehalten, dann dürfte der Staatshaushalt 2005/2006 Erhöhungen von Abgaben und indirekten Steuern bringen. In letzterem Falle dürften die **Konsumentenpreise** (HVPPI) um mehr als die ansonsten zu erwartenden rund 2% über dem Niveau von 2004 liegen.

Abgeschlossen am 9. August 2004

Finanzierung bleibt Engpass für mehr Wachstum

Ergebnisse einer aktuellen ifo Telefonumfrage¹

48

Gernot Nerb

Die Investitionsschwäche ist ein Hauptgrund für die nahezu stagnierende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten drei Jahren. Ein Schlaglicht hierauf wirft die Investitionsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe, also jenem Bereich, der in einem Industrieland wie Deutschland immer noch zu den Kernaktivitäten gehört, auch wenn sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mittlerweile nur noch rund ein Drittel ausmacht. Im Jahr 2002 gingen die Investitionen in der Industrie um 11,5% (preisbereinigt) zurück, die Aufwendungen für Bauten um 18,7% und die für Ausrüstungen um 10,6%. Auch im Jahr 2003 waren die Industrieinvestitionen leicht rückläufig (-0,8%, preisbereinigt), und erst im laufenden Jahr zeichnet sich eine leichte Ausweitung der Investitionen in der Industrie ab, die aber deutlich hinter den Raten zurückbleiben dürfte, die im Durchschnitt der früheren konjunkturellen Erholungsphasen gemessen wurden.

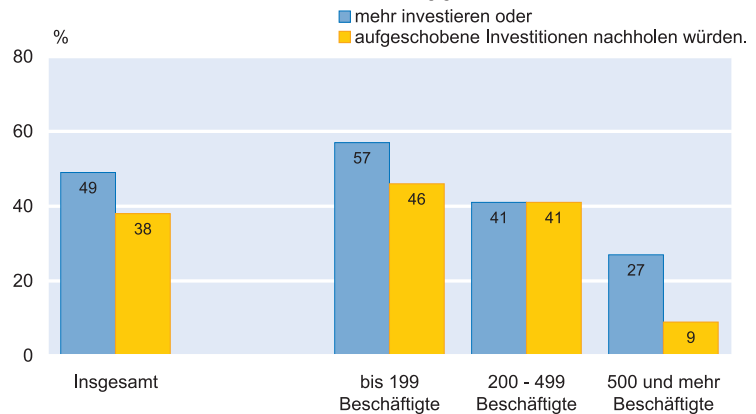
Insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen – sowohl in der Industrie als auch in den anderen Wirtschaftsbereichen – haben in den letzten beiden Jahren ihre Investitionen eingeschränkt. Es besteht die Vermutung, dass hierfür zu einem erheblichen Teil Finanzierungsschwierigkeiten bzw. negative Finanzierungserfahrung verantwortlich waren. Zu diesem Zweck wurde mit finanzieller Unterstützung der Unternehmensvereinigung »Europe's 500 – Entrepreneurs for Growth«, der europäischen Vereinigung für Wachstumsunternehmer, im Juni eine ifo-Managerbefragung bei ca. 1 100 Führungskräften in Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen in Deutschland durchgeführt.

Die erste Frage »Würden Sie künftig mehr investieren als derzeit geplant, wenn die Finanzierung hierfür deutlich leichter verfügbar wäre?« bejahte rund die Hälfte der Befragten (49%). Überdurchschnittlich hoch ist dieser Anteil unter den kleineren Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten (57%); mit wachsender Unternehmensgröße nimmt dieser Anteil ab (41% in der Größenklasse 200 – 499 Beschäftigte und 27% in der Größenklasse 500 und mehr Beschäftigte). Eine Unterteilung der Umfrageergebnisse nach den Wirtschaftsbereichen verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen ergab keine größeren Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt. Es bestätigt sich damit die Erkenntnis aus früheren Investitionserhebungen, dass insbesondere Klein- und Mittelbetriebe – gleichgültig in welchem Wirtschaftsbereich sie tätig sind – in den letzten Jahren ihre Investitionsvorhaben wegen Finanzierungsproblemen aufgeschoben haben.

Besonders interessant sind die Antworten auf folgende Frage: »Nehmen wir an, Sie könnten Investitionskredite ge-

Investitionsverhalten der Unternehmen

Anteil der Unternehmen, die, wenn die Finanzierung gesichert wäre,



Quelle: ifo Institut, telefonische Managerumfrage bei rund 1 100 Führungskräften im Juni 2004.

mäß Ihrer Risikoklasse versichern und aufgrund dessen mit einer 100%igen Ausfallgarantie, d.h. Ausfallbürgschaft durch die Versicherungsgesellschaft, eine volle Finanzierung für Ihr Vorhaben erhalten: Haben Sie zurückgestellte Investitionsprojekte, die Sie mit Hilfe der Ausfallbürgschaft beschleunigt umgehen könnten? Und wenn ja, welches ungefähre Volumen haben diese zurückgestellten Investitionsprojekte gemessen am Jahresumsatz?«

Deutlich über ein Drittel aller befragten Unternehmen (38%) bejahte die Frage nach einem Investitionsstau. Im Durchschnitt dieser Firmen sind Investitionen in Höhe von rund 15% eines Jahresumsatzes zurückgestellt worden. Auf die Gesamtwirtschaft hochgerechnet entspricht dies fast 5% des Bruttoinlandsprodukts. Mit einer Lösung der Finanzierungsprobleme könnte damit – verteilt über einige Jahre – ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von bis zu 5% ausgelöst werden.

Auch bei der Frage nach dem Investitionsstau zeigt sich, dass gerade die für das wirtschaftliche Wachstum besonders wichtigen vielen Klein- und Mittelbetriebe in den letzten Jahren ihre Investitionen aufgeschoben haben, weniger dagegen Großunternehmen (vgl. Tabelle und Abbildung).

¹ Die Umfrage fand im Juni 2004 bei rund 1 100 Unternehmen aus Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen statt und wurde finanziell unterstützt von »Europe's 500 – Entrepreneurs for Growth«.

Finanzierungsprobleme und Investitionsstau: Ergebnisse einer telefonischen Managerumfrage des ifo Instituts

	Meldeanteile in %				
	Mehr investieren, wenn Finanzierung leichter verfügbar ^{a)}			Zurückgestellte Investitionsvorhaben, die mit Hilfe einer Ausfallbürgschaft beschleunigt umgesetzt werden könnten ^{b)}	
	ja	nein	keine Angabe	ja	nein
<i>Wirtschaftsbereich</i>					
Industrie	49	46	5	38	62
Handel	48	48	4	35	65
Baugewerbe	47	51	2	31	69
Dienstleistungen	52	47	1	46	54
<i>Unternehmensgröße (Beschäftigtenzahl)</i>					
bis 199	57	39	4	46	54
200 – 499	41	54	5	41	59
500 und mehr	27	65	8	9	91
Insgesamt	49	46	5	38	62
Wortlaut der Fragestellung:					
^{a)} Würden Sie künftig mehr investieren als aus heutiger Sicht geplant, wenn die Finanzierung hierfür deutlich leichter verfügbar wäre? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe möglich					
^{b)} Nehmen wir an, Sie könnten Investitionskredite gemäß Ihrer Risikoklasse versichern und aufgrund dessen mit einer 100%igen Ausfallgarantie, d.h. Ausfallbürgschaft der Versicherung, eine volle Finanzierung von der Bank für Ihre Vorhaben erhalten: Haben Sie zurückgestellte Investitionsprojekte, die Sie mit Hilfe der Ausfallbürgschaft beschleunigt umsetzen könnten? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					

Quelle: ifo Institut, telefonische Managerumfrage bei rund 1 100 Führungskräften im Juni 2004.

ifo Architektenumfrage: Geschäftsklima trübt sich wieder ein

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten in neun Bundesländern (ohne Baden-Württemberg, Berlin und die neuen Bundesländer) hat sich das **Geschäftsklima** zu Beginn des 2. Quartals 2004 wieder etwas eingetrübt, nachdem es seit Anfang 2003 zu einer nahezu kontinuierlichen, wenngleich zaghaften Aufhellung gekommen war.

Die befragten Architekten waren mit ihrer aktuellen **Geschäftslage** sichtlich unzufriedener als in den Vorquartalen (vgl. Abb. 1). Wie bereits vor einem Jahr war per saldo fast die Hälfte der Testteilnehmer mit ihrer aktuellen Lage nicht zufrieden. Lediglich jeder zehnte freischaffende Architekt beurteilte seine derzeitige Auftragssituation als »gut«; gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der »schlecht«-Urteile von 52 auf 55%.

In den **Geschäftserwartungen** zeigte sich zunehmende Skepsis. Nur noch jeder neunte Architekt schätzte seine voraussichtliche Auftragssituation eher positiv ein (Vorquartal: 15%). Gleichzeitig gingen 29% der befragten Architekten – nach 28% im 1. Quartal 2004 – davon aus, dass ihre Geschäftsentwicklung im Verlauf der nächsten sechs Monate »eher ungünstiger« verlaufen dürfte. Der größte Teil (60%) erwartete somit in den nächsten Monaten keine Veränderung der Auftragssituation.

Im 1. Quartal 2004 konnten rund 45% der freischaffenden Architekten **neue Verträge** abschließen. Dies sind zwar wesentlich weniger als im vorangegangenen Vierteljahr (49%); die ausgesprochen niedrigen Werte aus einigen Quartalen der letzten eineinhalb Jahre wurden jedoch übertroffen.

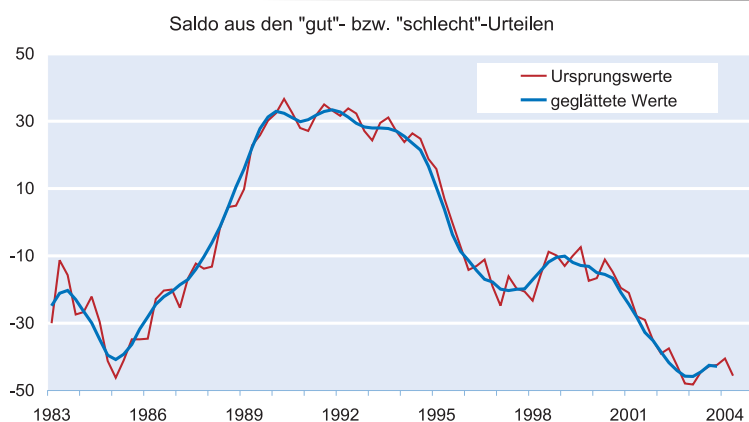
Im Berichtsquartal lag das **geschätzte Bauvolumen** aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) rund 8% unter dem Niveau des Vorquartals. Dabei war im Wohnungsbau ein merklicher Einbruch und im Nichtwohnbau eine geringfügige Erhöhung der Planungsaufträge zu verzeichnen.

Im **Wohnungsbau** gingen im 1. Quartal 2004 die Auftragseingänge um fast ein Fünftel zurück. Das relativ hohe Volumen der Aufträge zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern, das die befragten Architekten jeweils in den beiden Quartalen des 2. Halbjahres 2003 akquirieren konnten, wurde im Berichtsquartal nicht wieder erreicht (vgl. Abb. 2). Dabei betraf der Rückgang der Pla-

nungsaufträge für Eigenheime alle Bundesländer. Die in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 akquirierten Planungsvolumina waren nur noch knapp zwei Drittel so groß wie in den beiden Vorquartalen. Die Belebung der Auftragsvergaben seit dem Herbst 2003 dürfte zu einem großen Teil von der Verunsicherung der Bevölkerung über den Umfang der Verschlechterung – oder gar der kompletten Streichung – der Eigenheimzulage herrühren. Wie bereits im letzten Quartal des Jahres 2002, hielt diese »Stimulierung« jedoch nur kurz an. Das heißt, nach umfangreichen Auftragsvergaben bis zum Jahresende brachen die Planungsaufträge im Eigenheimbau im Verlauf des 1. Vierteljahres deutlich ein.

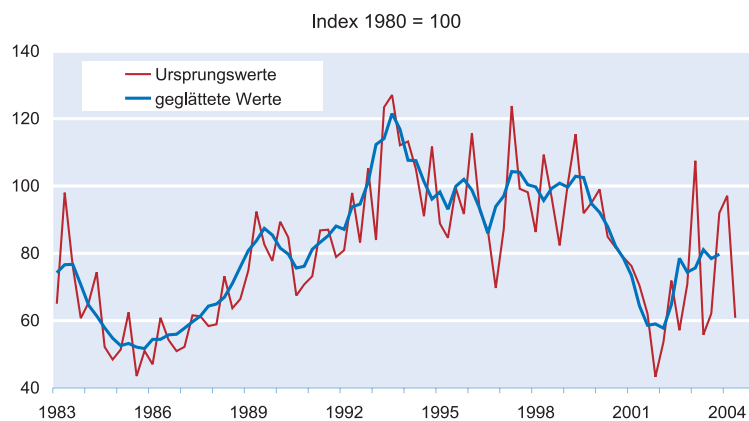
Im Mehrfamilienhausbau, in dem es im Vorquartal ebenfalls zu einer spürbaren Belebung gekommen war, setzte sich die positive Entwicklung allerdings fort, wenngleich das gesamte Auftragsvolumen immer noch weit unter den früheren Höchstständen (1993/94) liegt.

Abb. 1
Beurteilung der aktuellen Auftragssituation durch die freischaffenden Architekten



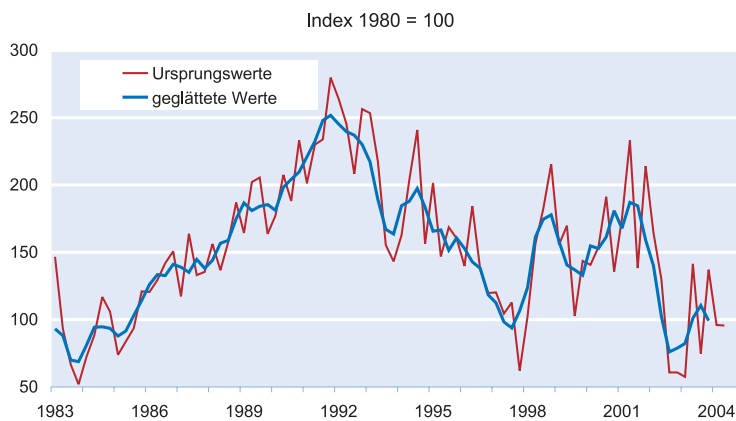
Quelle: ifo Architektenumfrage.

Abb. 2
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten für Ein- und Zweifamiliengebäude (EUR)



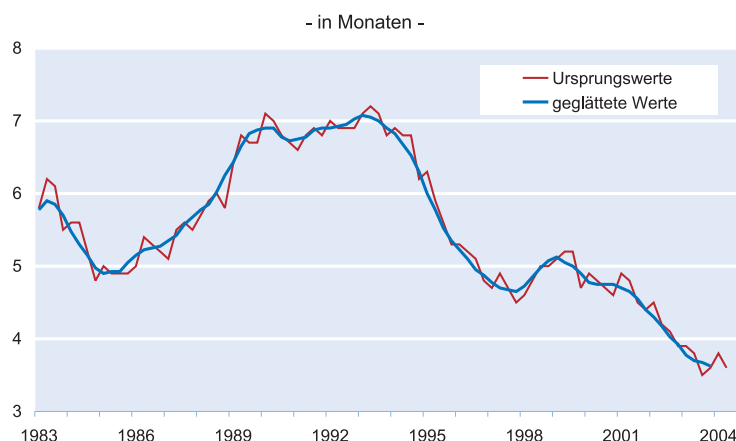
Quelle: ifo Architektenumfrage.

Abb. 3
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten von gewerblichen Auftraggebern (EUR)



Quelle: ifo Architektenumfrage.

Abb. 4
Auftragsbestände der freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.

Im **Nichtwohnbau** waren gegenüber dem Vorquartal kaum Veränderungen zu registrieren: Während die Planungsvolumina aus den neu hereingenommenen öffentlichen Aufträgen etwas anstiegen, verharrten die gewerblichen Aufträge etwa auf dem Niveau des vorhergehenden Quartals (vgl. Abb. 3). Im öffentlichen Hochbau hat sich die Situation marginal verbessert. Nach einem extrem schwachen Jahr 2003 »lösten« sich die Planungsvolumina von öffentlichen Auftraggebern etwas vom Niveau »knapp über null«. Erwähnenswerte Auftragssummen liegen in diesem Teilssegment allerdings seit Mitte 2002 fast ausschließlich nur noch in den größeren Bundesländern vor.

Nach den eingegangenen Meldungen betragen die **Auftragsbestände** zum Ende des 1. Quartals 2004 nur noch 3,6 Monate (4. Quartal 2003: 3,8 Monate; vgl. Abb. 4). Die Verringerung der Auftragsreserven dürfte vor allem auf die rückläufige Auftragsvergabe im Wohnungsbau zurückzu-

führen sein. Von dieser negativen Entwicklung waren die Architekturbüros aller Größenklassen betroffen.

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

- 1 *Chancen und Grenzen föderalen Wettbewerbs.* Von Chr. Baretta, R. Fenge, B. Huber, W. Leibfritz, M. Steinherr. ca. 235 S. 2000. € 25,-
- 2 *EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration.* Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Von H.-W. Sinn, G. Flaig, M. Werding u.a. 369 S. 2001. € 36,-
- 3 *Familienpolitik für junge Familien: Wirkungen des »Familiengeld«-Konzepts der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.* Von M. Werding unter Mitarbeit von B. Kaltenborn, E. Langmantel, S. Munz. 210 S. 2000. € 23,-
- 4 *Die Einwohnergewichtung auf Länderebene im Länderfinanzausgleich.* Von Chr. Baretta, B. Huber, K. Lichtblau unter Mitarbeit von R. Parsche. ca. 360 S. 2001. € 25,-
- 5 *Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.* Zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und wirtschafts- und finanzpolitischem Handlungsbedarf. Von W. Leibfritz, R. Dumke, A. Müller. ca. 200 S. 2001. € 25,-
- 6 *Anreizeffekte des Länderfinanzausgleichs.* Von Chr. P. Baretta. 244 S. 2001. € 28,-
- 7 *Die Unternehmensgruppe in der Konzentrationserfassung der amtlichen Statistik.* Erfassung von Kapitalverflechtungen zwischen Unternehmen und von wettbewerblich relevanten Kooperationen. Von Uwe Chr. Träger unter Mitarbeit von S. Brander (†), J. Lachner. 271 S. 2002. € 30,-
- 8 *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die staatlichen Alterssicherungssysteme.* Modellrechnungen bis 2050. Von M. Werding, H. Blau. 177 S. 2002. € 20,-
- 9 *Der Maschinenbau im Zeitalter der Globalisierung und »New Economy«.* Von H.-G. Vieweg, H. Hofmann, C. Dreher, S. Kinkel, G. Lay, U. Schmoch. ca. 261 S. 2002. € 45,-
- 10 *Alterssicherung im internationalen Vergleich.* Finanzierung, Leistungen, Besteuerung. Von R. Fenge, A. Gebauer, Chr. Holzner, V. Meier, M. Werding. 288 S. 2003. € 30,-
- 11 *Finanzmärkte, Corporate Governance, IuK-Technologien.* Treibende Faktoren für den Wandel in der Industrie. Von H.-G. Vieweg, M. Reinhard, A. Weichenrieder, R. Meisenzahl, B. Novack. 221. S. 2003. € 45,-
- 12 *Die Bedeutung von Patentschutz für den Technologietransfer in Entwicklungsländer.* Erfahrungen der chemischen Industrie in Südkorea, Malaysia und Chile im Vergleich. Von Th. Röhm. 349 S. 2003. € 30,-
- 13 *Angebot und Nachfrage im Außenhandel.* Theoretische Überlegungen und eine Kointegrationsanalyse für Deutschland. Von M. Meurers. 257 S. 2003. € 25,-
- 14 *Modelle zur Übertragung individueller Altersrückstellungen beim Wechsel privater Krankenversicherer.* Von V. Meier, M. Werding, F. Baumann unter Mitarbeit von W. Dietl. 333 S. 2004. € 35,-
- 15 *ifo Handbuch der umfragebasierten Konjunkturforschung.* Von G. Goldrian (Hrsg.). 368 S. 2004 € 35,-

Zu beziehen beim
ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Poschingerstr. 5, 81679 München

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>